

Wormwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis vierteljährlich: 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnement: 1,10 RM für 10 Nummern in die Post-Zeitungs-Verkäufe. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 1,20 RM, für das übrige Ausland 2 RM für 10 Nummern. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Österreich, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interfions-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltene Kolonialzelle oder deren Raum 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengeluche und Stellen-Einzelgen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Freitag, den 22. März 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Reichstag des Notetats und die freisinnigen Nothelfer.

Der Reichstag hat sich nach kurzer Arbeit im Toff-Toff-Tempo vertagt. Er war ja auch nur einberufen worden, um der Regierung einstweilen das Fortwurseln zu ermöglichen. Dazu war die Durchpeitschung der Kolonialforderungen und des Notetats notwendig. Die neue Mehrheit des Regierungsblochs hat auch ihre Schuldigkeit getan. Die neuen Verbündeten des „agrarischen“ Kanzlers und der Konservativen haben die Forderungen bewilligt, ohne auch nur einen Augenblick spröde zu tun. Einige Herren von der Freisinnigen Vereinigung und der Süddeutschen Volkspartei glaubten wenigstens in der Etatsdebatte ihr freisinniges Gewissen schäutern zu dürfen und die bescheidenste Hoffnung auf spätere Gegenleistungen äußern zu dürfen. Die Freisinnige Volkspartei verzichtete selbst darauf. Sie bewilligte, ohne zu markten, so daß sie ob dieser entschlossenen Resignation sogar die Lobprüche der Agrarier einbeiseln durfte, während die Schrader und Payer von oben herab abgerüffelt wurden, weil sie sich doch nicht aller freisinnigen Reminiszenzen zu entschlagen vermocht hatten.

Die Regierung überließ diesmal vornehm den Reichstag sich selbst. Sie hatte ja bei der Wahl so sehr den Schrittmacher der Modpartei gespielt und auch den Freisinn durch ungeschickliche Wahlbeeinflussung derart eingewickelt, daß sie den Karren nun ruhig weiter laufen lassen konnte. Nachdem Kaiser Wilow gerührt, eine „Programmrede“ von beispielloser Verwaschenheit zu halten, in der er das famose Wort von der „konservativ-liberalen Paarung“ geprägt, zog er sich unnahbar zurück. Trotz der schonungslosen Angriffe seiner ehemaligen ultramontanen Vorkämpfer überließ er die Verteidigung der Regierung dem Grafen Posadowsky, der, an die neue Regierungstaktik des Neuen noch nicht gewöhnt, Wilows Erscheinen für später in Aussicht stellte. Aber wer nicht ersah, war der Reichskanzler! Er blieb fern bei der Etatsdebatte, bei der Kolonialdebatte, er glänzte durch ostentative Abwesenheit auch bei der großen Abrechnung mit der skandalösen Wahlmache der Regierung. Ja, bei dieser Debatte blieben die Regierungspläne sogar völlig unbefegt: die schmeichelhafte Einschätzung des Parlamentes durch den Reichskanzler hatte bei allen Vertretern der verbündeten Regierungen Nachahmung gefunden! Und der Freisinn hatte kein Wort für diese Nichtachtung, diese Verächtlichkeit des Reichstags! Er hält es offenbar nicht nur für die Pflicht der Regierung, im Wahlkampf die Regierungsparteien mit allen Mitteln einer korrupten Wahlmache zu unterstützen, sondern auch für ihr gutes Recht, nur diese Regierungsmehrheit als Volksvertretung anzuerkennen, während die Minderheit — und sei es auch nur eine Minderheit um einige wenige Stimmen — für die Regierung einfach nicht existiert! Die politische Würdelosigkeit, die der Freisinn während der Wahlkampagne bewies, hat er während der Reichstagsverhandlungen womöglich noch übertrumpft!

Die Haltung des Freisinns hat also das Regierungsschifflein für die nächste Zeit über alle Fährnisse und Klippen hinweggebrocht. Der Freisinn hat alle von der Regierung geforderten Mittel bewilligt. Ueber die Zukunft macht er sich einstweilen keine Skrupel. Er harret geduldig des Produktes seiner, wie Barth es nannte, „perverten politischen Neigungen“, er wartet es ab, welches Schaubudenwunder aus der „Paarung des Karpens und des Kaninchens“ herauskommen wird. Er ist überdies geneigt, der Regierung Zeit zur Verwirklichung ihres Programms zu lassen. Er kongediert der Regierung gern die „vielen Sessionen“, die Graf Posadowsky für notwendig erklärte, um Wilows Programm zu verwirklichen.

Ob freilich der Hottentottenblod diese vielen Sessionen überdauern wird? Selbst Graf Posadowsky äußerte darüber leise Zweifel. Und jedenfalls wird schon der Wiedervereintritt des Reichstages die Modbrüderschaft auf noch weit ernstere Proben stellen, als sie das kleine Zerwürfnis in Sachen der schwämmischen Schulaufsicht im preussischen Abgeordnetenhaus bereits darstellte.

Wie kurz oder wie lange aber auch die Modfreundschaft dauern mag: die Sozialdemokratie wird ohne Rücksicht auf alle Zufallskonstellationen und alle Wirrnisse des Tages ihre energische Arbeit der Förderung der proletarischen Masseninteressen mit verdoppelter Tatkraft fortsetzen. Die Sozialdemokratie hofft nicht wie der Freisinn auf politische Postlebenswunder, sondern sie rechnet auf die Ernte ihrer konsequenten Vertretung des wirtschaftlichen Fortschritts, der Volkswohlfahrt und Volksfreiheit!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 21. März 1907.

Landtagsferien.

Am Donnerstag ist nun auch der Landtag in die Ferien gegangen. Vorher hielten beide Häuser noch kurze geschäftliche Sitzungen ab.

Das Abgeordnetenhaus setzte die zweite Beratung des Kultusetats fort und richtete beim Kapitel Elementarunterrichtswesen an die Regierung das Ersuchen, die Ostmarkenzulage für Lehrer und Lehrerinnen auch in den gemischtsprachigen Teilen von Schlesien einzuführen. Nur Preussen und Polen leisteten dieser Ausdehnung des Korruptionsfonds Widerspruch.

Beim Kapitel Provinzial-Schulkollegien wurden einige Fälle zur Sprache gebracht, die zeigen, in welcher Weise für die Hinterbliebenen preussischer Lehrer „gefolgt“ wird und die einen Beweis für die Wertschätzung bilden, deren sich die Lehrer selber in der Kera Stadt erfreuen.

Das Abgeordnetenhaus wird seine Sitzungen am 10. April zugleich mit dem Reichstage wieder aufnehmen.

Das Herrenhaus nahm nach unwesentlicher Debatte die Beamtenpensionsgesetze an und erklärte den Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der staatlichen Berg-, Hütten- und Salinenwerke durch Remissionsnahme für erledigt, nachdem Oberbergbaupräsident Welsen bezüglich des letzten Grubenunglücks angegeben hatte, daß wahrscheinlich ein Fehler in der Seilkonstruktion das Unheil verschuldet habe.

Vor Ende April werden die Herren nicht wieder zusammen-treten.

Der Abschied Theodor Barths.

Zu Ehren Theodor Barths, der demnächst seine Amerika-Reise antreten will, hatte sich auf einem Abschiedsbankett eine Anzahl von Freunden des Scheidenden, Schriftsteller, Gelehrte und Politiker, zusammengefunden. Die erste Ansprache hielt der Bekannte Kathedersozialist Lujo Brentano. Er sagte darüber, daß die „deutsche Einheit anders gekommen“ sei, als die Alten gehofft hatten: „Die Freiheit wird uns nur in starker Verdünnung zu teil“. Der Redner feierte dann Herrn Barth als einen Politiker „voll absoluter und rücksichtsloser Wahrhaftigkeit“. Brentano schloß seine Rede mit den Worten:

Barth war einer der schärfsten Gegner der Sozialdemokratie und — ist es vielleicht noch heute. Aber darum war er doch von jeher ein Gegner des Ausnahmegesetzes und hat selbst Bamberger in seinen letzten Lebensjahren überzeugt, daß Deutschlands Zukunft davon abhängt, daß der Liberalismus sozialer werde und der Sozialismus liberaler werde und sie gemeinsam Deutschlands Freiheit wahren. (Lebhafte Beifall.) Mit seinen wirtschafts- wie sozialpolitischen Anschauungen ist Barth heute geistig weiter. Aber wie sein Geistesverwandter John Bright wird er wiederkommen und dem Vaterlande noch große Dienste leisten. (Stürmischer Beifall.) Hoffen wir, daß er bald neugefärkt zu nautigem Kampfe wiederkehrt. Unterdessen bleiben wir ihm treu in Dankbarkeit für alles, was er dem Liberalismus geleistet hat.

Theodor Barth selbst dankte mit einer Rede, in der er unter anderem sagte:

„Ich habe nicht die Absicht, dauernd vom Forum zu verschwinden. Es gibt aber Zeiten, wo es berechtigt ist zu schweigen, als zu reden. Eine solche Zeit scheint jetzt gekommen zu sein. Man spricht von neuen, sonderbaren Begriffe, von Paarungen (Heiterkeit), die nicht nur vom naturwissenschaftlichen, sondern auch vom moralischen Standpunkt nicht zu rechtfertigen sind. (Beifall.) Wenn ich von konservativ-liberaler Paarung höre, frage ich mich immer, ob da nicht gewisse perverse politische Triebe im Spiele sind.“

Der Liberalismus wäre besser, nicht vorzugsweise darauf zu setzen, daß er vornehm heiratet, sondern er sollte lieber mit einer Tochter des arbeitenden Volkes vorlieb nehmen. (Großer Beifall.) Ich glaube, das Glück des Vaterlandes würde bei dieser Verbindung mehr gewahrt sein, selbst wenn diese Lebensgefährtin in den Manieren etwas zu wünschen übrig läßt. (Heiterkeit und Beifall.) Die Zeit wird nicht allzufern sein, wo man sich wieder daran ermannen wird, daß auch im politischen Leben nicht das Komplizierte sondern das Einfache, leicht Verständliche und Natürliche das Wahre und Gute sei. (Beifall.) Wenn wir in Deutschland politisch vorwärts kommen wollen, müssen wir demokratischer sein. Dieses Ziel ist des Schweiges der Eiden wohl wert. Es müßte Aufgabe eines aufgeklärten Liberalismus sein, diese Demokratisierung Deutschlands vorzubereiten. (Beifall.) Ich habe meine Galeere auf den Strand gesetzt. Ich hoffe bald mit einer stattlichen Flotte wieder ansfahren zu können, einer Flotte unter demokratischer Flagge. Unter dieser Flagge werde ich wieder Dienst nehmen und dann meinen Mann sehen.

Theodor Barth hat also trotz aller herben Enttäuschungen noch nicht alle seine politischen Hoffnungen eingestrichelt. Er hofft noch immer, daß des Vesiges Silberflotte doch noch einmal die „demokratische Flagge“ hissen wird! Wir haben Barths Hoffnungen nie geteilt und teilen sie auch heute nicht. Aber wenn wir es auch stets für das erste Erfordernis einer vernünftigen Politik hielten, die unerbittlichen politischen Realitäten faßt und nichtern zu beurteilen, und wenn wir deshalb auch heute Barths unverwundlichen Optimismus nicht zu teilen vermögen und an eine Demokratisierung des Liberalismus nicht glauben, so soll damit keineswegs gesagt sein, daß wir nicht auch eine solche politische Verjüngung des Liberalismus wünschten. Nur richtet sich der Verlauf der politischen Entwicklung leider nicht nach unseren Wünschen, sondern nach den Befehlen des Klassenkampfes!

Eine höchst originelle Rede hielt Herr Albert Träger, der Senior der Freisinnigen Volkspartei. In dieser Rede kritisierte, wie in diesen launischen Märztagen, Schneegestöber und Sonnenschein, blutigste Selbstironie und naivste Hoffnungslosigkeit. Träger sagte: „Jetzt, wo endlich die Frucht seiner Saaten reift, jetzt, wo die neue Kera andrückt (Heiterkeit), da — geht Barth. Ich glaube, er tut recht daran. Unsere Verhältnisse sind so verwirrt und verwirrt, daß man sie aus einiger Entfernung betrachten muß. Die Optimisten sagen, so sehr ihnen auch der Regen über's Haupt fliehet, wir seien schon

mitten im politischen Frühling. Schon bereiten sie für den ersten Pfingst an der Bundesratsstraße die Anschrift vor — auf dem Reichskanzlerplatz, nicht etwa auf einem Weichenstein —: Dem liberalen Reichskanzler. (Große Heiterkeit.) Als ich die geniale Idee von der „Paarung“ zuerst hörte, müßte ich an die Geschichte des Schaubudenbesizers denken, der angeht: Naturwunder: Das Junge von einem Karpfen und einem Kaninchen. (Große Heiterkeit.) Näherlegend als die Hoffnung auf die Produkte der Paarung scheint mir die auf die liberale Einigung. (Lebhafte Beifall.) Schon haben die drei Kompagnien das gleiche Erzerzergelagert. (Heiterkeit.) Gemeinsam haben sie auch das Bewußtsein, daß der Liberalismus die etwas freiere und hoffähig gewordene Demokratie ist. (Stürmischer Heiterkeit), wenn er auch manchmal seine Mutter etwas schroff verleugnet. Und so trinke ich auf die Zukunft des Liberalismus. Vielleicht wird doch aus ihm, wie aus Dernburgs vielberufener Dattelliste, ein Wald mit reichen Wäldern und Früchten entstehen.“

Albert Träger gehört zu den Besten seiner Partei. Aber wenn selbst er von der Politik dieser seiner Partei nur durch ein Märchenwunder liberale Erfolge erwartet, wenn selbst er die liberale Politik nur im Tone des Galgenhumors zu behandeln vermag, so steht es hoffnungslos um den deutschen Liberalismus. Mit Ironie bekämpft man unter Umständen den Gegner; aber aus Selbstironisierung ist niemals eine kraftvolle Tat der Selbstbefreiung geboren worden!

Deutsches Reich.

Politische Kellame.

Das durch seine Beziehungen zu den Resten der Dynastie Wilmar auch außerhalb Hamburgs bekannt gewordene Blatt der Hamburger Scharfmacher, die „Hamburger Nachrichten“, hatte jüngst wieder an den Fürsten Wilow die Forderung gestellt, Ausnahme-gesetze gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. Anstatt diese albernen Wünsche des Leiborgans seiner Hamburger kommerziellen Kreise, die weit mehr durch Glücksgüter als durch Verstand ausgezeichnet sind, einfach zu ignorieren, benutzte der Reichskanzler diesen Anlaß, um sich in einer offiziellen Notiz der „Südd. Reichskorrespondenz“ aus Berlin als der große Staatsmann feiern zu lassen, der sich, seines schließlichen Siegeserfolges über die Sozialdemokratie gewiß, derartige gewalttätige Mittel verschmäht und auf die Ueberlegenheit seiner Staatskunst verläßt. Wörtlich heißt es in der „Südd. Reichskorrespondenz“:

„In der Behandlung der Sozialdemokratie braucht der gegenwärtige Reichskanzler keinen Vergleich zu scheuen. Die Partei als solche ist, nach Zeugnissen aus sozialdemokratischer Quelle, innerlich mehr, als der oberflächliche Anschein verriet, geschwächt worden. Die noch sehr große Zahl der sozialistischen Stimmzettel bedeutet an sich keine Gefahr, wenn auf jedes Arbeiterbataillon ein Regiment nationalgestimmter Wähler kommt. Daraus folgt nicht etwa, daß man die Massen sich selbst, der Sozialdemokratie, überläßt. Sie können und sollen vielmehr zurückgewonnen werden für eine nationalpolitische Weltanschauung. Aber der Gedanke an Ausnahme-gesetze ist in diesem Zusammenhang abzulehnen. Eine Wählerkraft von drei Millionen und mehr zerlegt man nicht durch Gewaltmaßregeln. Die Taten, die die „Hamburger Nachrichten“ vom Fürsten Wilow gegen die Sozialdemokratie verlangen, können neben energischer Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nur in gründlicher, unablässiger sozialpolitischer Arbeit bestehen für die Abstellung wirtschaftlicher Mißstände, wie für die Aufklärung der wertstättigen Massen über ihre wirklichen Bedürfnisse und über die Unfruchtbarkeit des sozialdemokratischen Parteitreibens. Diese Arbeit ist freilich schwieriger, als Repressiv-gesetze zu erlassen, und an Kampf fehlt es dabei keineswegs; er muß nicht nur gegen die sozialdemokratische Verheerung geführt werden, sondern auch gegen die Zerleihen eines kurzfristigen, rücksichtsigen Scharfmachertums. Und solche Kämpfe zu vermeiden, hat der Kanzler kein Bedürfnis.“

Wilow ist kein Graf Mirabeau — dazu fehlt ihm die nötige Begabung; aber darauf, für sich in geschickter Weise Kellame zu machen, versteht er sich nicht weniger gut als die „Fadel der Precedenz“.

Wormmann-Einie gegen „Simplicissimus“.

In der Nr. 39 des „Simplicissimus“ vom 22. Dezember 1906 wurden in einem Wille satirisch die Profite der Wormmann-Einie an den Transporten nach Südwestafrika behandelt. Das Bild trägt die Unterschrift: „Die Witwe des Afrikakämpfers“ und die Unterschrift: „Wir können Vatern nicht begraben. Wormmann gibt die Leiche nicht raus, bis das Lagergeld bezahlt ist.“

In dem Wille erblickt man eine verhörnte junge Witwe mit einem Kinde, die traurig auf einen im Hamburger Hafen liegenden Wormmann-Dampfer blickt. Durch diese Sattire faßt sich der Schiffreederei und frühere Reichstagsabgeordnete für Hamburg III Adolf Wormmann beleidigt. Er hat gegen den Verantwortlichen vom „Simplicissimus“, Hans Kaspar Gullbranson, eine Privatbeleidigungssklage angehängt, die vor dem Schöffengericht II in Hamburg zur Verhandlung gelangte. Der Privatbeklagte wird durch Dr. Graband-Hamburg und den früheren Reichstagsabgeordneten Conrad Haubmann an n-Stuttgarter vertreten, während als Rechtsbeistand des Privatklägers Dr. Hauers-Hamburg fungiert.

Vor Einreichung der Klage hatte Wormmann an die Redaktion des „Simplicissimus“ einen Brief gerichtet, in dem er dieser anheimgab, sich bis zum 7. Januar 1907 zu entschuldigen, weil er sofort nach Ausbruch des Krieges in Südwestafrika den unentgeltlichen Transport der gefallenen Soldaten übernommen habe. Die Redaktion antwortete, daß seine Beser eine Satire nicht so wörtlich wie einen Volkebericht nehmen und auch nicht glauben, daß die Wormmann-Einie

Leihen zurückbehalt. Dagegen begrüße sie den angedrohten Prozeß mit Freuden, weil dadurch festgestellt werden würde, daß die Wörmann-Knie große Vorteile aus den Liegegebühren usw. gezogen habe. Der Privatbesitzer ist infolge Krankheit nicht zum Termin erschienen; seine Verteidiger beantragen die Aussetzung der Verhandlung. Das Gericht lehnt diesen Antrag ab, worauf beide Verteidiger erklären, unter diesen Umständen nicht die Verteidigung führen zu können. Das Gericht setzt sodann die Verhandlung auf den 16. April aus und beschließt, daß beide Parteien persönlich zu erscheinen haben.

„Christliche Verleumder.“

Ende November v. J. ging durch die gesamte Zentrums- und die Reichs- und unerschrocken feuchtsinnigen Kache-akt zweier sozialdemokratischer organisierter Maurer gegenüber einem christlichen Arbeiter. Danach sollten in Ingolstadt zwei freigeordnete Maurer auf einem Neubau einen Kiesel des im Stiegenhause angebrachten Gerüsts durchschneiden haben, um einen noch im Bau befindlichen christlichen Arbeiter durch einen Sturz in die Tiefe dem sicheren Tode preiszugeben. Die Nachricht wurde von der „Scharfmacher- und liberalen“ Blodpresse gierig nachgedruckt und vom Reichslügenverband im Wahlkampf, nach bekanntem Schema ausgeschmückt, nach Kräften ausgenutzt. Diese fette „Ente“, die zuerst in der christlichen „Ingolstädter Zeitung“ aufplattete, wurde am Sonnabend vor dem Schöffengericht Ingolstadt als eine gemeine Verleumdung gebrandmarkt. Der Mediateur und Verleger dieser Zeitung hatte sich vor diesem Gerichte wegen Verleumdung zweier freigeordneter Maurer zu verantworten. Die Verhandlung ergab die völlige Unhaltbarkeit der schweren Anschuldigung. Der Redakteur war von seinen christlichen Gewährsmännern, wie sich herausstellte, in der erbärmlichsten Weise angelogen worden. Deshalb ließ auch der Vertreter der so schwer verleumdeten Arbeiter, Rechtsanwalt Gen. Dr. Verneheim-Rünchen Gnade vor Recht ergehen und kam dem hereingelegten Redakteur mit folgendem Vergleich entgegen: „Redakteur Vauerer nimmt die aufgestellten Behauptungen mit dem Ausdruck des größten Bedauerns zurück, übernimmt sämtliche Kosten des Verfahrens, einschließlich der den Privatkläger erwachsenen Auslagen, sowie die durch die Publikation dieses Vergleiches in den beiden am Orte erscheinenden Zeitungen erwachsenden Kosten.“

Aus der Stadt der „reinen Vernunft“.

Am dem sich bei allen Bevölkerungsgruppen Königsbergs seit langer Zeit fühlbar machenden Saalmangel abzuheilen, hat sich dort eine Aktiengesellschaft zum Bau eines Kongers- und Gesellschaftshauses größeren Stils gebildet. Am 1. April d. J. läuft nun der Termin ab, bis zu welchem die für den gedachten Zweck erforderlichen Grundstücke zum Kaufe freistehen. Jetzt hat der Magistrat der bedrängten Gesellschaft unter die Arme gegriffen. Er machte der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, nach der die Stadtgemeinde der „Aktiengesellschaft zum Bau einer Stadthalle“ vom 1. April 1908 ab einen jährlichen Zuschuß von 15 000 M. zur Verzinsung und Tilgung des Obligationen-Kapitals gewährt. Dafür sollen der Stadtgemeinde sämtliche Räume der zu erbauenden Stadthalle an 30 Tagen im Jahre unbeschränkt und kostenfrei zur Verfügung stehen und ihre auch mitbestimmender Einfluß auf die Verwaltung der Stadthalle gesichert sein.

Hierzu stellte als sozialdemokratischer Stadtverordneter unser Genosse Haase einen Zusatzantrag, nach welchem die Bestimmung im Vertrage getroffen werden soll, daß die Stadthalle allen Bürgern zu Versammlungen und Veranstaltungen gegen die festgesetzte Entschädigung hergegeben werden solle. Dieser Antrag stieß beim Magistrat und bei der ganzen „liberalen“ Stadtverordnetenversammlung auf den heftigsten Widerstand! Und der Oberbürgermeister betonte ausdrücklich, daß der Magistrat bei Bearbeitung der Vorlage von vornherein die Absicht hatte, es zu hindern, daß die Stadthalle zu politischen Versammlungen oder politischen Vereinsfestlichkeiten hergegeben werde! Denn, so begründete er diesen famosen Standpunkt, in politischen Versammlungen prallen sehr oft die Leidenschaften heftig aufeinander. Die Besucher erscheinen meistens so, wie sie vom Geschäft, von der Arbeit kommen (also nicht salontauglich) und der Frau, der eine Stütze für Kunst und Wissenschaft sein und der friedlichen Geselligkeit dienen soll, könne dadurch sehr leicht „entweiht“ werden!

Der Oberbürgermeister hatte so ganz im Sinne der national-liberalen und freisinnigen Stadtväter gesprochen; denn für den Haaseschen Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten nur noch 3 bis 4 liberale Stadtverordnete von circa 80 Anwesenden!

Nun brachte Genosse Haase einen, der Magistratsauffassung weit entgegenkommenden Antrag ein, wonach die Stadthalle allen Bürgern und Vereinen zu gesellschaftlichen Zwecken gegen Bezahlung hergegeben werden solle. Aber auch dieser Antrag wurde bekämpft und mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines einzigen liberalen Stadtverordneten abgelehnt! Mit derselben Mehrheit wurden dann aber auch die 15 000 M. Subvention aus den Steuergroschen aller Bürger der Stadt bewilligt. Wenn wir dürfen die Stadthalle nur die Auserwählten der „oberen Hundstausend“, die ganz ungeniert Politik treibenden Krieger- und bürgerlichen Turnvereine sowie sonstige „oben“ nicht anständige Gesellschaften. Die Stadt der „reinen Vernunft“ hat sich durch ihren neuesten Schicksalsstreich eine weitere traurige Verühmtheit zum Rufensprozeß seligen Angebens, zur Aktion gegen die Jugendorganisation und zu ähnlichen Heldentaten sonst hinzu-erworben.

Christliche Arbeiter über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Die Einführung von Arbeitskammern und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine stehen seit langem als erste, wichtigste und dringendste Forderungen auf dem sozialpolitischen Programm des Zentrums. Noch im Winter 1905 drängte die ultramontane Presse die Regierung, endlich mit der Erfüllung dieser beiden Forderungen Ernst zu machen, und als dann die Vorlage betreffs der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine angehängt wurde, da priesen die kirchlichen Mütter das als einen Erfolg der Zentrumsämner. Auch aus den zu der Vorlage gehaltenen Reden der Zentrumsämner war immer noch die Bedeutung zu erkennen, die auf ultramontaner Seite der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine beigelegt wurde, zum Unterschied von der Sozialdemokratie, die, ganz abgesehen von der demeritischen Tendenz der Regierungsvorlage, der Frage läßt gegen-überstand.

Werkwürdigerweise stellt sich nun die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (M. Gladbach) vollständig auf den Standpunkt der Sozialdemokratie, während sie vorher nicht Wesens genug aus der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine machen konnte. Das Blatt meint, in Preußen-Deutschland seien anscheinend die Verhältnisse noch nicht reif für ein modernes Gewerkschaftsrecht und die Gewerkschaften dürften sich nicht gern in gesetzliche Zwangsformen einpreisen lassen. Dann schreibt das Blatt:

„Ist die Rechtsfähigkeit für die Berufsvereine heute das Notwendige und Brennendste? Entschieden nicht! So sehr wir die prinzipielle und praktische Bedeutung der Rechtsfähigkeit anerkennen, so haben unsere Gewerkschaften sich doch bisher ohne dieselbe ganz trefflich zurecht gefunden. Was uns vielmehr hindernd im Wege steht, ist das übertriebene Vereins- und Versammlungsrecht in Preußen. Auf die Summe von Un-

zuträglichkeiten, Belästigungen, die daraus schon für unsere christlichen Gewerkschaften entstanden sind, soll hier nicht mehr eingegangen werden, ebenso nicht auf das Maß von Erbitterung und Verärgerung, das infolge Bestrafungen, auf Grund dieses Gesetzes, schon in der Arbeiterschaft hervorgerufen wurde. Hier Wandel zu schaffen, erscheint uns notwendiger und dringender als die Verleihung der Rechtsfähigkeit.“

Kun sei aber, so meint das Blatt weiter, kaum zu hoffen, daß wir bald ein Reichsvereinsgesetz bekommen. Deshalb müßte ein anderer Weg beschritten werden. Das Koalitionsrecht sei Reichsrecht. Würde das Koalitionsrecht geregelt, dann können dabei diejenigen Bestimmungen einzelstaatlicher Vereinsgesetze, die der Entwicklung des Gewerkschaftswesens hinderlich seien, durch Reichsgesetz außer Kraft gesetzt werden. Dieser Weg sei wohl gangbar und die Arbeiter würden eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes freudiger begrüßen und mehr Vorteil davon haben, als von der Verleihung der Rechtsfähigkeit unter Bestimmungen, welche die Bewegungsfreiheit der Organisationen in Frage stellen.“

Die Erkenntnis kommt den M.-Gladbachern zwar spät — aber sie kommt. Wir hoffen, daß die sieben christlich-nationalen Arbeitervertreter recht bald die Gelegenheit benützen, um zu zeigen, daß sie imstande sind, die bürgerlichen Parteien auf den „Weg einer entschiedenen Sozialreform“ zu drängen. —

Sozialdemokraten als Richter.

Stuttgart, 20. März. (Fig. Ver.)

Aus der gestrigen Sitzung der Finanzkommission des württembergischen Landtags ist über einen bemerkenswerten Vorgang zu berichten. Der volkspolitische Abg. v. Gauß, Oberbürgermeister von Stuttgart, bemängelte, daß die als Geschworene in Vorschlag gebrachten Angehörigen und Vertreter des Arbeiterstandes von den Landgerichten meistens wieder ausgeschlossen würden. In der Zeit von 1895—1905 habe sich beim Landgericht Stuttgart unter 1200 Geschworenen nicht ein einziger Arbeiter befunden. Der erst seit einigen Monaten im Amt befindliche Justizminister v. Schmidlin erwiderte, daß er die Frage, ob Arbeiter als Geschworene zugelassen werden sollen, unbedingt bejahe und es im Interesse des Vertrauens zur Justiz begriffe, wenn auch Vertreter dieses Standes an den Volksgerichten beteiligt werden. Der Genosse Lindemann warf darauf die Frage auf, ob etwa die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei von Einfluß auf die Zusammenlegung der Geschworenenliste sei? Darauf antwortete Herr v. Schmidlin, daß die politische Gesinnung der Vorgesetzten auf keinen Fall einen Grund bilden werde, sie von der Geschworenenfunktion auszuschließen. Schon mit der von ihm abgegebenen Erklärung, daß Vertreter der Arbeiterschaft nicht ausgeschlossen sein sollen, sei ja gesagt, daß auch Mitglieder der Sozialdemokratie nicht auszuschließen seien. —

Zur Braunschweiger Regentenschaftsfrage. Der Braunschweiger Landeszeitung zufolge wird der Regentenschaftsrat dem am Dienstag zusammentretenden Landtage den Herzog Johann Albrecht zu Welfenburg, den Vorsitzenden der deutschen Kolonialgesellschaft, als Regenten vorschlagen. —

Eine nationalliberale Gründung.

Der von den Nationalliberalen im biergemäßigten München gegründete neue Nationalverein erklärt als Reaktion zur großen Rebutone eine lange Verleumdung in den „Münchener Neuesten Nachr.“, in denen er die zukünftigen „gemeinsamen Richtlinien“ seiner Politik darlegt. Es heißt darin:

Wir sind einig in der Pflege nationaler Gemeinschaft. Im Zusammenhang mit der großen Kulturgemeinschaft aller Nationen wollen wir dem Deutschtum seine Stellung in der Welt behaupten. Wir fordern, daß die Sicherung des Reiches und unserer nationalen Interessen nicht abhängig gemacht werde von Erwägungen parlamentarischer Taktik und von der Stellung der Fraktionen zur Regierung. Wir sind einig in dem Verlangen nach freierwilliger Ausbau der inneren Einrichtungen des Reiches und der Einzelstaaten, der Verfassung und der Verwaltung; einig in der Vertretung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes, einig in dem Ziel: ein freies deutsches Reich, ein Volk von freien Bürgern. Wir sind einig in der Forderung einer freien und vollständigen Erziehung aller Staatsangehörigen, vor allem der heranwachsenden Jugend, zu den nationalen, staatsbürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart. Liberal sein heißt das Recht des freien Arbeitvertrages, das Recht der wirtschaftlichen Organisation, volle Koalitionsfreiheit für die Angehörigen beider Geschlechter, die Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer anerkennen. Im wirtschaftlichen Kampfe sehen wir nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, um zum sozialen Frieden zu gelangen. Diesem Zweck soll auch der Ausbau der sozialen Gesetzgebung und ihre Ausdehnung auf weitere Kreise der Bevölkerung dienen. Nicht die Klassengegensätze verschärfen, sondern alle Berufsstände zu gemeinsamer friedlicher Arbeit zu einen, ist eine nationale, freiwirtschaftliche Aufgabe. Das sind vier große Richtpunkte, die dem gesamten Liberalismus gemeinsam sind. Sie sollen die Tätigkeit unserer neuen Gemeinschaft bestimmen.

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben, wenn man diese kraftgeschwollenen Phrasen liest und in Betracht zieht, daß nichts dahinter steht als der lornische Latendrang einiger durch die letzten Wahlen aus ihrem geistigen Gleichgewicht gebrachter liberaler Vernunftlose. —

Hamburger Bürgerschaft.

In der Sitzung der Bürgerschaft des Hamburger Parlaments vom Mittwochabend wurde die Rekonstituierung des Präsidiums vorgenommen. Der seitherige Präsident Engel, seines Zeichens Landgerichtspräsident, wurde wiedergewählt, dagegen ließ man den zur Fraktion der Vereinigten Liberalen abgetretenen seitherigen ersten Vizepräsidenten Dr. Weg durchfallen, an dessen Stelle der eifrigste Bekämpfer des Wahlrechtsumsturzes, Herr Windmann von der Linken, gewählt wurde. In den Bürgerauschuss wurde außer einem Mitgliede der Vereinigten Liberalen auch unser Genosse Stolten delegiert. Der aus Parlamentärsmitgliedern bestehende Bürgerauschuss ist die höchste Beschwerdeinstanz für Verfassungsstreitfragen und Konflikte mit dem Senat. Er hat mithin recht wichtige Funktionen zu erfüllen. —

Kalve Leute!

Daß Kriegervereine auch noch nach den toden beendeten Gottentottentwahlen an den „nationalpolitischen“ Zweck ihres Daseins zu glauben vermögen, dieses Kunststück zeigen uns die draben Krieger im schwarzen Münsterlande. In einer in Münster (Westfalen) abgehaltenen Versammlung der Kriegervereine des Stadt- und Landkreises Münster wurde nämlich folgende „Resolution“ angenommen:

„Die in Münster versammelten Abgeordneten der Kriegervereine des Stadt- und Landkreises Münster usw. haben nur ungern Kenntnis davon genommen, daß der Vorstand des deutschen Kriegerbundes bei Gelegenheit der Wahlen zum deutschen Reichstags durch Verbreitung von Flugblättern in den Kriegervereinen, sowie durch Veröffentlichung von Wahlaufrufen und Wahlartikeln in der „Parole“ in die Wahlbewegung eingegriffen hat.

In Erwägung, daß die Satzungen der Kriegervereine ausdrücklich das Verbot jeglicher Parteiinhalte innerhalb der Vereine verbieten, daß ferner durch ein derartiges Vorgehen der Bundesleitung der guten Sache in keiner Weise genützt wird, daß vielmehr durch solche Versuche, auf die Wahlen einzuwirken, nur Unfrieden zwischen die Kameraden geätet und der Parteiwitz in die Kriegervereine hineingetragen wird, spricht die Abgeordnetenversammlung dem Bundesvorstande über dieses Vorgehen ihr lebhaftes Bedauern und zugleich die Erwartung aus, daß der Vorstand in Zukunft sich einer derartigen Wahlagitation enthalten wird.“

Diese hieheren Kriegervereine des Münsterlandes scheinen danach immer noch nicht zu wissen, wozu sie eigentlich da sind — trotz des königlich preussischen Generalcomandants h. Liebert und des Generalmajors Keim.

Der Mißbrauch der Schule zu politischen Zwecken. Das heftigste Ministerium, Abteilung für Schulangelegenheiten, erteilte dem Klassenlehrer einer höheren Anstalt in Mainz einen Verweis, weil dieser kürzlich seinen Schülern die Aufgabe gestellt hatte, ihre Ansichten über den Ausgang der kürzlich stattgehabten Reichstagswahlen in Aufsatzform niederzulegen.

In Preußen wäre das sicher dem Lehrer nicht passiert. Aber Hessen, wo ja bisweilen sogar sozialdemokratische Abgeordnete bestattet werden und der Großherzog sich schon einmal zu einem sozialdemokratischen Abgeordneten an den Tisch gesetzt hat, ist eben ein noch halbbarbares Land, wo man natürlich von der richtigen Unjurzelbämpfung keine Ahnung hat. —

Fahnenflucht.

Vor dem Kriegsgericht der 22. Division in Erfurt stand am Mittwoch der Musikant Karl Seidler von der 5. Kompagnie des 94. Regiments in Eisenach unter der Anklage der Fahnenflucht im ersten Rückfalle. Der Angeklagte ist 1885 in Betmar geboren, wurde 1885 zum ersten Male zum genannten Truppenteile eingezogen, desertierte aber schon 1886, wofür er einschließlich einiger Nebenbestrafungen vom Kriegsgericht der 22. Division in Kassel zu 8 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Im Juni 1887 war diese Strafe verbüßt, S. kam wieder zu seiner Kompagnie, aber zehn Tage später desertierte er abermals, wie er angibt, weil er mißhandelt, mit vollem Gehalt auf dem Kaiserhof umhergeht und vom Gefreiten in s Gesicht geschlagen worden sei. Auf eine Erörterung dieser Ursachen der zweiten Desertation ließ sich das Kriegsgericht natürlich nicht mehr ein; diese Ursachen der Desertation waren ja längst verbüßt, die Desertation selbst aber nicht. Von 1887 bis zum Dezember vorigen Jahres befand sich der Angeklagte auf Wanderschaft im In- und Auslande, bis er endlich wieder einmal verhaftet wurde, wobei er seinen richtigen Namen angab und die Fahnenflucht freiwillig eingestand. Das Erfurter Kriegsgericht erkannte auf die Mindeststrafe von 1 Jahr Gefängnis und wegen zweier intellektueller Uebertretungen (er hatte bei zwei vorher erfolgten Verhaftungen wegen Betretens eines falschen Namen angegeben) auf 1 Woche Gefängnis, die durch die Unteruchungshaft für verbüßt erachtet wurde. Nach Verbüßung seiner Strafe hat der dann 48-jährige Mann den Rest seiner Militärszeit abzu dienen.

Husland.

Frankreich.

Proportionalwahl.

Paris, 21. März. (W. G.) Der Verband für Einführung parlamentarischer Reformen hielt gestern Abend eine Verammlung ab, an der über 2000 Personen teilnahmen. Verschiedene Redner, darunter auch Jaurès, traten für Einführung der Listen- und Proportionalwahl ein, indem sie auf die Ungleichheit des jetzigen Wahlsystems hinwiesen. Eine diesbezügliche Resolution wurde schließlich angenommen. —

Italien.

Ein Geschenk für die Stadt Rom.

Rom, 16. März. (Fig. Ver.)

Dieser Tage hat Giolitti der Kammer den seit langem erwarteten Geschenkentwurf zugunsten der Stadt Rom vorgelegt. Durch diesen Entwurf will die Regierung zum soundsovielten Male der Hauptstadt, die in grousser Finanznot leidet, Beistand gewähren. Es handelt sich dabei nicht um einen Akt der Großmut, die ja den finanziellen Wahregeln aller Regierungen fern zu liegen pflegt, sondern lediglich um einen pflichtschuldigen Beitrag zu den Kosten, die Rom aus seiner Stellung als Hauptstadt erwachsen und die billigerweise nicht den Kommunalfinanzen auferlegt werden können.

Von den beiden Hauptproblemen, die Rom zu lösen hat, dem der Anbahnung seiner industriellen Produktion und der Wohnungsfrage, findet nur das zweite in dem Regierungsentwurf eine halbwegs zufriedenstellende Berücksichtigung. Rom ist wohl die einzige Stadt der Welt, in der Hunderte von Familien aller sozialen Klassen (mit Ausnahme der kleinen Minderheit der Reichen) sich monatelang ohne Wohnung behelfen müssen, obwohl sie in stände und bereit sind, die ortsüblichen Mietpreise zu bezahlen. In den Hotels, als Aftermieter, in Lagerräumen, Kellern und in den Ruinen römischer Monumente und Aquadukte — je nach Gesellschafts- und Portemonnaie — warten viele, viele Hunderte auf das Freiwerden einer ihnen passenden Wohnung. Die Ursachen dieses Zustandes, der in keiner anderen Stadt seinesgleichen hat, sind hauptsächlich zu suchen in der Konzentration der Häuser und Baupläze in wenigen Händen und in der aus ästhetischen und hygienischen Gründen erfolgten Demolierung der alten Stadteile, ohne entsprechende Neubauten. Die Bankrotte der achtziger Jahre nötigte einige große Banken, zahllose Miets- häuser und Baupläze zu übernehmen und schuf so ein Monopol für einige große Hausbesitzer, die sich sehr wohl hielten, die Preise ihrer Monopolware durch reichliches Angebot zu drücken; gleichzeitig entmüdigte die Krise das kleine Kapital, das sich ganz von den Bauunternehmungen zurückzog.

Was die Demolierungsarbeiten betrifft, so genüge der Hinweis, daß von den im Jahre 1883 für die bauliche Entwicklung Roms vom Staate ausgesetzten 200 Millionen nicht weniger als 176 Millionen für Demolierungen verausgabt wurden. Wie immer rief man vor allem die Häuser der kleinen Leute nieder und baute elegante Mietwohnungen, Villen und Paläste. Mit dieser Wirtschaft ist man so weit gekommen, daß der ärmste Arbeiter 15 bis 25 Lire im Monat für ein elendes Gemach zahlen muß, in einer Wohnung zusammengepfercht mit drei, vier Familien, deren jede eine Kammer bewohnt und die alle gemeinsam in einer, gleichfalls als Wohnraum vermieteten Küche kochen! Die Kammer mit 200 oder 300 Lire Monatsgehalt geben die Hälfte ihres Einkommens für Miete aus, vermieten möblierte Zimmer, wobei sie selbst fast ebenso elend und ungesund wohnen wie die Arbeiter. Die Hausbesitzer sehen zu, steigern bei jeder Kontrollerneuerung und bauen nicht.

Die Situation ist nachgerade unerträglich geworden, und die Regierung macht mit dem Geschenkentwurf, der sich ergänzen an höhere Gesetzesmaßnahmen für Rom anreißt, den Versuch, Wandel zu schaffen. Dazu ist zunächst Geld nötig und das wird beschafft, indem die Regierung bis nach dem Gesetz von 1880 in dem Jahrzehnt von 1910—1920 fälligen Zahlungen von insgesamt 25 Millionen schon in dem Jahrzehnt von 1909 bis 1919 in zehn Raten zur Auszahlung bringt. Außerdem wird die Reichsdepositenkasse ermächtigt, 30 Millionen Darlehen an die Stadt zu überweisen, von denen die Hälfte für den Bau von Schulgebäuden und Straßensanierungen bestimmt ist, während die andere Hälfte zum Ankauf von Baupläzen dienen soll. Um diesen Ankauf zu erleichtern, bestimmt das Gesetz, daß alle Baupläze nach ihrem Marktwert bewertet werden bis zu 3 Prozent dieses Wertes (bisher 1 Proz.); den Wert hat der Verkäufer zu deklarieren, er muß aber für den deklarierten Wert das Grundstück der Stadtverwaltung verkaufen, wenn dies es

berlangt! Es ist dies jedenfalls einer der besten Teile des Gesetzes. Die Stadt gibt die erworbenen Bauplätze zum Selbstkostenpreise oder mit geringem Profit an Privatleute ab, unter der Bedingung, daß sie in kurzer Zeit Häuser errichten. Das Gesetz berechnete auch die Stadt um einen gewissen, im Nordwesten zwischen Liber und Monte Mario gelegenen Bauplatz, den heutigen Paradeplatz, der nicht weniger als 800 000 Quadratmeter umfaßt. Diesen tritt die Regierung der Stadt ab gegen Ueberlassung eines weiter außerhalb gelegenen nur 800 000 Quadratmeter großen Platzes. Den heutigen Paradeplatz vergibt dann die Stadt in kleinen Bauplätzen für 10 bis 15 Lire pro Quadratmeter an solche, die sofort bauen und gewisse noch festzusetzende Garantien dafür bieten, daß sie die Häuser nicht zu Spekulationszwecken verwenden.

Dem Institut für Arbeiterhäuser werden 800 000 Lire jährlich von der Stadt zur Verfügung gestellt, ferner fällt ihm die Hälfte der Bauplatzsteuer zu. Auch werden ihm weitere Bauplätze angewiesen werden. (Das Institut baut Wohnungen für Familien, die ein Einkommen von nicht mehr als 8000 Lire jährlich haben und es vermietet sie zu etwa 9 Lire pro Raum und Monat.)

Wesentlich unzulänglicher sind die Maßnahmen für die industrielle Entwicklung der Hauptstadt. Diese beschränken sich auf die kostenfreie Gewährung von Wasserkräften (die Wasserkräfte gehören dem Staat), aus denen sich 25 000 DYNAMO-Verdichtkräfte zu industriellen und Beleuchtungszwecken gewinnen lassen, auf die Gründung einer kunstgewerblichen Schule und den Bau eines Hafens am Tiber. Ferner steht das Gesetz Regierungsneubauten vor, für deren Beginn oder Fortführung im laufenden Jahre gegen fünf Millionen ausgeworfen werden. Diese Arbeiten betreffen die Universitätsgebäude, das Blindeninstitut, die Freilegung der Diokletiansthermen, das Hauptpostgebäude und das Arbeitsministerium.

Schließlich trifft das Gesetz Bestimmungen über die Freilegung der sogenannten „monumentalen Zone“, die im Südosten der Stadt liegenden Reste der Thermen, das Kolosseum usw. Es werden für die nötigen Expropriierungen und den Bau von zwei großen Alleen 6 Millionen ausgeworfen, die in 55 Jahresraten zu einem Drittel von der Stadt und zu zwei Dritteln von der Regierung zurückgezahlt werden müssen. Eine dieser Alleen soll vom Kolosseum nach San Paolo führen, die andere vom Tiber am Circo Massimo und den Thermen des Caracalla vorbei bis zur Via Appia.

Unverkennbar besteht auf Seiten der Zentralregierung das Bewußtsein ihrer Verpflichtungen gegen die Hauptstadt. Trotzdem bleiben die in Aussicht gestellten Leistungen hinter dem zurück, was man zu erwarten berechtigt war. Alles was z. B. für die antiken Monumente zu geschehen hat, sollte ganz, nicht bloß zu zwei Dritteln dem Staate zur Last liegen.

Die Diskussion des Gesetzes wird nach den Osterferien beginnen. Der Ausschuss der Arbeitskammer hat bereits eine Reihe von Amendementvorschlägen ausgearbeitet, die möglicherweise die Plattform der Volkspartei bei den nächsten städtischen Wahlen sein werden. Ihre Hauptpunkte bestehen in der Forderung von 5 Millionen statt 3 Millionen für die Arbeiterhäuser, Ueberweisung der ganzen Bauplatzsteuer sowie der durch Erhöhung der Steuer zu erzielenden Mehrerträge aus den Abgaben auf Pferde, Hunde, Wagen und Planwagen an das Institut für Arbeiterhäuser, Gründung einer Freihafenzone und Festsetzung von Steuererlassungen für neue Industrien.

Weiter fehlen in der römischen Wählerschaft die Mittel, ein demokratisches Programm durchzuführen und eine demokratische Verwaltung auf den Schild zu heben.

Rumänien.

Die Bauern.

Was aus den ersten Mitteilungen über die „Unruhen“ in Rumänien nicht zu erkennen war, schält sich allmählich mit fürchtbarer Deutlichkeit aus den neueren Mitteilungen heraus: Ein regulärer Bauernkrieg ist über Rumänien herein gebrochen! Ein Bauernkrieg mit den Begleiterscheinungen aller Bauernkriege der Vergangenheit: Plünderung, Verwüstung, Lottschlag. Wie der Bundschuh im deutschen Bauernkriege, wie der Wuschik in der russischen Revolution, so setzt jetzt die rumänische Bauernschaft dem verhassten Ausbeuter den roten Hahn aufs Dach, und weithin durchs Land leuchtet die Lohe niedergebrannter Besitzungen. Und wie der russische Bauer bei den letzten Erhebungen im Zarenreiche den gefährlichen Regierungsfußel in die Gasse rinnen ließ, so hören wir, daß auch sein rumänischer Leidensgefährte in diesen Tagen allenthalben Wein und Schnaps zum Auslaufen gebracht hat.

Dem rumänischen Bauern fehlt, was allen notleidenden Bauern von je gefehlt hat: Ackerboden!

Der wohlhabende, der reiche, der steinreiche Großgrundbesitzer Rumäniens verkehrt in irgend einer europäischen Vergnügungsmetropole die Renten seiner ungeheuren Einkünfte, und dabei leidet der Bauer Hunger und Not. In Rumänien hat sich das System des Zwischenpächterturns ausgebildet, und zwar sind die Zwischenpächter zum großen Teil rumänische Juden. Entläßt sich der Horn des Bauern nach langer Zeit geduldigen Ertragens, so muß er mit seinen fürchtbaren Folgen naturgemäß zuerst auf den Zwischenpächter — den Juden — herniedertreten. Sigt doch der eigentlich Schuldige, dem Bauern unerreichbar, in Paris, London, Wien, an der Riviera, am Genfer See oder sonst wo auf einem herrlichen Fleckchen Erde.

Schon häufig haben rumänische Bauern die jüdischen Zwischenpächter für deren eigene und für die Sünden der Großgrundbesitzer büßen lassen. Solange es dabei blieb, hat sich die rumänische Regierung um jene Erscheinung herzlich wenig gekümmert. Sigt doch auf Rumäniens Thron neben dem Könige Carol seit mehr als 20 Jahren dessen Gemahlin „Carmin Syla“, der man nachsagt, daß sie eine Dichterin und eine — Antisemitin zugleich sei! Vielleicht hat man „oben“ gar des öfteren seine stille Freude daran gehabt, daß „der dumme Bauer“ sich immer wieder beschwichtigen ließ und daß man — nach bekanntem Rezept — seinen blinden Hoff so schön auf den Juden ablenken konnte. Die nationalistische akademische Jugend Rumäniens tat im übrigen stets das ihre, um den Antisemitismus unter den Bauern und sonst im Lande nach Kräften zu schüren.

Jetzt respektieren die Bauern die Grenzen des religiösen Bekenntnisses nicht mehr: sie zerstören das Eigentum des christlichen Wuffaugers genau so wie das des jüdischen. Und nun hält die Regierung den Zeitpunkt für gekommen, um mit feiter Faust zuzupacken und dem Tun der Bauern energisch entgegenzutreten.

Aber auch gegen die kapitalistische Ausbeutungs-Praxis der Großpächter scheint Rumäniens Regierung endlich vorgehen zu wollen. Wenigstens wird gemeldet, daß der Kammer schleunigt ein Gesetz gegen die Pächterturns vorgelegt werden solle. Sätte man das nur früher getan! Wer

kann wissen, ob's jetzt für die unmännliche Regierung nicht schon zu spät ist? —

„Agrarisch ist Trumps!“ — das gilt auch für Rumänien, für seine Verwaltungspraxis, seine Gesetzgebung. Ueber kurz oder lang mußten die Frevler seines agrarischen Regimes die Bauern zur Verzweiflung treiben. Was aber wird jetzt geschehen? Wir enthalten uns des Urteils über die Wahrscheinlichkeiten oder Unwahrscheinlichkeiten einer für die Bauern siegreichen Beendigung des Aufstandes oder einer brutalen Niederknüppelung der Revolution durch die Regierung. Wir erteilen der „Bosfische Zeitung“ das Wort, die gestern (Donnerstag) abend einen Artikel über „Die Bauernunruhen in Rumänien“ mit folgenden Worten schloß:

„Man wird vermuthlich eine Anzahl Bauern niedermachen und dann wird Ruhe sein — bis zum nächsten Male. Die Zustände selbst aber werden sich nicht ändern. Die herrschende Klasse, die für die bestehende Judengesetzgebung und für die elende Lage der Bauern verantwortlich ist, hat das größte Interesse daran, daß alles beim alten bleibe. Man wird bloß einige hochtönende Phrasen von Vaterlandsliebe, sozialen Pflichten, rumänischer Kulturhöhe und dergleichen im Parlament vernehmen.“

Ob die freisinnige „Bosfische Zeitung“ ebenso spräche, wenn die u. i. j. e. Bauern so energisch, wie jetzt die rumänischen, nach Land schrien?!

Wir lassen die bis Redaktionsschluß eingelaufenen Depeschen folgen:

Bukarest, 21. März. (B. L. W.) Der „Agence Roumaine“ zufolge sind die Meldungen der Blätter über eine rumänische Bauernbewegung durchaus übertrieben. Nur in den Bezirken der Ober-Waldau kam es zu einigen Unruhen der Bauern gegen den Truf der ausländischen Pächter. Der Kriegsminister hat nun aus Vorsicht Reserven einberufen, um die Truppen zu verstärken und die Ordnung aufrecht zu halten.

Wien, 21. März. (B. L. W.) Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Czernowitz gemeldet: Nach einem Telegramm aus Sereth wurde die Grenzstadt Michailien nachts von Bauern gestürmt. Die ganze jüdische Bevölkerung ist dorthin oder nach Snyow geflüchtet. Den Grenzorten droht große Gefahr. Heute früh sind Flüchtlinge aus Roman eingetroffen. Dörfer und Gutsböden in diesen Bezirken sind bereits geplündert. Die Stadt ist in Gefahr.

Bukarest. (B. L. W.) Hier fanden große Studentendemonstrationen zugunsten der Bauern statt. Da ein Pogrom befürchtet wurde, schloffen die Juden ihre Geschäfte. In verschiedenen Stadtteilen fanden Exzesse statt, die aber vom Militär unterdrückt wurden.

Czernowitz, 21. März. (B. L. W.) Hier hat sich ein Hilfskomitee gebildet, um den aus Rumänien flüchtenden Juden erste Hilfe angedeihen zu lassen. Nach oberflächlicher Schätzung hat die Bevölkerung in der Moldanprovinz bisher einen Schaden von über 1 1/2 Millionen Kronen erlitten.

Wien, 21. März. (B. L. W.) Das „Neue Wiener Abendblatt“ meldet aus Bukarest:

In Votolschani haben die Bauern dem Militär ein regelrechtes Gefecht geliefert, bei dem 12 Bauern erschossen und 10 verwundet wurden. Oberstleutnant Burdeano wurde durch Steinwürfe im Gesicht schwer verwundet. Ebenso wurde der Major Heredes leicht verletzt. Viele Soldaten sind verwundet. Heute traf das 15. Regiment aus Bistrita-Neamty in Votolschani ein. 100 Verhaftungen wurden vorgenommen. In Bucareen wurde gleichfalls die Ruhe durch drei Kompagnien des Regiments Rusboom hergestellt. Nach Jassy ist das 10. Infanterieregiment von Ruma und das 6. Infanterieregiment von Tecuce zur Verstärkung abgegangen. In Bivolari brachen neue Unruhen aus. Der Professor Chiesem wurde von den Bauern als Geisel fortgeschleppt. Der Untersuchungsrichter Gebiccano ist mit zwei Kompagnien Infanterie nach Bivolari abgegangen. Aus Jassy wird hierher telegraphiert: Die einberufenen Reservisten, selbst aus munternden Dörfern, sind pünktlich in den Kasernen eingetroffen. Im Distrikt Bistrita-Neamty wurden die Gutsböden in Babaschani (Gut des Barons Schendrea), in Strunga (Gut des Dr. Ramulesco), Grineschi und Brantuleschi geplündert. Der Gutsbesitzer von Brantuleschi, Herr Lupascio, konnte nur durch die Flucht sein Leben retten. Der Kaufmann Karl Jakobson in Strunga wurde drei Stunden in seinem verbarrikadierten Hause in Trumos belagert, bis ihn eine Schwadron Husaren befreite. Neue Unruhen werden aus Janelchi, Podoleni, Costica und Subusini gemeldet, wo überall zahlreiche jüdische Familien wohnen. In Roman wurde der russische Emisär Viktor Dogorin als Kapitator verhaftet und der Präsektor eingeliefert. Auch das 7. Infanterie-Regiment in Prachova hat Befehl erhalten, sofort nach Jassy abzugehen, desgleichen das 21. Infanterie-Regiment Iffow und das 6. Infanterie-Regiment Michael der Tapfere sowie das 2. und 6. Jäger-Bataillon in Bukarest. Durch diese großen Truppenaufgebote löst die Regierung die gefährdete Bevölkerung der Moldau genähert schlagen und die Unruhen rasch unterdrücken zu können. Das Gut Darobanli, welches der Schwiegersohn des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Straucher, Fischer, gepachtet hat, ist, um Plünderungen zu verhüten, militärisch besetzt worden. Fischer weilt mit seinen Angehörigen gegenwärtig in Wien.

Aus Jassy wird gemeldet: An der Barriere Baourati erschienen am 10. dieses Monats 300 Bauern aus Nitroslava, die in der Stadt eindringen wollten. An der Barriere besand sich nur eine aus 10 Mann bestehende Kavallerieabteilung, der jedoch Hilfe gesandt wurde. Es kam zu einem Handgemenge. Schließlich gelang es jedoch, die Bauern nach erbittertem Widerstande auseinander zu treiben und die Führer zu verhaften. Unter den Bauern, die in besonderer Eut mit ihren Knüppeln gegen die Offiziere losgingen, befanden sich auch viele Reservisten. Es wurden Patrouillen ausgesandt, welche nach den herannahenden Bauernmassen relognoszieren sollten; sie konstatierten, daß etwa 40 000 Bauern im Anmarsch auf Jassy begriffen seien. Sofort wurden die Militärpatrouillen verstärkt und gleich nach Bukarest um Entsendung weiterer Truppen telegraphiert. Aus Bukarest und Votolschani sind bereits starke Truppenabteilungen nach Jassy auf dem Weg.

Amerika.

Die Korruption.

San Francisco, 21. März. (Meldung der „Associated Press“.) Die Grobkuch erhob Klage wegen Verletzung gegen eine Anzahl städtischer Beamten, die im Zusammenhang mit Meldungen von städtischen Skandalen genannt wurden, darunter auch gegen Abraham Kauf, einen führenden Politiker, der beschuldigt wird, die Vorsteherchaft durch Verletzung dazu veranlaßt zu haben, an Pferdebahnen, Telephone und Gasgesellschaften Konzessionen zu vergeben. Der Distriktsstaatsanwalt sagt, die gegenwärtigen Anklagen wären nur der Beginn in der Aufdeckung der städtischen Korruption in San Francisco, an der Millionäre und andere Bürger beteiligt wären! —

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

11. Sitzung vom Donnerstag, den 21. März, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Dr. Langerhans nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

An Stelle des Stadtvorordneten Grindel (Soz.) werden durch Juras gewählt: in den Rechnungsanschuß Stadtvorordneter Reid, in den Wahlprüfungsausschuß Stadtvorordneter Dupont, in die Tiefbau-Deputation Stadtvorordneter Wengels und in die Deputation für die Feuerlosgeld Stadtvorordneter Ginye. Die Versammlung setzt die Generaldiskussion über die Wertzuwachssteuer fort.

Stadtv. Haberland (A. L.): Nach den lächlichen Ausführungen des Stadtvorordneten Dr. Bedy (Heiterkeit) hätte ich verzichten können, wenn mich nicht die Liebeshörigkeit des Kollegen Bredy zu einer Erwiderung nötigte. Von dem Inhalt meiner Schrift zum preussischen Wohnungsgesetzgebung habe ich kein Wort zurückzunehmen. Die vorgeschlagene neue Steuer trifft gar nicht den unbedienten Wertzuwachs. In England existiert eine besondere Steuer auf das „uncared increment“ gar nicht. Auch ist es nicht mit der Unabwägbarkeit der Steuer; mir selbst sind Verträge bekannt, in denen der Verkäufer die Wertzuwachssteuer übernommen hat. (Hört! hört!) In Frankfurt a. M. sind die Grundwerte trotz dieser Steuer dauernd gestiegen; das ist die gerühmte soziale Wirkung der Wertzuwachssteuer. Das Jitat aus meiner Schrift gegen mich war nichts als ein Theatercoups des Dr. Bredy (Lebhaftes Oho!), ein durchaus tendenziöses Verfahren, welches er sich extra für das Plenum vorbehalten hatte.

Stadtv. Sonnensfeld (A. L.): Mit einer Minderheit meiner Fraktion bin ich für die Wertzuwachssteuer, wenn ich auch nicht die Ansicht des Oberbürgermeisters teile, daß man mit reiblicher Arbeit nicht mehr als 10 Proz. Verzinsung des Grundbesitzes herbeiführen könne. In dieser irrigen Meinung liegt eine Unterschätzung des produktiven Wertes der geistigen und organisatorischen Arbeit. Wir sind für die Steuer, weil sie den Großgrundbesitz keineswegs besonders hart trifft — dies könnte viel eher bei den kleineren Kapitalisten in Frage kommen — weil sie weder auf die Spekulation erschwerend einwirkt, noch auf die Grundstückspreise drückt wird, weil sie, wie die Einkommensteuer, kaum abwägbar ist und weil sie die Leistung auf dem Gipfel der Leistungsfähigkeit trifft. Es handelt sich in Wirklichkeit bei dieser neuen Steuer um eine endliche Ausgleichung eines bisherigen Steuerprivilegs. (Zustimmung und Widerspruch.) Der wichtigste Einwand, meine Damen und Herren (Stürmische, nicht endenwollende Heiterkeit) — ja, es herrschte im Saale solche Unruhe, daß ich wirklich glaube, in einer Volksversammlung zu sein (Oho!) und erlaube Heiterkeit) — ist der, daß wir hier Steuern auf Vorrat bewilligen sollen. Aber das Zukunftsbild der kommunalen Entwicklung Berlins läßt auch diesen Einwand in einem anderen Lichte erscheinen. Und schließlich ist der Steuerertrag auf fünfviertel Millionen geschätzt, wovon die Braumalzsteuer und besonders die lästige Betriebssteuer leicht abgelöst werden könnten. Wenig genehm ist auch uns die rückwirkende Kraft, und zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung muß eben die Umsatzsteuer auf die Wertzuwachssteuer wenigstens für eine Uebergangszeit angesetzt werden. Falls die betreffenden Wallachschen Anträge, so werden zahlreiche Freunde der neuen Steuer dagegen stimmen müssen. (Hört! hört!)

Stadtv. Cassel (A. L.): Ich meinerseits kann die neue Steuer nicht billigen. Es ist ungerecht, ein an sich gerechtes Prinzip einseitig in die Praxis überzuführen, einen unbedienten Gewinn an Grundbesitz zu besteuern, den Gewinn an mobilien Wertien aber nicht. (Sehr richtig!) Die Steuerbefugnis haben wir nicht auszuführen nach den Möglichkeiten, die das Kommunalabgabengesetz gibt, sondern nach den Bedürfnissen der Kommune Berlin. Der Wert des Grundbesitzes steigt nicht lediglich durch städtische Leistungen, sondern auch durch den Bevölkerungszuwachs, ohne daß städtische Leistungen in Betracht kommen. Für Vorteile, welche den Grundbesitzern durch städtische Anlagen erwachsen, soll ja ohnehin nach der lex Sachs von 1902 eine Gegenleistung erzielt werden. Die neue Steuer ist schematisch und schablonenhaft. Sie will nur den unbedienten Wertzuwachs treffen; das ist aber nicht möglich, und so wird sie gleichzeitig eine hohe Besteuerung desjenigen Bauwerkes, welches in seiner Existenz auf den Umsatz in Grundwerten angewiesen ist. In diesen Kreisen wird die neue Steuer lediglich Mißmut und Erbitterung erzeugen. Die vorige Debatte hat Gründe für eine veränderte Beurteilung der Frage nicht beibringen können, weder die Darlegungen des Kollegen Heimann, noch die des Dr. Bredy. Den Kollegen Haberland hat Dr. Bredy recht schlecht behandelt und ganz unbedient lächerlich zu machen gesucht, denn Haberland hat sich in jener Broschüre durchaus nicht für eine Wertzuwachssteuer erklärt. Der Oberbürgermeister hat seine Ausführungen in ruhiger, sehr würdiger Weise gemacht (Heiterkeit) — ich wiederhole diese Anerkennung trotz dieses unmotivierten Lachens —, aber wenn er auf die bevorstehenden großen kostspieligen kommunalen Aufgaben hingewiesen hat, so ist demgegenüber auch zu beachten, daß in den nächsten Jahren eine Reihe von Leistungen an die Stadt nicht mehr so große finanzielle Anforderungen stellen werden, so beim Brückenbau und in anderen Verwaltungen. Bei der gesunden Finanzlage Berlins werden sich andererseits auch die Einnahmen fortdauernd, wenn auch in Wellenlinien, steigern. Das Interesse der Kommune erfordert nachgerade auch, daß diejenigen für den Berliner Stadtsäckel herangezogen werden, die in Berlin ihr Einkommen erwerben, aber auswärts wohnen (Zustimmung und lärmender Widerspruch) — ich fürchte mich vor dem Vorwurf, daß sei ein philistischer und rückständiger Standpunkt, gar nicht; wir würden damit nur nachholen, was alle anderen Kommunen mit sehr wenigen Ausnahmen längst getan haben. Daß es mit der Unabwägbarkeit nichts ist, dafür ist Material bereits angeführt worden; ebenso steht es mit der angeblichen sozialen Wirkung, die gerade ein sozialdemokratischer Schriftsteller, Dr. Hugo Lindemann, äußerst gering ansieht, da bei dem heutigen privaten Eigentum an Grund und Boden schließlich jede Last des Grundbesitzes auf die Mieter abgewälzt wird. Der Jindewitz auf die stärkere Heranziehung der Einkommen unter 3000 M. durch die bezugstischen und denunziatorischen Bestimmungen der Novelle zum Einkommensteuergesetz kann eine so einseitige Maßnahme wie die der Besteuerung einiger willkürlich herangezogener reicher Leute nicht rechtfertigen. Ich halte schon die Umsatzsteuer für ungerecht und für eine schwere Last der Hausbesitzer und ich habe seinerzeit mit den Herren Singer und Genossen sie, leider vergeblich, bekämpft. Die Aussicht auf eine dreieinige Ermäßigung der Grundsteuer mit dieser Steuererhöhung scheint mir gleich Null; es bliebe ja dann auch im Stadtsäckel von ihr nichts übrig. Man denkt denn offenbar auch schon an eine Erhöhung der so „unmäßig mäßigen“ Sätze; Herr Heimann hat das auch offen ausgesprochen, der Oberbürgermeister hat es nur angedeutet. Auf diese Tragweite der Vorlage möchte ich hinweisen; haben wir erst die Steuer, dann wird sie eben sicher erhöht wie die Umsatzsteuer. (Zustimmung.) Vor der Uebernahme der Steuer durch den Staat fürchte ich mich nicht; eine solche Maßnahme wäre auch kaum durchführbar. Möge man doch eine reformierte Bauplatzsteuer und eventuell eine reformierte Ergänzungssteuer zu realisieren versuchen, um auf diesem Wege, soweit die Ziele diskutierbar sind, vorwärts zu kommen. Auch Kollege Sonnensfeld will die Wertzuwachssteuer, nur mit den Wallachschen Anträgen; er hat die Magistratsvorlage geradezu gegeißelt. Um praktisch zu nützen, muß man doch zu der Vorlage wie sie liegt Stellung nehmen. Wir stimmen alle für diese Anträge, aber nur (Zuruf: Um die Steuer zu verhindern!) — Sehr richtig. Kollege Heimann sprach von dem „Mantelchen“, welches wir umnehmen, um einseitige Grundbesitzerinteressen zu kaschieren. (Stadtvorordneter Singer: Das war doch sehr höflich! Heiterkeit.) Wir haben von solchen die Ehre angegriffenden Neuherungen eine andere Ansicht und finden es empörend, daß man die sachlichen Ausführungen Wallachs neulich einfach ausgelacht hat. Es ist nicht wohlgetan, durch eine solche Maßnahme den grundbesitzenden Teil der Bürgerschaft zu erbittern und einen so folgenschweren Schritt durch eine Zufallsmehrheit tun zu lassen! (Beifall und Handklatzchen, auch auf den Tribünen.)

Oberbürgermeister Aischner: Auch diejenigen, die für die Vorlage stimmen, werden, wie ich meine, nur aus sachlichen Gründen und aus Rücksicht auf das Wohl der Stadt sich für sie entscheiden. (Zustimmung.) Ich habe bisher kein Wort gehört, woraus sich ergäbe, daß den Gegnern irgend ein unsachliches Motiv untergelegt ward. (Zuruf des Stadtv. Cassel: Heimann!) Den Grundgedanken, jemand, der einen erheblichen Gewinn macht, heranzuziehen, hat Herr Cassel nicht verstanden; ich akzeptiere das bestens. Wir sind nicht in der Lage oder nicht berechtigt, die Gewinne an einem mobilien Besitz heranzuziehen. So innig wie der Grundbesitz ist kein anderes Element mit der Stadt verbunden. Ist etwa das Aufblühen der Stadt, die Bevölkerungszunahme, auf die man hingewiesen hat, nicht gewertet worden in den Preispreisen,

Welche z. B. für die Läden in der Leipzigerstraße gezahlt werden? (Sehr gut!) Ich habe bei meiner Betrachtung der zukünftigen Aufgaben der Stadt im wesentlichen nur von laufenden Ausgaben gesprochen. Für laufende Ausgaben kann ich nur durch neue Einnahmen, eventuell also durch neue Steuern sorgen. Gerade die Ausgaben, welche künftig wegfallen werden, aus Brückenbau usw., sind aus Anleihen gedeckt worden! Wir müssen auch damit rechnen, höhere Zinsen zu bezahlen, unsere Anleihen teurer zu bekommen, und damit wächst unser Interesse, möglichst viel aus laufenden Einnahmen zu decken. Wie weit Berliner Beamte und Lehrer auswärts wohnen sollen, darüber wird ja noch zu reden sein; aber was soll damit für die städtischen Finanzen gewonnen werden? Die 5000 Lehrer sind kommunalsteuerfrei. (Zurufe: Aber Privatvermögen! Und die anderen Beamten?) Von den 3000 Beamten wohnt doch nur ein Prozentfall außerhalb. Und das Privatvermögen? Ich glaube, es gibt manden unter Ihnen, der hat mehr Privatvermögen, als diese 5000 und 3000 Mann zusammen! (Große Heiterkeit; Rufe: Haberland!) Zur Deckung der neuen Ausgaben, die uns obliegen, werden die Steuerkräfte nicht ausreichen. Das wäre schon früher nicht möglich gewesen, wenn Sie den Spuren des Herrn Cassel gefolgt wären, wenn Sie vor vier Jahren die Verdoppelung der Umsatzsteuer abgelehnt hätten. (Sehr richtig!) Ueber den Betrag der Steuer tapfen wir noch völlig im dunklen; eine ganz schöne Besteuer zu unseren finanziellen Verhältnissen wird sie jedenfalls liefern. Eine so große materielle Einwirkung in sozialer Richtung verspreche ich mir auch nicht davon, dazu sind die Säbe viel zu gering; aber der Gedanke, daß es zurückgewiesen wird, einen erheblichen Gewinn zur Abgabe heranzuziehen in dem Augenblick, wo der Gewinn gemacht wird, der hat eine große soziale Kraft, der wird fortwirken, bis die Sache sich durchgesetzt hat. Die Grundbesitzer, die ihren Grundbesitz festhalten, trifft ja die Steuer überhaupt nicht. Wenn jemand aber von einem Gewinn 95 Proz. für sich behalten darf, kann er nicht klagen. Herrn Cassel würde es doch sehr angenehm sein, wenn heute die Sozialdemokraten mit ihm stimmten (Heiterkeit), es hat ihm ja auch keine Schmerzen gemacht, bei der Umsatzsteuer in ihrer Gesellschaft gewesen zu sein. Die Verg. Sachs ist nicht praktisch geworden. (Zwischenrufe der Stadtv. Haberland und Cassel.) Ich bin noch nie soviel unterbrochen worden durch Zwischenrufe wie heute, ich kann verlangen, daß, wenn ich hier meiner Pflicht gemäß mich äußere, ich mit Ruhe angehört werde. (Lebhafter Beifall.) Die Verhandlungen gleichen genau derjenigen bei der Umsatzsteuer; das Grundstücksgeschäft floriert und die Mieten gehen zurück, während das Umgekehrte vorausgesetzt wurde. (Beifall.)

Stadtv. Vamberg (A. L.) wird mit einem ganz kleinen Teil seiner Fraktion gegen die Steuer stimmen, obwohl er sie billigt, weil er nicht Steuern auf Vorrat bewilligen, weil er keine Theaurierungspolitik treiben will.

Stadtv. Dr. Auhmann (Fr. Fr.) lehnt ebenfalls mit der Hälfte seiner Fraktion zurzeit die Steuer ab, weil sie, wenn auch gerecht, einstellend bei den vorhandenen Ueberflüssen nicht nötig ist. Auch hier sei ein Automobiltempo vom Uebel. Wenn der Oberbürgermeister sogar den diesjährigen Schneefall zur Begründung des Projektes herangezogen habe, so mache das doch den Eindruck, als ob man auf jeden Fall die Steuer durchdrücken wolle. Die Tätigkeit der Terraingesellschaften sei eine sehr erspriechliche.

Stadtv. Rosenow (A. L.): Die Mehrheit meiner Freunde will von neuen Steuern nichts wissen und lehnt die Vorlage abgebrachtemahen ab.

Stadtv. Rommelen (Fr. Fr.): Die Mehrheit von uns ist besonders durch die Darlegungen des Oberbürgermeisters davon überzeugt worden, daß die Steuer gerecht, richtig und notwendig ist. Man lehnt die Steuer als unnötig ab, beschränkt sich aber auf die Durchführung der Ueberschüsse der letzten beiden Jahre. Die Zeiten werden nicht so bleiben; die heutige Hochkonjunktur dauert nicht ewig, sie neigt sich ihrem Ende zu. In guten Zeiten muß man sich einrichten, um in schlechten nicht sofort mit der Einkommensteuer hochzugehen. Der Gedanke, die städtischen Beamten und Lehrer zu zwingen, in Berlin zu wohnen, hat in dem Rahmen dieser Debatte wirklich etwas Alcinisches. Die Grundbesitzer hätten tatsächlich das größte Interesse daran, daß die Steuer eingeführt wird. Denken Sie an die Entwicklung der Umsatzsteuer! Je länger wir warten, desto weniger kriegen wir. Die Umsatzsteuer hat das Terraingeschäft nicht erschwert, auch nicht nach der Verdoppelung. Den möglichen Schäden der neuen Steuer könnte selbst Herr Cassel zustimmen. Eine Wertzuwachssteuer mit den Anträgen Wallach ist ein steuerliches Umding. Ueber die Anrechnung der Umsatzsteuer ließe sich vielleicht noch reden, aber nur unter der Voraussetzung, daß für die Stadt mehr herauskommt als bisher bei der Umsatzsteuer. Eventuell könnte nach der prinzipiellen Zustimmung ein neuer Ausschuss noch über diese Modalität beraten. Die Warnung des Kollegen Cassel an den Magistrat vor der Unterstützung durch die Sozialdemokraten können wir nur als unbedeutend zurückweisen. (Beifall und Rufen.)

Stadtv. Auhmann (Fr. Fr.) verweist auf die mißliche Lage, in welche die kleinen Bauunternehmer durch die Steuer geraten würden. Jedenfalls werden sie die Mieten in den Quartieren, wo die kleinen Mieter wohnen, steigern; sei das eine soziale Maßregel? Die Vermahlung solle auch aus diesen Gründen die Vorlage ablehnen. (Beifall.)

Hierauf wird die Debatte auf Grund zweier Schlufanträge geschlossen.

Personlich erklärt Dr. Preuß, daß ihm durch den Schluß verwehrt sei, sachlich zu antworten, und einer der Schlufanträge sei vom Kollegen Haberland gestellt worden. (Hört! hört! und große Unruhe.) Redner sucht unter nochmaligem Zitieren der Haberlandschen Broschüre nachzuweisen, daß er Herrn Haberland nichts Unrichtiges untergelegt hat.

Stadtv. Cassel tritt in persönlicher Bemerkung nochmals ausführlich für den von Haberland und Ledv vertretenen Standpunkt ein.

Stadtv. Haberland bekennt sich zu dem Schlufantrag; Herr Preuß habe ja alles, was er sachlich sagen wollte, in der persönlichen Bemerkung angebracht. Die Zwischenrufe in der Rede des Oberbürgermeisters seien nicht so böse gemeint gewesen. (Große Heiterkeit.)

Das Schlufwort des Referenten, Stadtv. Werner (A. L.), der die Ausschufschreiberei verteidigt, findet bei der Versammlung (es ist inzwischen 1/10 Uhr geworden) keine Aufmerksamkeit mehr.

Ueber den Modus der Abstimmung entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Die Versammlung entscheidet, nachdem die Stadtvordrinnen Singer, Rommelen, Cassel und der Vorsitz her gesprochen, nach einem Vorschlage Singers zunächst über § 7 Abs. 1 des Entwurfs einer revidierten Umsatzsteuerordnung (Bringspielle Einführung einer Wertzuwachssteuer, sofern der jährige Erwerbspreis um mehr als 10 Proz. denjenigen beim letzten früheren Eigentumswechsel übersteigt).

Die Abstimmung ergibt die Annahme mit 65 gegen 54 Stimmen. (Beifall.)

Die Geschäftsordnungsdebatte wiederholt sich, als der Vorsitz den Antrag Rommelen verliest, den Rest der Vorlage an einen Ausschuss zu verweisen. Die Stadtv. Wallach und Cassel bestehen darauf, daß auch über Abs. 2 (Bei der Veranlagung dieser Zuschläge ist es belanglos, ob der frühere Eigentumswechsel vor oder nach dem Inkrafttreten dieser Ordnung stattgefunden hat) noch abgestimmt werde. Nach wiederholter Anzahlung lehnt die Mehrheit den Antrag Wallach ab und beschließt nach dem Antrage Rommelen.

Hierauf wird die Sitzung gegen 1/10 Uhr abgebrochen.

Der „Frankf. Zeitung“ wird aus Reg. berichtet: „Reg. Vor der Strohkammer stand heute ein Bauernmädchen aus Reichingen bei Gorch unter der schweren Anklage der Falschung einer Privaturlaube zum Zwecke der Täuschung und der Benützung einer Quittungsart ihrer Schwester. Die Angeklagte, Elisabeth Kuhl, 19 Jahre alt, Dienstmädchen, hatte ihre fast vollgesteibte Quittungsart für Arbeiterversicherung verloren. In ihrem nächsten Dienste (4 Monate) hatte sie keine Quittungsart. Als sie dann nach längerer Aussetzung des Dienstes nach Ledingen zu einer neuen Dienstherrschaft wollte, sah sie so viele Quittungsarten bei den Eltern herumliegen und sagte zu ihrem zwölfjährigen Bruder, er solle den Namen der Schwester herausfinden, und ihren Namen dafür aufschreiben, die Karten hätten sonst keinen Wert. Der Junge tat es, aber die Polizei in Ledingen entdeckte das plumpe Mänschen. Der Staatsanwalt stufte seine Anklage darauf, das Mädchen kenne die soziale Gesetzgebung und wisse, daß man mit zwei vollgesteibten Karten den Anspruch auf Invalidenrente erwerbe. Das Mädchen sagt: Davon weiß ich nichts. Als der Staatsanwalt zwei Wochen Gefängnis beantragt, wird das Mädchen freideweicht und ein verhaltenes Schicksal erschüttert den ganzen Körper. Ungläubig starrt es seine Richter an, die aber entgegen dem Antrag des Staatsanwaltes auf Freisprechung erkennen.

Der Fall lehrt aufs neue, wie notwendig es ist, die Arbeiter-Unfall- und Invalidenversicherungsgesetze schon in der Schule zum Gegenstande eingehender Belehrung zu machen.

Soweit das Organ des Fürsten Salom, welcher doch jetzt eingeleitet haben mußte, daß man von unserem Volksschulwesen diese Forderung noch lange nicht erwarten kann.

Unthunig treten deshalb Millionen Kinder; wieder zu Ostern in das Leben ein und laufen Gefahr, durch ihre Unkenntnis zum Verbrecher zu werden. Nicht immer finden sich Richter, die zu einem Freispruch in solchen Fällen kommen.

Bezeichnend ist es aber auch, daß der Berichterstatter der „Frankf. Zeitung“ auch nicht ganz „beschlagen“ in der Gesetzgebung sein muß. Sonst könnte er unmöglich berichten, daß es sich um eine „Quittungsart für Arbeiterversicherung“ gehandelt habe. Es war doch eine Invalidenart. Bekanntlich existieren noch die drei Gesetze: Kranken-, Unfall- und Invalidengesez. Das Krankenversicherungsgesez, als wichtigstes Gesez für die Arbeiter, hat der Berichterstatter in seiner Schlufbelehrung ganz vergessen! Er muß aber auch den Staatsanwalt von Reg. solch verstanden haben! Dem Staatsanwälte als Ankläger gegen unwillende Menschen müssen doch wissen, daß „man mit zwei vollgesteibten Karten“ noch lange keinen Anspruch auf Invalidenrente erwerben kann! Es muß diesen Herren doch bekannt sein, daß erst vier Jahre Bartezeit, also 200 Beitragsmarken — vier volle Karten, nötig sind, um den Anspruch auf die „hohe“ Rente von 18 M. pro Monat zu „erwerben“.

Arbeiterfreundlichkeit, Wohlfahrerei und soziale Fürsorge des nationalliberalen Unternehmertums.

Bei den sozialpolitischen Debatten, die kürzlich im Reichstage stattfanden, suchten die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Arbeiterfreundlichkeit zu überbieten. Und als die besten Arbeiterfreunde präsentierten sich die geborenen Arbeiterfeinde, die Nationalliberalen. Man sollte, nach den Reden zu urteilen, beinahe glauben, für die Arbeiter sei nunmehr das goldene Zeitalter angebrochen.

Aber die Reden der nationalliberalen Abgeordneten und die Taten des nationalliberalen Unternehmertums sind zweierlei. Dafür können täglich neue Beweise beigebracht werden. Für heute ein Fall von der Dortmunder „Union“, den wir mit zwei Dokumenten belegen. Sie liefern für die Arbeiterfreundlichkeit, die Wohlfahrt und die soziale Fürsorge des nationalliberalen Unternehmertums ein recht charakteristisches Bild.

Dokument Nr. 1.
Herrn Wilhelm König, Dortm.

In Anerkennung der treuen Dienste, die Sie mehr als 25 Jahre hindurch der „Union“ leisteten, haben wir unsere Hauptkasse angewiesen, Ihnen eine Remuneration von 50 M. anzuzahlen.

Wir hoffen, daß Sie aus weiterer Bemüht sein werden, unser Unternehmen zu fördern und namentlich alle Bestrebungen entgegenzutreten, die angehen können, das gute Einvernehmen zwischen der Verksleitung und den Verksangehörigen zu fördern.

Hochachtungsvoll
Union
Aktiengesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie.
Der Vorstand.
Dortmund, den 21. Dezember 1904.

Das ist sehr nett und sehr nobel von der „Union“ gehandelt, nicht wahr? Mehr als 25 Jahre hat der Mann der „Union“ treue Dienste geleistet, dafür werden als Anerkennung ganze 50 M. auf einen Haufen gezahlt. Aber die Verwaltung knüpft daran die Erwartung, daß er weiterhin dem Werke treue Dienste leisten werde, daß er das Unternehmen fördern werde, daß er vor allen Dingen Bestrebungen entgegenzutreten werde, die die Sache vielleicht zur Aufbesserung der miserablen Löhne geltend machen würden. Dem diese Bestrebungen könnten das „gute Einvernehmen“ töten.

Ob das alles für 50 M. nicht doch ein wenig viel verlangt war? Wir wissen nicht, ob sich der Mann darüber Gedanken gemacht hat, wir wissen nur, daß er der „Union“ nach wie vor treue Dienste geleistet hat, bis er sich hinlegte und starb.

Der Hingang Königs wird der Verwaltung nicht zu sehr zu Herzen gegangen sein, sie kann jüngere Kräfte haben, die den Zwecken des Kapitalismus dienlicher sind. Sie war mit König fertig, nicht aber mit dessen Witwe. Denn ihr Mann hatte doch auch Kassenbeiträge geleistet und nun glaubte sie, Ansprüche auf eine Pension zu haben. Sie stellte also einen Antrag auf Zahlung der Pension. Abgelehnt! In ihrem größten Erntanen erhielt sie einen Bescheid, den wir zum Abdruck bringen als

Dokument Nr. 2.
A. III. Nr. 3800. Dortmund, den 22. März 1906.
Frau Witwe Arbeiter Wilhelm König.
Steele, Königsfr. Nr. 7.

Unter Beziehung auf unser Schreiben vom 17. d. M. erwidern wir auf Ihren Antrag vom 12. d. M., daß Ihnen nach dem Statut der Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse unserer Hüttenwerke ein Anspruch auf Witwenpension nicht zusteht.

Ihr verstorbenen Ehemann ist zunächst vom 25. Januar 1879 bis 25. Mai 1901 auf unseren Hörter Werken beschäftigt gewesen, aber mit Ende Mai 1901 aus unseren Diensten geschieden nach der am 15. Mai 1901 wegen Betriebsbeschränkung erfolgten Kündigung. Durch das Ausscheiden aus unseren Diensten (Ende Mai 1901) hatte Ihr verstorbenen Ehemann die Mitgliedschaft zur Invalidenklasse und auch den Anspruch auf Unterstüfung aus der Kasse verloren, § 2 letzter Absatz des Kassenstatuts. Am 5. April 1903 ist Ihr verstorbenen Mann dann wieder auf unseren Werken in Arbeit getreten und beschäftigt gewesen bis zum 2. Februar 1905. Auch für diese Zeit ist aber ein Anspruch auf Witwenpension nicht erwachsen, da hierzu eine ununterbrochene mindestens zehnjährige Beschäftigung auf einem unserer Werke erforderlich ist § 19 des Statuts der Invalidenklasse und § 11 des Statuts der früheren Pensionkasse für unsere Hörter Werke.

Die Invalidenklasse kann Ihnen deshalb leider keine Witwenpension gewähren. Ueberdies haben wir Ihnen auf Antrag unserer Hörter Werke noch am 14. Februar 1906 eine Unterstüfung von 20 M. gewährt.

Hochachtungsvoll
Union
Aktiengesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie.
Der Vorstand.

Esst erhielt der Mann zu Ende 1904 ein Anerkennungsschreiben und 50 M. für seit mehr als 25 Jahre treu geleistete Dienste, dann aber, als die Witwe Ansprüche erhebt, wird ihr mitgeteilt, daß ihr Mann schon 1901 ausgeschieden und

daher aller Rechte auf die Kasse verlustig gegangen sei. Freilich die 50 M. sollten ein Ansporn zur Vertüftung eines Verhaltens sein, das dem Zweck des Unternehmens dienlich war. Was kann aber die Witwe dem Unternehmen nügen?

Selbst wenn die Angabe der Verwaltung über das Ausscheiden des Mannes aus dem Arbeitsverhältnis stimmte, wäre es etwas Unerhörtes, daß der Mann, der seit 1879 auf dem Werke arbeitete, also auch die Beiträge zur Kasse zahlte, wegen Betriebsbeschränkung entlassen und damit aller Ansprüche an die Kasse verlustig gehen sollte. „Soziale Fürsorge“ nennt das das nationalliberale Unternehmertum und preizt sich dann noch mit der Wohlfahrtsplage, die nur zugunsten des Arbeiters eingeführt sei.

Die Witwe des Verstorbenen bestreitet, daß ihr Mann jemals entlassen worden sei, er habe nur eine Zeitlang krank gefeiert. Nun werde es hingestellt, als sei er während dieser Zeit entlassen worden.

Mit Recht kann sich die Frau auf das erste Dokument berufen; würde die Verwaltung dies ausgestellt, würde sie die fünfzig Mark gezahlt haben, wenn der Mann inzwischen wirklich abgelehrt gewesen wäre?

Der Witwe bleibt nun nichts anderes übrig, als klagbar gegen die Union zu werden; ein Prozeß, auf den das Werk stolz sein kann.

Von der Schadenerschaft des Untervermieters.
Nach der zuzugewinnenden Ansicht herrschenden Ansicht hat der Vermieter dem Mieter Schadenersatz zu leisten, wenn der vertragsgemäße Gebrauch der gemieteten Sache dem Mieter während der Dauer der Mietzeit infolge einer Zwangsversteigerung des vermieteten Grundstücks gemäß den Vorschriften des § 57 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 entzogen wird. Für den Untervermieter besteht diese Verpflichtung dem Mieter gegenüber jedoch nicht, wie kürzlich das Reichsgericht durch Bestätigung eines Urteils des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. festgelegt hat.

Die Brauerei Binding, Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M., hatte dem Gastwirt L. dortselbst am 10. März 1904 in einem Erdgeschoss der Großen Gallusstraße belegene Wirtschaftsräume und eine im vierten Stockwerk desselben Hauses belegene Wohnung zum jährlichen Mietpreis von 5500 M. auf 10 Jahre vermietet, welche Räume sie erst am 5. März desselben Jahres vorher von dem Besitzer des betreffenden Grundstücks, dem Kaufmann D. dortselbst, für 6500 M. gemietet hatte. Jeder Partei wurde das Recht vorbehalten, nach Ablauf des dritten Jahres vom Vertrage zurückzutreten. Im November 1904 kam das betreffende Grundstück zur Zwangsversteigerung und wurde von den neuen Erwerbern des Mietverhältnisses zum 1. April 1905 gefündigt. Die Gastwirt-Eheleute verlangten daraufhin von der Brauerei Binding als Untervermieterin weitere Erfüllung ihrer Verpflichtung, ihnen die vermieteten Räume wieder zu gewähren und forderten dann Schadenersatz für den mehr zu zahlenden Mietpreis auf Grund eines mit dem neuen Erwerber geschlossenen Vertrages. Die Beklagte beruft sich auf die Tatsache, daß den Klägern bei dem Abschluß des Mietvertrages mit ihr bekannt war, daß sie nicht Eigentümerin des betreffenden Grundstücks war, sondern ebenfalls nur Mieterin der an sie weiter vermieteten Räume.

Das Landgericht Frankfurt a. M. verurteilte die Beklagte zur Zahlung von Mietzuschüßeln. Auf die Berufung der Beklagten wurde dieses Urteil vom Oberlandesgericht Frankfurt a. M. dahin umgeändert, daß die Klage abgewiesen wurde. Das Oberlandesgericht nimmt an, daß in dem betreffenden Falle der Untervermieter nicht haftbar erklärt werden könne, weil ihn, abgesehen von besonderen Ausnahmefällen, keine Schuld daran treffe, daß sein Vermieter die Zwangsversteigerung nicht verhindert habe, es sich hierbei vielmehr um solche Umstände handele, die seinem Einflusse völlig entzogen seien, und für die er schon dadurch die Verantwortung abgelehnt habe, daß er überhaupt nur als Untervermieter aufgetreten sei. Dabei müsse allerdings vorausgesetzt werden, daß infolge der Kündigung des Hauptmietverhältnisses durch den Ersteren dem Untervermieter es wirklich unmöglich geworden sei, den Untermietvertrag durch fernere Gewährung der Mieträume zu erfüllen. Das Gericht führt aus, daß sich unter Umständen zwar der Fall denken lasse, daß sich der Mieter eines vertretbaren Verschens dadurch schuldig mache, daß er einen Untermietvertrag abschließe, obgleich er wisse oder wissen müsse, daß er ihn infolge einer dem Eigentümer drohenden Zwangsversteigerung des Grundstücks nicht aushalten könne. Jedoch sei eine solche Annahme nicht schon dann zulässig, wenn dem Untervermieter nur bekannt sei, daß die Verhältnisse des Eigentümers keine glänzenden oder nach unten neigenden sind. — Dieses Urteil wurde auf die Revision der Kläger hin vom 3. Zivilsenat des Reichsgerichts bestätigt. Der erlernende Senat des höchsten Gerichtshofes führt hierzu aus, daß der Vermieter bei einer Vermietung unbedingt für seine Vermögensverhältnisse und die Vermietung einstehen müsse, da er diese Verhältnisse ganz genau kenne oder kennen müsse. Was ganz anderes sei es aber bei dem Untervermieter. Dieser habe nachträglich eintretende Mängel an den Rechten des Grundstückseigentümers deshalb nicht zu vertreten, weil es sich hierbei um Kenntnis fremder Vermögensverhältnisse handele.

Letzte Nachrichten und Depeschen.
Metallarbeiter-Aussperrung.
Solingen, 21. März. (B. Z. B.) Bei der Firma Gottfried Hammesfahr sind heute 350 Arbeiter, unter ihnen sämtliche Schlägereiarbeiter, in den Ausstand getreten, weil die Firma einen Schlägereiarbeiter ohne Angabe von Gründen gekündigt hat. Die Firma lag schon seit längerer Zeit mit ihren dem Deutschen Metallarbeiterverband angehörigen Arbeitern in Differenzen wegen Einführung der Nachschicht.

Die gefüllte Kompottschüssel.
Königsberg, 21. März. (B. Z. B.) Heute abend wurden der hiesigen Arbeiter Rosenbaum und seine Frau in ihrer Wohnung tot, anscheinend vergiftet, aufgefunden. Die 17jährige Tochter der Eheleute, die vermutlich auch Gift genommen hat, wurde dem Krankenhaus zugeführt. Als Motiv der Tat, die nach Aussage der Hausbewohner wahrscheinlich schon in der vergangenen Nacht verübt worden ist, werden Nahrungsforgen angenommen.

Unwetter.
Jansbrunn, 21. März. (B. Z. B.) Im Arberggebiet wütet neuerdings ein Schneesturm.

Unternehmerprozeß.
Charleroi, 21. März. (B. H.) Sämtliche Glasfabriken des hiesigen Bezirks haben durch Rawentanzschläge bekannt machen lassen, daß vom 1. Mai ab eine 15prozentige Lohnherabsetzung eintreten wird. Die Arbeiter werden ersucht, ihre Antwort vor dem 25. April einzureichen. Man glaubt, daß infolge dieser neuen Bedingung die Arbeiter in den Ausstand treten werden.

Der Kampf ums Frauenstimmrecht.
London, 21. März. (B. Z. B.) Die gestern verhafteten Frauenstimmrechtlerinnen sind heute zu Geldstrafen im Betrage von einem bis zwei Pfund Sterling begn. Gefängnis von vierzehn Tagen bis zu einem Monat verurteilt worden. Alle Verurteilten sind entschlossen, ins Gefängnis zu gehen.

Russische Prozeß.
Sébastopol, 21. März. (B. H.) Der hiesige Hafen wurde auf Befehl der Regierung gesperrt und sämtliche Hafensarbeiter wegen politischer Untriede entlassen. Ueber 3000 Familien sind hierdurch brotlos geworden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Soziales.

Unkenntnis der Versicherungsgesetze.

Welche Unkenntnis noch unter den Versicherten über das Wesen der Arbeiterversicherungs-gesetze herrscht, zeigt uns wieder nachfolgender Fall.

Perantw. Redakteur; Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil perantw.;

Herrenhaus.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 21. März 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben. Oberbergbauminister v. Belsen macht Mitteilung über das Unglück in der Rathildengrube, bei dem 22 Bergleute im Förderkorb abstürzten, weil das Seil riss. Es ist festgestellt worden, daß die Minimalhöhe der Seile in diesem Falle sogar überschritten war. Ob das Seil zuerst vielleicht festgehalten und dann durch die Gewalt des Sturzes gerissen ist, hat sich noch nicht feststellen lassen. — Gegen ist konstatiert, daß das Seil an der Bruchstelle sehr schadhast gewesen ist. Das widerspricht allen Auffassungen, die man bisher gehabt hatte. Man nahm bisher an, daß das Seil an der Stelle am meisten in Anspruch genommen wird, wo es am Förderkorb festgehalten wird. Sofort nach dem Unglücksfall ist nun an der Bruchstelle ein Stück zur Prüfung abgehauen worden. Ob ein Fehler in der Seilkonstruktion gewesen ist, ob das Seil, weil der Stahl zu weich war, sich vielleicht zu sehr abgerieben hat, ist bisher nicht festgestellt; ebenso nicht, ob die vorgeschriebene tägliche Revision immer in vorchriftsmäßiger Weise stattgefunden hat! Die betreffenden Beamten behaupten es; es liegen aber einige Anzeigen von Leuten, die noch nicht verurteilt sind, vor, daß die tägliche Revision in der letzten Zeit etwas mangelhaft gewesen ist. Die Nachrichten werden hierauf für erledigt erklärt. Es folgt die Beratung der Novellen zu den Pensionsgesetzen.

Die Kommission hat einige redaktionelle Änderungen an der Vorlage vorgenommen.

Abg. Frhr. v. Ranteuffel begründet einen Antrag, nach dem den Kommunalbeamten, die in den Staatsdienst übertreten, die im Kommunaldienst verbrachte Dienstzeit bei der Pensionsberechnung voll in Anrechnung gebracht werden soll.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Schon jetzt könne die im Kommunaldienst zugebrachte Zeit bei den in den Staatsdienst übertretenden Beamten im Wege der Allerhöchsten Gnade angerechnet werden, und es wird davon in weitgehendem Maße Gebrauch gemacht, so daß die in den Staatsdienst tretenden Kommunalbeamten vor jeder Verschlechterung ihrer Verhältnisse bewahrt werden. Wenn aber der Antrag des Frhr. v. Ranteuffel nun die Anrechnung der Kommunaldienstzeit obligatorisch machen will, so geht das viel zu weit. Das Prinzip, welches Herr v. Ranteuffel hier einführen will, weicht ab von unserer bisherigen Gesetzgebung, und es würde zu einer vollkommen ungerathenen Bevorzugung der Kommunalbeamten und zu einer Benachteiligung der Staatsbeamten führen, die dauernd im Staatsdienst tätig gewesen sind. Wenn der Antrag des Frhr. v. Ranteuffel Annahme finden würde, so würden wir uns in Zukunft außerordentlich bestimmen müssen, noch Kommunalbeamte in den Staatsdienst zu übernehmen.

Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Ranne und Oberbürgermeister Strudmann-Gildesheim treten für den Antrag Ranteuffel ein.

Reichsbankpräsident Dr. Koch stellt fest, daß auch die Reichsbankbeamten unter den Antrag v. Ranteuffel fallen würden.

Finanzminister v. Rheinbaben betont, daß die Staatsregierung wie bisher dafür sorgen werde, daß die Beamten in ihren Pensionsverhältnissen nicht verkürzt würden.

Frhr. v. Ranteuffel zieht hierauf seinen Antrag zurück. — Oberbürgermeister Strudmann tritt gegen die Bestimmung ein, nach der die Pension insoweit fortzufallen soll, wie die Beamten Gehalt von Kommunen erhalten.

Das Gesetz wird hierauf angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident teilt mit, daß die nächste Sitzung nicht vor dem 25. April stattfinden werde.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom Donnerstag, den 21. März 1907, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. v. Studt.

Die zweite Beratung des Kultusbudgets wird fortgesetzt.

Abg. Resznikel (fr.) beantragt, die Ostmarkenzulage von 1907 ab auf Schlesien auszu dehnen.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff bittet, den Antrag abzulehnen, da der Antrag prinzipiell bedenklich sei. Die Regierung sei aber bereit, den Fonds für Renumerationen im nächsten Jahre zu erhöhen.

Abg. Dr. Volk (nail.) tritt für den Antrag Resznikel ein.

Abg. Dr. Dittrich (Z.) erklärt, daß seine Freunde auch diesen Antrag ablehnen, da sie prinzipiell gegen die Ostmarkenzulage seien.

Der Antrag Resznikel wird angenommen, ebenso eine Resolution der Budgetkommission, die erst von 1908 die Einführung der Ostmarkenzulage für Schlesien fordert.

Abg. Eidhoff (fr. Sp.) bittet, die Position „400 000 M. Unterstützungen von Witwen und Waisen von vor dem 1. April 1900 verstorbenen Volksschullehrern“ erheblich zu erhöhen. Redner vertritt zur Begründung einen Artikel aus dem „Voten aus dem Riesengebirge“ mit der Ueberschrift:

„Die Kostlage einer 83-jährigen Lehrerstwitwe.“

Ein Regierungskommissar erwidert, der in dem vorgelesenen Artikel angezogene Fall der Lehrerstwitwe Fuchs sei ihm genau bekannt. Frau Fuchs hätte nach dem jetzigen Pensionsgesetz noch weniger erhalten, als ihr zugebilligt war. Sie bezog übrigens auch Unterstützungen vom Pestalozzivein, so daß sie jährlich über 400 M. (1) hatte. Es sei trotzdem von der Zentralinstanz eingegriffen und eine weitere Unterstützung gewährt. Im allgemeinen könne er erklären, daß Erhebungen angestellt würden, ob eine Erhöhung der Titel notwendig sei.

Der Rest des Kapitels „Elementarunterrichtswesen“ wird bewilligt.

Die Kapitel „Kultus und Unterricht gemeinsam“, allgemeine Fonds, evangelischer Oberkirchenrat, Bistümer werden bewilligt.

Weim Kapitel „Provinzialschulkollegien“ führt

Abg. Dippel (nail.) aus: Ich muß hier eine Beschreibung lokaler Natur vorbringen, die allgemeine Bedeutung hat. In Raumburg waren ein Professor und ein Oberlehrer vom Domgymnasium Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. Sie hatten auch nach ihrer ersten Wahl die Genehmigung des Magdeburger Provinzialschulkollegiums erhalten. Inzwischen waren sie zum Magistrat in Opposition getreten, und nun wurde nach der Neuwahl ihrem Direktor mitgeteilt, daß sie die Genehmigung nicht wieder erhalten würden, weil sie dieselbe nicht rechtzeitig nachgesucht hätten! — Gleichzeitig wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Professor sein Amt niederlege. Der Professor hat denn auch „freiwillig“ sein Mandat niedergelegt. Wie sieht der Minister dazu? —

Kultusminister Dr. v. Studt: Ich habe auf meine Anfrage in Raumburg noch keine Antwort erhalten! Ich kann deshalb erst bei Beratung des Kapitels „höhere Lehranstalten“ Auskunft geben. Das Kapitel wird bewilligt, ebenso das Kapitel „Prüfungskommissionen“.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 10. April, 12 Uhr.

Bergwerkskatastrophen.

Die Regierung hat die Verantwortung der Interpellationen betreffend die Schlagwetterkatastrophe in Klein-Roslein verlegt und hat damit, da der Reichstag nun in die Ferien gegangen ist, drei Wochen Zeit — für die Untersuchung. Reichswürdigerweise verhält sich die Bergpresse, die bei früheren Anlässen so kräftig gegen den „Vorwärts“ los zog, unseren jetzigen jedenfalls nicht belanglosen Mitteilungen gegenüber vollständig ruhig. Doch auf der Gerhardsgrube nicht alles in Ordnung gewesen ist, läßt die Erklärung, die Herr Bergbauminister v. Belsen am Donnerstag im Herrenhause abgegeben hat, stark durchblicken. Das gerissene Seil sei an der Bruchstelle als sehr schadhast befunden worden und nach einer Reihe Zeugenaussagen ist die tägliche Revision sehr mangelhaft gewesen. Das nennt man Mustergruben!

Die Straßburger „Neueste Nachrichten“ erheben eine schwere Anklage gegen Forbacher Kerzte. Das Blatt schreibt:

Leider darf nicht verschwiegen werden, daß das Verhalten der Forbacher Kerzte ein höchst unrichtliches war. Bald nach 11 Uhr in der Freitagsnacht war der Knappschichtarzt Dr. Vexler von dem Unglück verständigt worden. Bevor er hinauffuhr, alarmierte er die übrigen Kerzte, erhielt aber überall abschlägigen Bescheid. Die Herren verweigerten ihre Hilfe, weil sie nicht Grubenärzte sind! Wir sind nur begierig, ob der „Leipziger Verband“, der sonst so eifrig über die materielle Standeshere der Kerzte wacht, zu diesem empörenden Verhalten der Forbacher Stellung nehmen wird!

Auf der Grube Klein-Roslein wurden am Mittwoch die Leichen der Bergleute Peter Meyer und Schmidt gefunden. Das letzte Opfer, der Bergmann Müller aus Kochern liegt noch unter den Steinhäufen.

Auf der Grube Klein-Roslein sind, wie die „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“ meldet, gestern zwei Bergleute durch Steinsfall ums Leben gekommen. Beide hinterlassen Witwe und Kinder.

Aus der Partei.

Als vortreffliches Agitationsmittel empfiehlt das „Hamburger Echo“ den Abdruck der Rede, die Genosse Richard Fischer am Freitag im Reichstag gehalten hat. Ton und Inhalt derselben sind so, daß jeder Parteigenosse nur wünschen kann, daß sie den Indifferenten zugänglich gemacht werde. Im allgemeinen schwärmen wir nicht für sogenannte Agitationsbrochüren, die nur aus der Niedergabe einzelner oder mehrerer Parlamentreden bestehen und wir wünschen sehr, daß man sich darin weise Beschränkung auferlege. In diesem Falle jedoch wären wir ganz damit einverstanden, wenn der Parteivorstand eine Massenaufgabe von Fischers Rede veranlasse und zwar so, daß die Organisationen in der Lage wären, sie unentgeltlich in die uns noch fernstehenden Kreise zu bringen.

Die „Tribüne“ zu Erfurt schließt sich dem Hamburger Parteiblatt an. — Wir möchten dazu anregen, der Broschüre auch die Dienstagrede des Genossen Webel über das gleiche Thema einzufügen.

Aus der Parteibewegung in der Provinz Brandenburg.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlkreises Jälichau-Schwiebus-Crossen-Sommerfeld, die am Sonntag in Schwiebus tagte und auch von einer Reihe Landorte des ausgedehnten Kreises besucht war, legte Zeugnis davon ab, daß auch die Sozialdemokratie dieses Kreises, der in nicht weniger als 179 Wahlbezirken seinen „Willen“ auszudrücken hatte, sich nichts weniger als „niedergeritten“ fühlt. Der Kandidat, Genosse Oswald Grauer-Lichtenberg, fand mit seinem Vortrage über „Die Lehren des Wahlkampfes“ die Zustimmung der Versammlung. Seine Vorschläge, die auf eine bessere, festere Organisation und Agitation hingingen, wurden lebhaft unterstützt.

Unwichtig und zum Teil recht drastisch machte sich der Unwille über die Agitationserschwerung durch das Gebahren der Braun, Bernhard u. a. geltend. Er fand seinen prägnantesten Ausdruck in dem Verlangen des Kreisvorsitzenden, die Genossen der Kreise, in denen diese Leute Vertrauensämter bekleiden oder denen sie zugehören, möchten der Partei den Dienst erweisen, diese Leute durch Einbindung von ihren Vertrauensämtern begl. von der Parteimitgliedschaft wissen zu lassen, daß die Parteigenossen im Lande sich nicht mehr länger in ihrer Agitationsarbeit durch diese Quertreiber behindert sehen wollen.

Der Bericht über die Wahl selbst zeigt ein Steigen der Stimmenzahl in den Landorten, während die Städte einen Abgang zu verzeichnen hatten. Das Gesamtergebnis ergibt 3814 Stimmen gegen 3745 Stimmen 1903. Die Abrechnung von der Wahl ergibt einen Bestand von 168,46 M. nach Abzug einer Ausgabe von 3563,80 M. von einer Einnahme von 3734,26 M. Die Mitgliederzahl der Organisation und die Abkommen der „Märkischen Volksstimme“ zeigen eine stetige Zunahme. Das gleiche gilt von den Gewerkschaften. 60 Mitglieder zählt auch eine Frauenorganisation in Schwiebus. Die Generalversammlung stellte einstimmig den Genossen Grauer-Lichtenberg wieder als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl auf. Arbeitsfreudigkeit und Verständnis für die nächsten Aufgaben war die Signatur der Tagung.

Zur Waisfeier. Es wird uns geschrieben: Zu den parteigenösslichen Feiern, bei denen unsere Genossen als Schauspieler die Bühne zu betreten wünschen, fehlt es nicht an dramatischen Werken. Doch sei an einen Stoff erinnert, der sich bei unseren Veranstaltungen wegen seines künstlerischen Wertes und seiner historischen und sozialen Bedeutung in allen Ehren sehen lassen kann. Es ist die in sich vollständig abgeschlossene Handlung des 2. Aktes des Dramas „Ulrich v. Hutten“ von Karl Weiser. Das Stück befindet sich unter den Reclamischen Ausgaben; die Rollen sind also billig zu erwerben. Wegen des Aufführungsrechtes wende man sich an den lebenswürdigen Dichter, der zurzeit Oberregisseur des Weimarer Hoftheaters ist.

Vom Fortschritt der Presse.

Seit Ende 1905 hat der „Braunschweiger Volksfreund“ seine Abonnentenliste fast verdoppelt. Hatte er bis dahin wenig über 5000, so konnte er am Schlusse des Jahres 1906 7600 Abonnenten aufweisen. Eine weitere Zunahme um 2300 Abonnenten wurde während und nach der Reichstagswahl erzielt, so daß der „Volksfreund“ heute einen Abonnentenstand von 9900 besitzt.

Ein großartiger Erfolg. Aus New York erhalten wir die Nachricht, daß das jüdische Organ der Sozialistischen Partei Nordamerikas, der „Vorwärts“, Anfang April sein zehnjähriges Bestehen feiert, und zwar mit einem Abonnentenstande von 60 000!

Damit hat der „Vorwärts“ alle anderen Parteipresseorgane in den Vereinigten Staaten überflügelt — ein großartiges Zeugnis für die Rührigkeit, mit der das jüdische sozialistische Proletariat in den Vereinigten Staaten arbeitet. Wir senden unserem Namensvetter jenseits des Ozeans unsere besten Wünsche für sein weiteres Gedeihen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der bestrafte Geschwädter. Das Schöffengericht zu Pöthen (Provinz Sachsen) verhandelte vor einigen Tagen gegen Genossen Lautenschläger aus Teuditz. Nach Schluß der Abstimmung

bei der Reichstagswahl wollte er dem vielerorts beobachteten Unfug entgegenreten, das Geheimnis der Wahl dadurch zu verlegen, daß die in der Urne sein sünderlich aufeinandergelegten Stimmzettel in der rückläufigen Reihenfolge der Abstimmung zur Verlesung gebracht wurden. Er mahnte deshalb den Wahlvorsteher, die Urne und mit ihr die Stimmzettel durcheinander zu schütteln. Dieser erklärte ihm jedoch: „Es wird nicht geschüttelt!“ Lautenschläger erwiderte: „Es wird doch geschüttelt!“ Und er machte sich daran, die Arbeit selbst zu betreiben, wurde jedoch daran durch den Wahlvorsteher und einen als Weisiger fungierenden Schulmeister verhindert. Durch sein Verhalten soll Lautenschläger großen Unfug (!) verübt haben. Es dauerte denn auch kaum fünf Minuten, und er war vom Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe wegen Vergehens nach § 380, 11 verurteilt.

Der Bürger, der auf Forderung des gesetzlich vorgeschriebenen Wahlgeheimnisses dringt, wird also wegen „groben Unfugs“ bestraft! Was mag mit dem Wahlvorsteher geschehen, der das gesetzlich gewährleistete Geheimnis der Wahl wohlüberlegt verlegt?

Ein Nachspiel zur Reichstagswahl in Breslau. Wegen angeblicher Beleidigung eines Schutzmannes, der im Korridor eines Breslauer Wahllokals einen sozialdemokratischen Stimmzettelteller verhindern wollte, daß er die Wähler mit seinen Stimmzetteln „belästige“, wurde Genosse Kauf vom Breslauer Schöffengericht zu 35 Mark Geldstrafe verurteilt. Genosse Kauf hatte zu dem Schutzmann gesagt: „Sie haben sich nicht in das Wahlgelände zu mischen; Sie haben hier gar nichts zu sagen; sollten Sie sich noch weiter so verhalten, so werde ich dafür sorgen, daß Sie von hier entfernt werden.“ Dem Angeklagten, gegen den der Anklagevertreter 100 M. beantragt hatte, wurde der Schutz des § 193 (berechtigte Interessen) verweigert, weil die Form beleidigend sei. Das sei die Art, in der ein Vorgesetzter mit seinen Untergebenen umgehe! Da also die Form als beleidigend erachtet wurde, scheint das Gericht der Meinung zu sein, ein Vorgesetzter verleihe mit seinen Untergebenen in beleidigender Form! In Preußen-Deutschland ist natürlich der Bürger nie der Vorgesetzte, sondern stets der Untergebene des Schutzmanns!

Strassfanto der Presse. Wegen „Voykottierung“ wurde Genosse Schubert vom „Sächsischen Volksblatt“ in Zwiskau zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Verbrechen wurde in einem Artikel erblickt, der „Zur Saalfraße auf dem Lande“ überschrieben war, worin die Arbeiter von Richtenhain aufgefordert wurden, ein Gasthaus solange zu meiden, bis es den Arbeitern zu Verfügung stehe.

Das „sächsische“ Recht für alle. Die Breslauer „Volkswacht“ meldet:

Der Verein „Bromberger Arbeiterheim“, der sich im vorigen Jahre in Bromberg gegründet hat und seine Haupttätigkeit in der Bekämpfung und Ausrottung der freien Arbeiterbewegung erblickt, zählt bekanntlich zu seinen Anhängern eine Anzahl Arbeitgeber, Staats- und Kommunalbeamte. Die erste Heldentat, die dieser Verein sich leistete, bestand in dem Ankauf des einzigen Lokals, das der frei organisierten Arbeiterschaft seit längerer Zeit als Verkehrslokal diente. Ihren Hauptzweck, die freie Arbeiterschaft obdachlos zu machen, haben die Herrschaften erreicht.

Als zur Zeit unseres Verleches in dem Lokal ein arbeiterfreundlicher hiesiger Bürger es erwerben wollte und bei der Behörde um die Erlaubnis zum Betriebe der unbeschränkten Schankwirtschaft nachsuchte, gab es dazu keine Erlaubnis. Anders aber, als das Lokal in Besitz des „Antisozialistischen Vereins“ überging. Alles, was vorher für die Nichterteilung der Erlaubnis der Schankwirtschaft ins Feld geführt wurde, kam jetzt gar nicht in Frage, sondern die Erlaubnis wurde schankweg erteilt. Trotz dieser Vergünstigungen und Unterstützungen, die man dem Verein zukommen ließ, will der Magistrat der Stadt Bromberg sich ihm gegenüber noch ganz besonders erkenntlich zeigen, und ersucht die Stadtverordnetenversammlung, seinem Beschluß, den Verein mit einem jährlichen Beitrag von 100 Mark zu unterstützen, zuzustimmen.

So soll also aus städtischen Geldern, zu denen alle Bürger steuern müssen, ein Unternehmen subventioniert werden, das zur Bekämpfung eines Teiles der Bürgerschaft begründet wurde.

Die reparierte Reichskanzler-Chre.

Wegen Beleidigung des Reichskanzlers wurde vor einigen Tagen der verantwortliche Redakteur des Saalfelder „Volksblattes“, Genosse Jörn, vom Landgericht Rudolstadt zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Verbrechen soll in einem Artikel vom 23. Dezember mit der Ueberschrift „Die nationale Ehre und der Parlamentarismus“ begangen worden sein. Die Anklagebehörde hatte ursprünglich beabsichtigt, die Anklage auch auf den Verleger, Genossen Hofmann, auszu dehnen, da man in ihm den Verfasser vermutete. Wegen Genossen Jörn hat Fürst Bälou unterm 6. Januar 1907 persönlich Strafantrag gestellt! Als Verteidiger im Prozesse fungierte Rechtsanwalt Dr. Lieblich-Berlin.

Der Artikel macht dem Reichskanzler und der durch ihn vertretenen Regierung Vorwürfe darüber, daß sie durch eine „schlechte, nun von ihr selbst preisgegebene Politik“ den südwestafrikanischen Aufstand herbeigeführt, daß sie „die den Armen abgepreßten Steuergroschen vergeudet“, „kolonialverbrecher geschäft“, „koloniale Bestialitäten gefasst und gehehrt“ und geduldet habe, daß jene halbe Milliarde „in die Taschen raufgieriger Kolonialspekulanten verschwand“, ja, daß „ein aktiver Minister jahrelang aus dieser afrikanischen Milliarde geschöpft“ habe.

Genosse Jörn bestritt, daß der Artikel persönliche Beleidigungen des Reichskanzlers enthalte. Nicht die Person desselben sei gemeint, sondern lediglich das durch ihn vertretene Regierungssystem. Der Vorklagende gab seiner Verurteilung darüber Ausdruck, wie man nur schreiben könne, daß „eine halbe Milliarde deutschen Volkvermögens, die man dem Hunger der Westjose n erpreßt habe, vergeudet worden sei“. Das treffe doch gar nicht zu, denn die Vermögen zahlten ja bekanntlich gar keine Steuern!

Verteidiger Dr. Lieblich: Die im Vertriebensbezirke des „Volksblatt“ erscheinende bürgerliche Presse leihe, vor allem seit der Auflösung des Reichstages, geradezu erstaunliches an Beschimpfungen und Verleumdungen der Partei des Angeklagten, seiner Zeitung und seiner Person. Die alten Lügen, daß die Arbeiterführer sich von Arbeitergroschen mähten und tausend andere, meist vom Reichsverbande aufgebrauchte und kolportierte handgreifliche Verleumdungen seien tagtäglich in jenen Zeitungen abgedruckt worden. Fürst Bälou selbst aber habe die Sozialdemokratie, besonders seit Auflösung des Reichstages, unabläßig in den härtesten Art bekämpft und beschimpft. So habe er noch in einer kürzlich im Reichstage gehaltenen Rede sich erlaubt, einen in Anhalt geschriebenen Vorwurf der Sozialdemokratie an die Reichshöhe zu hängen, obwohl das Urteil über den Würdigen damals noch gar nicht gesprochen war! Die Verhandlungen hätten dann klipp und klar ergeben, daß dieser Vorwurf rein gar nichts mit der Sozialdemokratie zu tun hatte. Ferner habe Fürst Bälou in derselben Rede einen sozialdemokratischen Vertrauensmann in Frankfurt a. M. unter Verleumdung der in der gegnerischen Presse selbst sofort gebrachten Berichtigung beschuldigt, daß er Verbreitungen mit schwindelhaftem Inhalte hätte herstellen und verbreiten lassen. Fürst Bälou habe sich zu einem Widerruf seiner unwahren Behauptungen im Reichstage bis heute noch nicht veranlaßt gelassen. Der Reichskanzler habe auch in den Wahlkampf direkt als ein gewöhnlicher Agitator eingegriffen und müsse es sich

daher gefallen lassen, als solcher von seinen Gegnern behandelt zu werden. Im übrigen aber erbielte sich der Angeklagte, für das im wesentlichen in dem Artikel Befragte den Beweis der Wahrheit anzutreten. Festgestellt müsse auch noch werden, daß die für Kolonialzwecke verausgabten Summen in der Tat zu 1/2 der Klasse der Ärmsten entzogen werden, da das Reich zur Deckung seiner Ausgaben in der Hauptsache nur indirekte Steuern erhebe, die als Kopfsteuer wirken.

Man müsse den Artikel vorurteilslos betrachten, dann komme man dazu, daß hier die Verantwortlichkeit für den Zustand nur vom politischen Standpunkte aus gemeint sei. Daß ein System der Vertuschung gegenüber den in den Kolonien verübten Grausamkeiten bestanden habe, weist der Verteidiger an den Fällen Peters, Veit, Wehlan und anderen nach.

Als der Verteidiger auf den Fall Peters näher eingeht, unterbricht der Vorsitzende ihn und sagt: Wenn man die Kolonialpolitik als Arbeit des Vorkämpfers wolle, weil Auswanderungen dabei vorkämen, so sei das gerade so, als ob man einen nationalen Krieg aus demselben Grunde verhindern wolle! Es handele sich bei der Kolonisierung gewissermaßen um einen „friedlichen Feldzug“ (1), die deutsche Regierung aber müsse auf dem Gebiete noch lernen! Bei solchen Dingen entsänden stets Reibungen, Keimenfalls aber dürfe doch der Angeklagte Ausdrücke wie „ruchlos“ gebrauchen.

Der Verteidiger: Wollte man die Anklage ausschließlich auf ein paar vielleicht allzuträgliche Wörter stützen, dann könne der Angeklagte die Arme kreuzen und sich derurteilen lassen. Er glaube kaum, daß dem Fürsten Bülow mit einer Verurteilung des Angeklagten wegen formeller Beleidigung gedient sei; es entsehe doch die Frage, ob es wichtiger sei, daß der Angeklagte den Ausdruck „ruchlos“ gebraucht habe oder ob die Kolonialpolitik geschehen und geheißt und die übrigen sachlichen Beschuldigungen gegen die Reichsregierung begründet seien. An den Fällen Krenberg, Puffamer, Brandeis, Horn, Zhierny, v. Wesser, Kammerberg, Wegener, Dominik u. a. m., sowie an dem Geleit Papstus weist der Verteidiger im einzelnen nach, wohin der inkriminierte Artikel gelaufe.

Daß eine unblutige, friedliche Kolonialpolitik möglich sei, ergebe in erster Linie das Urteil des Gouverneurs von Ostpreußen. Daß Hunderte von Millionen in die Hände raffgieriger Kolonialspekulantengelassen seien, zeige das Beispiel Lippoldstr. u. Co. (welcher Firma selbst Boddieck als Minister angehört). Der Anwalt belege schließlich die Behauptung, daß ein Ausrottungskrieg gegen die Eingeborenen von Südwestafrika geführt sei, insbesondere durch die Trochale Kriegsführung. (80 000 Verbündete und Verbündete in der Wüste Omabese!) Er tritt für alle seine Behauptungen einen umfangreichen Zeugen- und Urkundenbeweis an.

Der Erste Staatsanwalt, Herr Hauelsen, beantragte aus §§ 185, 186, 187 (verleumdende Beleidigung) 3 Monate Gefängnis.

Verteidiger Liebnecht: Wenn der Angeklagte wissentlich verleumdet hat, so hat Fürst Bülow im Reichstag die Sozialdemokratie hundertmal verleumdet, wenn er z. B. als Mann, der amtlich über unsere Sozialpolitik genau orientiert sein muß, die Behauptung wagt, die Sozialdemokratie habe positiv nichts geleistet. Aber es sei einfach ausgeschlossen, aus § 187 zu verurteilen. Jedenfalls seien die dem Reichskanzler in dem Artikel gemachten Vorwürfe hundertmal leichter zu beweisen, als daß es dem Reichskanzler gelingen würde, seine gegen die Sozialdemokratie gerichteten Verdächtigungen und Behauptungen zu beweisen. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß Bülow mit seinen Ausführungen die Sozialdemokratie nicht beleidigt hat, so ist das dem Angeklagten um so mehr zuzubilligen. Es sei überhaupt unglücklich, politische Mißverständnisse zum Ausgang von Prozessen zu machen, umso mehr, wenn unangenehm sei, daß die Richter in ihren politischen Anschauungen den Anschauungen des Angeklagten diametral gegenüberstehen. Als besonders erschwerend betrachtet die Anklage den Vorwurf gegen den Reichskanzler, daß er das Wort „national“ zu einer Blasphemie gemacht habe. Was werde heute nicht alles als „national“ betrachtet! Leute, die vor dem 18. Dezember entschiedene Gegner der Kolonialpolitik gewesen seien, hätten nach dem 18. Dezember ihre Meinung gewechselt, wie man ein Pferd wechselt, das sei nicht jedermanns Sache. Der Angeklagte beanspruche für sich das wahre Nationalgefühl, die wahre Vaterlandsliebe; darüber, wer hier recht habe, könne natürlich der Gerichtshof nicht aburteilen. Der Artikel enthält ohne Zweifel recht scharfe Ausdrücke, habe aber einen sachlichen Kern; es seien nicht bloß Nebenarten, sondern es seien tatsächliche Behauptungen.

Der Verteidiger geht nochmals alle Verfehlungen der Regierung durch. Bülow sei Leiter der Reichsregierung und als solcher staatsrechtlich verantwortlich. Der Vorwurf der Pflichtverletzung ist bereits berechtigt bei Fahrlässigkeit. Die politische Sprache sei eine ungleich drastischere, härtere, eine gänzlich andere als im gewöhnlichen Leben. Die Worte haben eine ganz andere Bedeutung, es muß geradezu übertrieben werden, wie im Handel. Darum sei auch das in dem Artikel angewandte Wort „ruchlos“ nur im abgetönten Sinne zu verstehen. Eine geradezu unerhörliche Plut von Verleumdungen habe sich über den Angeklagten und seine Partei ergossen. Wollte man nun jetzt den Versuch machen, die Anklage auf das rein formelle zu drängen, so zerze man dieselbe zu einer reinen Bagatelie herab. Er (der Verteidiger) habe den Prozeß begehrt; denn er habe geglaubt, daß es Bülow darum zu tun sei, in Ermangelung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen in Deutschland einmal die ganze Frage der Kolonialpolitik u. a. vor dem unparteiischen Forum des Gerichts aufzurollen und nachprüfen zu lassen. So aber verpuffe das Ganze in der Luft. Bülow selbst war gewöhnlicher Agitator im Wahlkampfe; deshalb scheide er als Reichskanzler aus; er sei einfacher Kombattant und es müte eigenartig an, daß er, wenn auf ihn zurückgeschossen werde, nun zum Gericht laufe und sage: ich als Reichskanzler verlange Verhaftung! Was schwebe er an den in dem Artikel enthaltenen Behauptungen, dafür sei der Wahrheitsbeweis angeboten; 75 Proz. seien zu beweisen. Wollte man nun wegen der verbleibenden 25 Prozent, die auf das formale Gebiet entfallen, Strafe eintreten lassen, obwohl diese 25 Prozent eigentlich von vornherein durch Zeit und Umständen zu entschuldigen seien, unter denen der Artikel geschrieben wurde? Die Wahlbewegung sei diesmal heftiger gewesen als je, und man könne sagen, daß sie noch heute nachzittere. Man könne den Angeklagten nicht dafür bestrafen, daß er etwa die sozialpolitischen Ansichten wie Fichte und Kant habe und nicht dem jetzt beliebten nationalitätlichen Draufgängertum zuneige. Der Artikel sei geschrieben, als der Angeklagte im Steinhägel sah, in Kriegzeiten seien die Sitten rauer. Er empfehle darum, auf Freisprechung oder höchstens auf eine geringe Geldstrafe zu erkennen.

Nach etwa einhalbstündiger Beratung verlinkdet der Vorsitzende, daß der Angeklagte wegen Verletzung des § 185 des Strafgesetzbuchs zu verurteilt sei. Das Gericht siehe aber den Parteien. Aber hier handle es sich nicht um die Zänkerei zweier Dienstleute (11), die anders einzuschätzen sei, sondern um eine grobe Beleidigung des höchsten Reichsbeamten. Es sei keine Kleinigkeit, wenn man diesem nachsage, er treibe eine ruchlose Politik, er habe ein Miefenmaß von Sünden auf sich geladen und sei ein schuldbeladener Minister. Das Gericht habe daher auf zwei Monate Gefängnis erkannt.

Also ward Bernhard von Bülow's Reichskanzlerschere in Saalfeld repariert!

Aus Industrie und Handel.

Alten-Gasgesellschaft Magdeburg. Die Abschlässe der 15 Gaswerke und des Stadtgaswerks ergaben einen Gewinn von 443 772 M., die Abschlässe der drei Werke der Voßinger-Luxemburger Gesellschaft einen Gewinn von 87 072 M. Der veräußerbare Reingewinn stellt sich einschließlich 33 890 M. Vortrag auf 360 801 M. und findet folgende Verwendung: Tilgungs- und Erneuerungsbestand 124 000 M., Veräußerungsbestand 15 000 M., Feuerversicherungsbestand 3000 M., Gewinnanteile 9813 M., 7 Proz. Dividende gleich 210 000 M. und Vortrag 25 488 M.

Diese Gewinne könnten in die Kommunalsteuern fließen, wenn man solche Unternehmen nicht dem Privatkapital zur Ausbeute überließ. Da aber bei diesen Beschäften so manche Finger vergoldet werden, erklärt sich die diesfalls zu Tage tretende Abneigung gegen Kommunalwerke.

Ein gutes Jahr.

Wie die Aktiengesellschaften, so haben auch die gewerkschaftlich betriebenen Unternehmen im letzten Jahre gute Ertragsnisse gebracht. Daß die Gewinne gegen das Vorjahr teilweise erheblich gestiegen sind, zeigt folgende Aufstellung:

Zehnte		Zehnte	
1905	1906	1905	1906
Blauenburg	170	220	525
Karoline	110	150	1000
Vitor	800	800	1375
Vorfeld	180	200	950
Uter	160	180	300
Wiedemann	200	275	720
Wrat Schwertn	425	600	1000
Weser	325	425	1100
Johann Dornberg	350	400	1000
Koma Ludwig	400	600	3200
Schallmayer	110	230	650
Troppe	250	300	400
Seientrode	600	600	1300
Alexanderhoff	600	600	1200

Stahlwerkstand. Die Verhandlungen über Verlängerung des Stahlwerkstandes wurden abgebrochen, nachdem die Westfälischen Stahlwerke in der Vorverhandlung am Mittwoch bei ihren Forderungen verblieben waren.

Oberschlesische Eisenbahn-Verkehrs-K.G. Berlin. Bei einem Rohgewinn von 7 119 400 M. — im Vorjahre 6 615 221 M. — und 3 016 170 M. Abschreibungen, gelangt eine Dividende von 7 Proz. zur Verteilung.

Oberschlesische Eisen-Industrie-Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Kleinw. D.-S. Der Betriebsergebnis für 1906 beträgt inkl. 28 579,83 M. Vortrag aus dem Vorjahre nach Abzug aller Unkosten 8 599 093,66 M. (im Vorjahre 8 093 810,64 M.). Es wurde beschlossen, 1 800 000 M. (im Vorjahre 1 600 000) auf Anlagekonto abzuschreiben, der Generalversammlung eine Dividende von 6 Prozent (im Vorjahre 5 1/2 Prozent) vorzuschlagen und 167 052,84 Mark (im Vorjahre 28 579,83 M.) auf neue Rechnung vorzutragen. Der Vorstand berichtete, daß die Gesellschaft in allen ihren Betriebszweigen sehr stark beschäftigt ist.

Die Schweiz — ein Industriestaat. Auch in der Schweiz wird von der Gesetzgebung die Landwirtschaft zugunsten der Industrie bevorzugt, dabei hat die Schweiz längst aufgehört, ein Agrarstaat zu sein. Jetzt liegen wieder neue Zahlen von der Berufsverteilung des Jahres 1900 vor, und diese zeigen, daß in der ganzen Schweiz von je 100 Personen, deren Berufe man kennt, nur noch 83 der Landwirtschaft oder dem Weinbau angehören. Bei den Zählungen von 1888, 1890 und 1870 waren es noch 40, 41 und 45. Der Rückgang der Landwirtschaft ist also enorm, und damit steigt natürlich die Bedeutung der Arbeiterschaft für das gesamte wirtschaftliche Leben. Um so größer ist der Lohn, der darin liegen muß, daß diese schweizerische Arbeiterschaft seit den letzten Wahlen aus der Bundesversammlung fast ganz verdrängt ist.

Gewerkschaftliches.

Der Esel in der Löwenhaut.

Um bei dem allgemeinen „Niederreiten“ der Arbeiter in Unternehmerräumen nicht als Stämper zu gelten, greift das kurzzeitige Kleinmeisterium in seiner Grobmannschaft häufig zu Maßnahmen, wie sie brutaler der prächtigste Scharfmacher auch nicht erfinden kann. Daß ein solches Nachhaken kapitalistischer Scharfmacher-Aktoren sehr oft den Anfang vom Ende der Kleinmeisterherrlichkeit so mancher Kleinmeister bedeutet, sehen diese gewöhnlich erst dann ein, wenn ihnen der Gedächtnis bereits den Strich um den Hals gelegt hat und die Schlinge zuzuziehen beginnt. Ein solches Experiment bereitet sich zurzeit im Maler-, Lackierer- und Anstreicher-Gewerbe am industriellen Richthofen vor. In Duisburg traten die Maler- und Anstreichergehülfen vor einigen Wochen an die Arbeitgeber heran, um in den zerfahrenen Lohn- und Arbeitsverhältnissen geordnete Zustände zu schaffen. Die Hauptforderung der Gehülfen war die Festlegung eines Minimallohnes von 45 Pf. pro Stunde. Da der Lohn bisher zwischen 38 und 55 Pf. betrug, so bedeutet die tarifliche Festlegung eines Minimallohnes von 45 Pf. im Grunde genommen nichts anderes, als die Anerkennung des bisherigen Stundenlohnes unter Ausschaltung der aller-schlimmsten Lohnrückerei. Die Unternehmer vertrießten zunächst die Gehülfen auf einen in Aussicht stehenden Tarif des Unternehmerverbandes. Dieser ist nun inzwischen erschienen. In eine Annahme desselben seitens der Gehülfen ist aber nicht zu denken, da der Tarif gerade in den Hauptpunkten die vollständig willkürliche Ausbeutungsfreiheit der Unternehmer beibehalten und tariflich festlegen will. So z. B. will man den Minimallohn von 45 Pf. erst dann zugestehen, wenn der Gehülfe 3 Jahre als Gehülfe gearbeitet und die Gesellenprüfung abgelegt hat! Also gerade diejenige Zeit nach Beendigung der Lehrjahre, vom 17. bis 20. Lebensjahre, in welcher die Ausbeutung der jungen Arbeitskräfte am größten ist, will das Unternehmertum sich frei halten für schrankenlose Willkür. Die Arbeiter müßten schon halbe Ibiolen sein, wenn sie solchen Anstanz sanctionieren würden. Ferner heißt es in einem Paragraphen des Unternehmertarifs:

„Dieser Tarif tritt sofort außer Kraft und ist als nichtig anzusehen, wenn in einem Arbeitgeberverbande, der mit unterzeichnetem Arbeitgeberverbande im Kartellverhältnis steht, von seiten der Gehülfen ein Tarifbruch begangen werden sollte.“

Ja, hält man denn die Arbeiter für komplette Narren, daß man ihnen zumutet, so etwas zu unterschreiben? Aber es kommt noch besser. Als die Verhandlungen zwischen den Gehülfen und den Arbeitgebern zu einer Einigung nicht führten, riefen die Gehülfen das Gewerbegericht in Duisburg als Einigungsamt an. Kategorisch erklärten die Unternehmer, vor dem Einigungsamt könnten und wollten sie nicht verhandeln! Der Tarif der Arbeitgeber löst die Frage, weshalb die Unternehmer das Einigungsamt scheuen. Es heißt nämlich u. a. in dem Unternehmer-Mass:

„Der Ortsvorstand des Arbeitgeberverbandes lehnt es ab, mit dem Gewerbegerichte über Tarife usw. in Verhandlungen zu treten.“

Arbeiterverband für das Maler-, Anstreicher-, Glaser- und Tapezierergewerbe in Duisburg und Umgegend.

Die Unternehmerorganisation macht es also den Unternehmern zur Pflicht, das Gewerbegericht als Einigungsamt abzulehnen! Das allerletzte aber ist, daß man den Gehülfen zumutet, folgenden Wilsch zu unterschreiben:

„Der . . . verpflichtet sich, weder dem Verbands der freien Gewerkschaften noch der christlichen Gewerkschaft anzugehören, auch diese Organisationen weder moralisch noch finanziell zu unterstützen.“

Einige Deutschen haben sich nun tatsächlich unter den Malern gefunden, die das Ding unterschrieben haben. Dafür ist ihnen denn auch gnädig gestattet, nach Belieben der Meister weiterarbeiten zu dürfen. Alle anderen, soweit sie Kündigungsfür hatten, sind geläubigt und etwa 40, die ohne Kündigung standen, sind sofort entlassen.

Ein brutaler Ausperrung, wie sie diese Kleinmeisteringenieuren, kann auch das schlimmste Scharfmachertum nicht vornehmen.

Da es höchstwahrscheinlich nun auch seitens der Gehülfen zur Arbeitseinstellung kommt, so sei jedenfalls dringend vor der Annahme von Arbeit nach dem niederrheinischen Industriegebiet gewarnt!

Von circa 400 ortszugehörigen Malern und Anstreichern sind 230 im Verbands, etwa 70 sind christlich organisiert.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Am Donnerstag vormittag fand wieder eine Versammlung der Ausperrten und Streikenden in der „Neuen Welt“ statt. Sie wurde eröffnete den Situationsbericht. Die Zahl der im Kampfe stehenden Kollegen ist im Laufe der vorigen Woche wieder um 300 zurückgegangen, sie betrug am Sonnabend 5501. Das ist eine Verringerung um 1342 seit dem Höchststand am 9. Februar. Seit dem Abbruch der Verhandlungen haben eine Anzahl von Kleinmeistern und ein größerer Betrieb die Ausperrung zurückgezogen. Der Inhaber dieses Betriebes ist von Herrn Kahardt und noch zwei anderen führenden Arbeitgebern in der intensivsten Weise bearbeitet worden, um ihn bei der Pöbne zu behalten, er ließ sich aber durch diese Einwirkungen in seiner Absicht, mit den Arbeitern Frieden zu machen, nicht erschüttern. In der bürgerlichen Presse wird die Nachricht verbreitet, es hätten sich viele Ausperrte als Arbeitswillige angeboten, auch erklärt, sie wollten aus dem Holzarbeiterverband austreten, als sie aber ihren Austritt durch Unterschrift unter einen ihnen vorgelegten Revers erklären wollten, hätten sie sich dessen geweigert und seien nicht eingelassen worden. Der Redner erklärt diese Nachricht für falsch. Dem Verbands ist nichts davon bekannt, daß sich aus seinen Reihen Arbeitswillige in größerer Zahl gefunden haben. Einzelne haben sich wohl den Meistern unterworfen und die Arbeit aufgenommen. Die große Masse der Ausperrten und Streikenden denkt nicht an Unterwerfung. (Beifall.) Die Verbandsmitglieder in allen Orten Deutschlands haben sich bereit erklärt, den Kampf in Berlin zu unterstützen. In den verschiedenen Zahlstellen sind Erhöhungen des Beitrages, mitunter bis zu 8 M. beschlossen worden. Am Sonntag werden Konferenzen in Guben und Küstrin abgehalten, wo ebenfalls die Unterstützung des Berliner Kampfes erörtert wird. Auch die auswärtigen Kollegen nehmen lebhaften Anteil an dem Kampfe in Berlin. Die Holzarbeiter in Paris und in Zürich haben Unterstützungsgelder gesandt. — Die Unternehmer machen jetzt alle möglichen Versuche, um Arbeitswillige von außerhalb heranzuziehen. In verschiedenen auswärtigen Blättern erscheinen Inserate des Inhalts, daß 100 nicht dem Holzarbeiterverbande angehörende Tischler in Berlin Arbeit finden und sich in der Alexanderstraße bei Herrn Kahardt melden können. Die Streikposten haben also jetzt mit verdoppelter Aufmerksamkeit acht zu geben, wo etwa Arbeitswillige erscheinen. — In Götting sind die Verhandlungen bereits abgebrochen, dort kommt es also ebenfalls zur Ausperrung. Auch in mehreren anderen Orten ist die Ausperrung mit Sicherheit zu erwarten. Es steht demnach fest, daß der Kampf in der schärfsten Weise auf Seite der Arbeitgeber fortgesetzt wird. Sie wollen den Holzarbeiterverband vernichten und weil es so ist, darum werden die Arbeiter im Kampfe aushalten und dafür sorgen, daß die Absicht der Unternehmer nicht verwirklicht wird.

Lebhafte Beifallskundgebungen bestätigten, daß die kämpfenden Holzarbeiter durch die Maßnahmen der Unternehmer keineswegs entmutigt, sondern entschlossen sind, alle Konsequenzen des ihnen aufgezwungenen Kampfes zu tragen.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Firma Heingärtner u. Winterberg, Emailierwerk, Rixdorf, Richardstr. 116, ist wegen schwebender Differenzen gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Metallarbeiter! Durch einen gewissen Herrn G. Kurth, wohnhaft Poppstr. 3, werden Dreher und Schleifer nach Hamburg für die Firma Fied u. Söhne engagiert. Da bei dieser Firma sehr schlechte Arbeitsverhältnisse herrschen, warnen wir die Kollegen, davor, etwaige Arbeitsvermittlung des Herrn Kurth zu befolgen. Wir ersuchen dringend, nach Hamburg keine Arbeit anzunehmen. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Metalltransportarbeiter erhielten am Donnerstag die erste Streikunterstützung ausgezahlt. Im Laufe des Tages wurden eine Reihe Verhandlungen geschlossen; das Telephon war immer in Bewegung, die Streikkommission war den ganzen Tag auf den Beinen. Genauere Resultate über die Verhandlungen werden erst heute bekannt gegeben werden. Mit den neuangeworbenen Leuten aus dem Asyl und wo sie sonst noch aufgetrieben werden, haben die Unternehmer kein Glück. Es sind meist unfähige, trägliche Gestalten.

Achtung, Kleber, Bauhandwerker! Der Bau Hildebrandstr. 16 (Kaiser u. v. Grohheim) ist für Kleber gesperrt.

Die Verbandsleitung.

Die Zuschneider und Zuschneiderinnen verammelten sich am Mittwoch in Dräsel Festsitz zu einer Beratung über Verbesserung der Lage im Beruf. Am 1. März hatten sie eine Kommission erwählt, die Vorschläge zu einer Verbesserung machen sollte. Von den Vorarbeiten der Kommission entwarf der Referent Ritter in großen Umrißen ein Bild und zeigte, welche Wege eingeschlagen werden sollten. Eine Regelung der Verhältnisse ist notwendig nicht nur für die männlichen, sondern auch für die weiblichen Berufsgenossen. Ein Minimallohn müßte festgesetzt werden; es sei vielleicht eine Forderung von 35 M. pro Woche zu erheben, steigend bis 42 M. Wichtig sei, die Bezahlung der Ueberstunden allgemein einzuführen, dabei aber auf Beseitigung der Ueberstunden zu dringen. Die tägliche Arbeitszeit sollte auf 8 Stunden festgesetzt werden. Auf die Anerkennung der Organisation muß selbstredend gedrungen werden. Dann gilt es, den Arbeitsnachweis paritätisch zu gestalten. Die Kündigungsklausel bedarf einer Regelung; ebenso muß die Frage der Konkurrenz- und Kontraktklausel erledigt werden. Es gilt, gegen die bisher geübte Kontrolle im Beruf einzuschreiten, für die Gewährung von Sommerurlaub und gute sanitäre Einrichtungen zu agitieren. — Die Versammlung sollte den Ausführungen lebhaften Beifall. Die Kommission wird in einer später einzuberufenden Versammlung genau ausgearbeitete Vorschläge unterbreiten und rechnet auf die Mitwirkung aller organisierten Zuschneider, um reiches Material für ihre Arbeiten zur Verfügung zu haben.

Die Marmorarbeiter beabsichtigen eine Lohnbewegung. Seitens der Tarifkommission erstatet Punkt in einer Versammlung des Ortsvereins Bericht über den bei Densel, Marienfelde, ausgebrochenen Streik, der durch Tarifbruch der Firma entstanden ist. Nach reger Debatte wird den Streikenden Unterstützung in vollem Maße zugesichert. Es wird sodann darüber beraten, ob der am 1. September d. J. ablaufende Tarif zu kündigen sei. Die Ortsverwaltung, deren Ansicht Kollege Ungemach erläutert, empfiehlt die Kündigung, weil verschiedene Tarifpositionen vieles zu wünschen übrig lassen. — Ein Antrag Punkt, den Vorstehenden zu beauftragen, zur nächsten Monatsversammlung die Forderungen zu präzisieren und zur Beratung vorzulegen, wird angenommen. Ebenfalls wird einstimmig beschlossen, den Tarif zu kündigen. Ueber die von der Ortsverwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge entspinnt sich eine ausgedehnte Diskussion, nach deren Schluß die Versammlung einer Erhöhung von 60 auf 70 Pf. pro Woche ab 1. April zustimmt. Der letzte Jahrtag, an dem noch 60 Pf. Karren gelebt werden, findet am Sonnabend, den 30. März statt. — Die Ortsverwaltung regt an, den streikenden Holzarbeitern einen wöchentlichen Zuschuß zu gewähren. Die Versammlung beschließt, bis zur Beendigung des Streiks eine Beihilfe von 30 M. pro Woche an die

Streikliste zu leisten. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Speicherarbeiter der Firma Salomo u. Co., Mühlenstr. 8 (Weizenmühle und Getreidelager) haben am Donnerstag früh die Arbeit einmütig niedergelegt. Die Arbeiter, 26 an der Zahl, beklagten sich seit langer Zeit über schlechte Entlohnung, wodurch sie zugleich zu langer Arbeitszeit genötigt waren, denn sie versuchten, durch Überstunden ihren Verdienst zu erhöhen. Bei einer Tagesarbeit von 10 Stunden erhielten sie 40 Pf. Lohn pro Stunde. Für die sehr schwere Arbeit werden in anderen Speichern längst 50 und 55 Pf. pro Stunde bezahlt, und die Arbeiter, welche diesen Lohn erhalten, sind damit auch nicht mehr zufrieden. Die Arbeiter der Firma Salomo wandten sich an ihre Organisation, den Handels- und Transportarbeiter-Verband, der sofort für die Arbeiter eintrat und mit der Firma Unterhandlungen pflog. Herr Salomos Erklärungen waren unbefriedigend und anscheinend darauf berechnet, die Entscheidung hinauszuziehen, bis die Situation für die Firma günstiger lag. Kurz entschlossen stellten daher die Arbeiter ihre Tätigkeit ein. Sie fordern einen Stundenlohn von 55 Pf. für alle zurzeit im Betriebe beschäftigten Speicherarbeiter sowie für Neueintretende, welche in Getreidespeichern beschäftigt waren; andere dagegen sollen zuerst 50 Pf., und nach vier Wochen 55 Pf. Stundenlohn erhalten. Die Arbeitszeit soll 10 Stunden betragen, von morgens 6 bis abends 6 Uhr mit 2 Stunden Pause. Überstunden sind möglichst einzuschränken und mit 10 Pf. Aufschlag zu bezahlen, Sonntagsarbeit mit 1 R. pro Stunde. Vor den hohen Festen ist 2 Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug. — Die Streikenden rechnen darauf, daß der Zugzug ferngehalten wird und erwarten von allen solidarisch fühlenden Kollegen, daß keine Streikarbeit für die Firma Salomo übernommen wird.

Noch einmal die „gelben“ Hirse.

Die Herren vom Metallarbeiter-Gewerksverein haben den Wunsch, noch einmal in unserem Blatte bestätigt zu finden, daß sie durchaus auf einer Stufe mit den „Gelben“ stehen. Sie schicken uns folgende „Berichtigung“:

„Es ist unklar, daß dem Metallarbeiter-Verband und Gewerksverein vor 1 1/2 Jahren ein solcher Vertrag, wie er jetzt zwischen der Vereinigung der Berliner Metallwaren-Fabrikanten und dem Gewerksverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter abgeschlossen ist, angeboten wurde.“

Wahr ist vielmehr, daß ein Vertrag angeboten wurde, in welchem die Unterschrift des bekannten Reberses aufrecht erhalten wurde und auf diesen Passus bezog sich unsere vom „Vorwärts“ gebrauchte Äußerung: „Wenn wir einen solchen Vertrag eingehen, wären wir wert, daß uns unsere Mitglieder mit einem Anstöße todschlagen!“

Wir haben wegen der damaligen Verhandlungen Erklärungen eingezogen und uns wird bestätigt, daß der Vertrag von vor zwei Jahren im wesentlichen dem jetzigen Streikvertrag der Hirse entspricht. Im übrigen konstatieren wir nur, daß auch der vorliegende Vertrag die Unterschrift unter den Rebers nicht ausschließt.

Deutsches Reich.

Die Bewegung der Schneider.

Der Zentralverband der Schneider hat unter dem Datum vom 18. März an den Arbeitgeberverband in München folgendes Schreiben gerichtet:

Wir bestätigen hiermit den Empfang Ihrer Zuschrift vom 16. d. M. Danach sollen, laut Beschluß Ihrer in München stattgehabten Konferenz, die Verhandlungen über Ihre mit Lohnbewegungen bedachten Ortsgruppen nur zwischen Ihnen und uns erfolgen. Wir möchten Sie daher freundlichst eruchen, uns geeignete Vorschläge machen zu wollen, die zu einer Verständigung bezw. Regelung der Differenzen führen können. So lange uns keine Vorschläge von Ihnen vorliegen, können wir uns auch nicht dazu äußern.“

Darauf erhielt der Verband aus München die nachfolgende Antwort:

Ihr Schreiben vom 18. cr. gelangte in unseren Besitz und teilen wir Ihnen hierauf mit, daß die bestehenden Differenzen nur dann geregelt werden können, wenn Sie bereit sind, die von unseren Ortsgruppen Ihnen vorgelegten überreichten erhöhten Tarife mit uns nach unserem neuen Tarifvertrags-Schema festzulegen. Wir sind hieran durch unseren Konferenzbeschluß gebunden und bemerken Ihnen des Weiteren, daß falls in dieser Woche die schwebende Differenz noch nicht beigelegt sein sollte, für die nächste Woche der Hauptvorstand zwecks Beschlußfassung weiterer Maßnahmen zusammentritt.“

Der „Konfessionär“ schreibt heute, daß diese Sitzung des Arbeitgeberverbandes am Dienstag, den 26. März in München stattfinden soll und daß es dann sehr wahrscheinlich zu einer Generalausperrung kommt, was bedeuten würde, daß wenigstens 25 000 Arbeiter ausgesperrt werden würden, die pro Woche 350 000 Mark beanspruchen. Ganz so schlimm ist es nun nicht, da der Arbeitgeberverband mit seiner Organisation, selbst wenn alles klappt, höchstens 15 000 der Mitglieder des Schneiderverbandes auf die Straße setzen kann, während sie 23 000 unserer Mitglieder mit ihrem Verbände nichts anhaben können. Dieser kommt, daß die Arbeitgeber sich bezüglich der Dauer der Aussperrung gründlich verrechnen werden und sich gerade jetzt in der Saison mit ihren Verträgen ins eigene Fleisch schneiden würden. Sowie die Witterung etwas zum Besseren umschlägt, sind selbst bei normaler Leistung der Arbeiter nicht einmal die Anstrengung der Amdichtung zu befürchten. Die nichtaussperrenden Arbeitgeber und die Konfessionäre sind in diesem Kampfe also die lachenden Dritten.

Von den Schneidermeistern haben 14 die Forderungen der Gehälften bewilligt. Dagegen mußten die Gehälften bei noch einer Firma aufhören, so daß die Zahl der Aussperrten bezw. Aussperrten jetzt immer noch über 150 beträgt.

Eine überfüllte Versammlung der Schneider in Frankfurt a. M. beschloß, einen Extrabeitrag von 1 R. pro Woche zu erheben. Die Versammlung erlief in dem diktatorischen Vorgehen der Arbeitgeberorganisation lediglich eine Aufrollung der Nachfrage, zu dem Zweck, ihre Organisation lahmzulegen. Die Anwesenden erklärten sich mit dem zum Kampfe getriebenen Kollegen solidarisch und sichern diesen ihre weitgehendste Unterstützung zu.

Ausland.

Die Lage im Hamburger Hafen.

Hamburg, 21. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute sind mit Dampfer „Lincoln“ wieder 200 Engländer gebracht worden, wovon jedoch einige schon wieder auf der Rückreise begriffen sind, andere aber die Arbeit verweigert haben. Es befinden sich zur Zeit 1941 englische Streikbrecher in Hamburg. Die Arbeit häuft sich immer mehr und die große Kalamität wird selbst von den Rednern zugegeben. Die Hamburg-Amerika-Linie hat allein 29 große Dampfer im Hafen, davon sind 18 voll beladen. Auch viele andere Schiffe liegen voll beladen im Hafen. Heute abend hat Berlin in der linken bürgerlichen Presse eine Erklärung abgegeben, in welcher er auf die Ursachen des Streiks eingeht und sich folgendermaßen äußert:

Die Aussperrten müssen mit allen Mitteln niedergedrungen werden. Es hoffe binnen acht Tagen 6000 fremde Arbeiter hier zu haben, koste es, was es wolle. Lieber ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende. Die Arbeitskraft der Hafenarbeiter müsse intensiv ausgenutzt werden, weil die Hafenanlagen zu klein seien. Daran wären doch aber nicht die Reber schuld.

Die Gefangenschaft der fremden Arbeiter auf den Schiffen rechtfertigt er damit, daß er befürchte, wenn er die Arbeiter an Land läße, diese allen Schlägen und Angriffen ausgesetzt seien. Er leh-

auch durchblicken, daß die Behörden und die Regierung viel mehr für den Arbeitersinn tun müßten. Er schiebt im wesentlichen die Schuld an dem Streik der Organisation der Hafenarbeiter zu.

Alle übrigen Hafenarbeiter, auch die von der Aussperrung nicht Betroffenen haben erklärt, die Arbeiter unterstützen zu wollen.

Am Freitagabend finden 7 große Versammlungen statt, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen werden.

Versammlungen.

Die Parteigenossen des 6. Berliner Reichstagswahlkreises, Abteilung Roabit, hielten am Dienstag eine auch von Frauen zahlreich besuchte Vereinsversammlung bei Peters, Bielestraße, ab, in der Genosse H. Ströbel über: „Die Reichstagswahl und die Taktik der Partei“ sprach. Der Redner entwickelte unter lebhaftem Beifall der Versammlung seinen schon bekannten Standpunkt.

In der Diskussion nahm zunächst Genosse Rehbein das Wort, um unter großer Unruhe und heftigem Widerspruch der Versammelten dem Referenten entgegenzutreten. Da Ströbel hier einen derartigen Vortrag abgelesen, sehe er sich genötigt, die irrigen Anschauungen desselben richtig zu stellen. Jetzt nach der Wahl hat man scheinbar die Schäden erkannt; nun frage er, warum die Rechten der Partei dies nicht vorher gefordert haben? Man hat einfach erklärt, „die Willkürler seien wir, Gott sei Dank, los!“ Die Mittel der Partei werden aber dazu aufgebracht, die Willkürler aufzuklären. Die Zahl der organisierten Genossen sei noch viel zu klein, als daß man sich aufs hohe Pferd setzen könne. Wenn Ströbel sage, die Partei habe keine Schuld an dem Ausfall der Wahl, so sei dies unwahr. Er befreite auch, daß Braun an dem Stab der Dresden die Schuld trage. Wer einen Blick hinter die Kulissen geworfen habe, der urteile anders darüber. Wenn sich niemand getraue, die Wahrheit auszusprechen, so habe er noch den Mut dazu. Gerade Rehbein, der seine Ueberzeugung schon so oft geäußert habe, sei schuld an Dresden gewesen. R. habe die Partei aufs schärfste bekämpft und habe er die Ueberzeugung, daß derselbe nur darum noch in der Partei sei, weil ihn die Bürgerlichen nicht mehr haben wollen. Seit Rehbein in der Partei sei, habe sich die verfeinerte Niedertracht breit gemacht, die uns mehr schade, als alle sogenannten revisionistischen Angriffe. Ströbel sage, in Dresden sei die altbewährte Taktik der Partei festgelegt; aber gerade nach Dresden sind die verhängnisvollsten Neuerungen eingeführt worden. Durch die Genossin K. H. ist die Revisionistenfrage aufgeworfen und diese dadurch zur internationalen Heiligen der Sozialdemokratie erhoben. Auch Ströbel war einer der eifrigsten Anhänger der neuen Idee, von der so mancher Genosse glaube, daß sie übermorgen schon Wirklichkeit werden könnte. (Lebhafte Widerspruch.) Wir haben dem Reichsverband dadurch die Waffen heutigeweise geliefert. Die Art, wie die anderwärts Revisionisten bei uns bekämpft werden, sei alles andere, wie vornehm; wie langrige Reden fallen die Radikalen unter jede Auslassung von jener Seite her. (Unruhe.) Wenn Bernstein, Calver oder Bernhardt hier gesprochen hätten, so wären sie ebenso mit Beifall bedacht worden wie Ströbel oder sonst einer! (Anhaltende Unruhe.) Der radikale Ströbel hat von den Revisionisten als den Herren Literaten gesprochen. Heute ist es allerdings nicht schwer, radikal zu sein. Gärten wir ein Sozialistengesetz, so wäre wohl mancher Radikale von der Bildfläche verschwunden. Die Gewerkschaften hat man beschimpft und Ströbel ist gerade der Hauptmörder dabei gewesen. (Schlußrufe.) Die Genossen sollten sich lieber die Radikalen ansehen, denn deren Handlungsweise sei doch nur Komödie und Heuchelei. Gerade die radikalen Literaten sind es, die die Partei in Unwissenheit und Stille führen. (Ironischer Beifall.) Seien wir nicht optimistisch, sondern überlegen wir, was und am dienlichsten ist.

Rede von: Die Ausführungen Rehbeins, die auf den ganz sachlich gehaltenen Vortrag Ströbels gar nicht passen, waren offenbar darauf berechnet, die Gewerkschaften gegen die sozialdemokratische Partei zu verhetzen. Es sei eine völlig wahrheitswidrige Behauptung Rehbeins, daß Ströbel die Gewerkschaften beschimpft habe. Wenn übrigens Rehbein sich über die Art des Redens, wie der Revisionismus bekämpft worden sei, so nehme ein solcher Vorwurf sich höchst wunderbar aus im Munde eines Mannes, der sich nicht scheue, eine ganze Anzahl von Genossen bloß, weil ihm deren Ansichten nicht passen, als Heuchler zu verächtigen. Da höre die Möglichkeit einer Verständigung auf. Wir könnten indes mit völligem Gleichmut dem Treiben Rehbeins zusehen, da man zu den Genossen des Vertrauens haben dürfe, daß sie Rehbeins Verheerungen und Verleumdungen überall ebenso abtun würden wie in dieser Versammlung. — Mit Ströbels Ausführungen sei er im wesentlichen einverstanden. Was Calver und Bernstein andrücklich, so machten Bernsteins Angriffe auf die Taktik der Partei unmittelbar nach den Wahlen insofern einen noch peinlicheren Eindruck als die Calvers, als Bernstein in der letzten Legislaturperiode dem Reichstag bis zum Schluß angehört habe, ohne gegen die von der Fraktion eingenommene Haltung in der Kolonialpolitik Einspruch zu erheben, während er nach den Wahlen sofort durch Angriffe auf die sozialdemokratische Verleumdung der kapitalistischen Kolonialpolitik der Dornburgschen Kolonialpropaganda zu Hilfe gekommen sei. Weil Calvers und Bernsteins Ausführungen jetzt schon im Reichstag von den Gegnern gegen uns ausgesandt werden und später, wie Herr Bostermann obenrecht andrücklich angekündigt habe, mit besonderer Vorliebe als Waffe zur Verleumdung der Sozialdemokratie verwandt werden sollten, sei es unbedingt nötig, jene Angriffe auf unsere Taktik in der Presse gründlich zu widerlegen, damit die Genossen überall den mit Calverischen und Bernsteinschen Waffen kämpfenden Gegnern entgegenzutreten könnten. Wohl sei es das Recht Bernsteins und Calvers wie jedes anderen Parteigenossen, durch wissenschaftlich gehaltene Artikel auf Änderungen des Programms oder der Taktik der Partei hinzuwirken. Wenn aber ein Parteigenosse in solchen wesentlichen Fragen, die zurzeit im Vordergrund des öffentlichen Kampfes stehen, der Partei entgegenwirken wolle, so sei es mindestens doch ein Gebot des Taktens, daß er sich nicht als Kandidat für den Reichstag aufstellen lasse, ehe er nicht die Partei für seine abweichende Ansicht gewonnen habe. Denn das Amt eines Reichstagsabgeordneten sei nicht bloß eine Ehre und ein Recht, sondern lege auch dem Inhaber die Verpflichtung auf, die Partei im Sinne der Parteiziele und der Parteiforderungen wie im Reichstage den Feinden gegenüber zu vertreten. Sonst werde die Einheitsfront der Partifraktion in unheilvoller Weise gestört. Schöppel habe schätzlich in durchaus richtiger Weise diese Konsequenz aus seiner abweichenden Stellung zur Einigungssfrage gezogen. Calver und Bernstein hätten ebenso handeln müssen. (Lebhafte Beifall.)

Rehbeins Ausführungen haben bewiesen, daß wir noch viele Willkürer in der Partei haben. Mancher lerne eben nie etwas hinzu. Wenn unsere Hoffnung auf Besserung unserer Mandate nicht erfüllt ist, so liege dies nicht daran, daß Willkürer vor den Kopf gestoßen wurden oder wir in Kolonialfragen nicht den richtigen Weg gegangen wären, auch nicht daran, daß die Intellektuellen nicht genügend berücksichtigt würden, sondern an der schamhaften Kampfweise der Gegner und der Furcht vor der Sozialdemokratie. Aus seiner Kenntnis als tätiger Parteigenosse wisse er, daß der „Vorwärts“ von den Arbeitern mit Begünstigung gelesen werde, er möchte bitten, die Worte unseres alten Liebtzucht zu beherzigen: Unsere Hauptaufgabe ist, zu agitieren und zu organisieren.

Ströbel: Rehbein meinte, die Calver und Bernhardt seien „abgenagte Knochen“, die man mit drei Fellen abtun könne. Nach diesem Rezept wäre an den letzten Knochen Rehbeins überhaupt kein Wort zu verschwenden. Rehbein begann seine ungläublichen Ausführungen mit einer Bemerkung, die seine Methode sofort charakterisiert. Er warf mir vor, meinen Vortrag „abgelesen“ zu haben. Er, der sich mit seiner Erfahrung als Versammlungsbesucher brüht, weiß ganz genau, daß ein Referat durch sorgfältige Vorbereitung nur gewinnt. Er weiß ebenso genau, daß ich ohne jede Notiz so lange sprechen kann, als es meine körperliche Ausdauer nur immer gestattet. Das ist die noble Kampfweise

des Mannes, der sich über schlechte Manieren der „Radikalfisten“ förmlich entsetzt. Noch charakteristischer für ihn ist die Infamie, mit der er einen Redner zu verurteilen magt. Rehbein hat Rehbeins frühere Schriften nie gelesen, weder seine Broschüre gegen Treitschke, noch seine erste Geschichte der Sozialdemokratie, noch seine „Gartenlauben“-Artikel. Er hat keine blasse Ahnung von dem Entwicklungsgang dieses Mannes. Ich kenne diese Schriften und habe immerzeit nachgewiesen, daß Rehbein in seiner ersten Periode überhaupt kein Sozialdemokrat war, sich in die wissenschaftliche Ideewelt des Sozialismus noch nicht eingelebt hatte. Und da behauptet Rehbein mit der ganzen edlen Dreistigkeit des Ignoranten, daß Rehbein zweimal seine Ueberzeugung gewechselt habe, und sie, wenn er nur könnte, auch noch zum dritten Mal wechseln würde. Und das magt über den schädeligen Ton der „Radikalfisten“ zu zernern. Das magt zu behaupten, Rehbein habe den Ton der „verfeinerten Niedertrachtigkeit“ in die Parteidiskussion eingeführt! Und weiter behauptet Rehbein, seit Dresden sei die altbewährte Taktik durch allerhand Dummheiten preisgegeben worden. All meine tatsächlichen Ausführungen ignoriert er, um led zu behaupten, die Befürworter der Klassenfreidiskussion hätten die Partei geschädigt. Nirgends führt er sich auf eine Tatsache, auf eine Kenntnis der Vorgänge. Er behauptet einfach das Blaue vom Himmel herunter und magt dann die Versammlung zu belehren: „sehen Sie, Genossen, so liegen in Wirklichkeit die Dinge.“ Die Wahlrechtsdemonstration, diese imposante Kundgebung, die unsere Organisation und Presse so außerordentlich gefördert, nennt er in seiner Bescheidenheit einen „Demonstrationsstummel“. Dann versucht er, ohne den geringsten Anlaß, die Gewerkschaftler gegen die „Radikalfisten“ aufzuheizen. Nicht nennt er einen „Hauptmörder“. Warum? Weil ich, der natürlich keine Ahnung vom Gewerkschaftswesen hat, während Rehbein aus einer gewaltigen Gewerkschaftspraxis ein profunder Sachkenner ist, immerzeit die Ueberneutralität als eine Gefahr bezeichnet und eine Klassenkampfes- und von den Gewerkschaften gefordert habe, wie sie durch den Mannheimer Parteitagbeschl. unter Zustimmung der Gewerkschaftsführer fast einstimmig für notwendig erklärt worden ist. Freilich, die Gewerkschaftler werden von Rehbeins Auftreten ebensowenig erbaunt sein, wie die Versammlung, sie werden sagen: Gott schütze uns vor solchen Freunden. (Lebhafte Beifall.) Rehbein hat es mir aufgemutet, daß ich von den „Herren“ Literaten gesprochen habe, während ich doch selbst dazu gehöre. Gewiß: aber unter den „Herren“ Literaten verstehe ich eben diejenigen, die sich fortgesetzt über die Parteizucht in der skrupellosen parteischadigendsten Weise hinwegsetzen zu dürfen glauben, während sie sich als Soldaten in die Organisation einzugliedern und die Gegner zu bekämpfen hätten. (Beifall.) Besonders hüßlich macht sich bei Rehbein, dem Tabler der schlechten Sitten der „Radikalfisten“, sein Wort von dem „erkünstelten“ Radikalismus. Hände seine Tonart, seine Kampfweise in der Partei nachahmung, so wäre das allerdings die Zerrüttung der Partei. Aber zum Glück ist denn doch Rehbein ein zu heilfugiger Genosse, um irgendwo Schule zu machen. — Wir haben keinerlei Ursache, auf die Reichstagswahl mit feimütigem Bedauern zurückzublicken. Sorgen wir durch einmütige energische Organisations- und Agitationsarbeit dafür, daß wir bei den nächsten Wahlen stärker und unerschütterlicher denn je dastehen! (Lebhafte Beifall.)

Genosse Rehbein meldete sich zum Schluß noch zur persönlichen Bemerkung, doch gingen seine Worte bei der großen Unruhe vollständig verloren.

Inzwischen hat sich die bürgerliche Presse schon eifrig der Rehbeinschen Ausführungen bemächtigt. Die „Deutsche Tageszeitung“ knüpft an den Bericht die Bemerkung: „Armer Rehbein, wie wird es Dir ergehen!“ Die Frage ist so allern, wie möglich. Um aber in Zukunft auf diesem Anlaß keine Geschichtsfälschungen aufkommen zu lassen, die bei der bekannten Art unserer Gegner zu erwarten sind, wollen wir bei dieser Gelegenheit vorbeugend feststellen, daß der Genosse Rehbein in Ende voriger Woche — also vor seiner Rede im sechsten Kreise — aus seiner Tätigkeit als Berichterstatter des „Vorwärts“ ausgeschieden ist.

Zu dem Bericht aus dem dritten Wahlkreise werden wir gebeten noch nachzutragen, daß außer den angeführten vier Vereins- und vier Sonntagversammlungen, noch fünf Generalversammlungen und fünf Leiterskonferenzen stattfanden. Die Zahl der Agitationsversammlungen betrug nicht 24, wie es infolge eines Druckfehlers heißt, sondern 34.

Unter der sonderbaren Ueberschrift „Berichtigung“ glaubt Genosse Brod in unserem Blatte folgenden Schmerzensfrei unterbringen zu können:

„In der Diskussion im ersten Kreise habe ich nicht gesagt, ich sei vielfach mißverstanden worden. Vielmehr habe ich nur ein Mißverständnis auf Seiten eines Redners bemängelt, indem ich hervorhob, daß ich nicht die positive Arbeit der Partei, sondern nur das pseudo-revolutionäre Getöse gewisser Kreise verurteile. Im übrigen muß ich es dem Kundigen selbst überlassen, sich aus den Superlativen und der tendenziösen Darstellung des Reporters, der sich viel zu durcheinander zum Jenseit über meine revisionistische Schwachköpfigkeit aufgeblasen hat, ein zutreffendes Bild von der Diskussion zu machen.“

Wir haben unserem Berichterstatter die Zensur des Genossen Brod vorgelegt. Er gesteht zu, daß sein Bericht unvollkommen sei. Aber den lächerlichen Eindruck objektiv zu schildern, den die Ausführungen des Genossen Brod auf die, wie er ja selbst sagt, intellektuell höher stehenden Leute im ersten Kreise machten, dazu reichte die Feder des besten Stillinsiers nicht aus.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Gaiensever“. Freitag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Koss, Schloßstraße, 18: Sitzung. Gäste willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Schuymann als Erpresser.

Die erpresserischen Taten eines Schuymanns beschäftigten gestern die erste Strafkammer des Landgerichts II. unter Vorsitz des Landgerichtsrats Hellwig. Aus der Unterurkundenschaft wurde der 30jährige Schuymann Ludwig Bernau vorgeführt, der beschuldigt wurde, in Schöneberg und Berlin im Oktober und November 1906 in zwei Fällen Erpressungen versucht zu haben. Dem Angeklagten war bekannt, daß ein Herr R. homöopathische Heilungen hatte. Er schrieb ihm an R. einen Brief und verlangte darin eine Summe Geldes, die in einer bestimmten Frist gezahlt werden sollte, widrigenfalls er ihn in dem Hause, wo er wohnte, bei offenem Fenstern und in der Presse nach Kräften diametrisch würde. Der Coup gelang ihm aber nicht. Es wurde von der Kriminalpolizei auf dem von dem Angeklagten in dem Brief bezeichneten Postamt 80 in der Reuen Winterfeldstraße ein fingierter Brief hinterlegt und das Postamt selbst unter Beobachtung gestellt. Als der Angeklagte den Brief abholen wollte, wurde er festgenommen. Es wurde dann noch ein zweiter Fall ermittelt, in dem der Angeklagte schon einige Zeit vorher einen gleichen erpresserischen Versuch gemacht haben soll. Er richtete, wie die Anklage behauptet, an eine Frau R., über welche freundliche Hausbesitzerinnen allerlei Klatsch verbreitet hatten, einen Brief und drohte ihr darin mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, falls er nicht bis zu einem bestimmten Termin 80 M. postlagernd nach dem Postamt 29 geschickt erhalte. Frau R. schickte aber kein Geld, sondern einen Brief mit Zeitungspapier. Dieser Brief wurde von einem 12jährigen Knaben abgeholt und einem an der gegenüberliegenden Strohkede wartenden Mann ausgehändigt. Dieser Mann soll der Angeklagte sein. Die Beweisaufnahme lieferte aber für diesen Fall keine hinreichende Ueberführung. Das Gericht hielt den Angeklagten deshalb nur in dem Falle des Herrn R. für überführt und verurteilte ihn zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Lebensmittel.

Soweit der Vorrat reicht.

Freitag, Sonnabend

Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

Weizenmehl 00 2 Pfund 30, 5 Pfund 73 Pf.
 Kaiser Auszugmehl 2 Pfund 35, 5 Pfund 85 Pf.
 ff. Auszugmehl 5 Pfund 1.00
 Rosinen Pfund 50 Pf.
 Sultan-Rosinen Pfund 65 Pf.

Corinthen Pfund 40 Pf.
 Citronat Pfund 80 Pf.
 Süsse od. bittere Mandeln Pfund 1.20
 Backe bequem fertige Kuchenmasse Pfund 48 Pf.
 Doktor Oetkers Backpulver 3 Packete 25 Pf.

Brat- od. Bismarckheringe Dose 45 Pf.
 Sardinen Marke „Amieux frères“ 1/4 Dose 90 Pf.
 Sardinen 1/4 Dose 35, 45 Pf.
 Sardinen oder Anchovis Glas 24 Pf.
 Krabben 1/4 Dose 38 Pf. 1/2 Dose 65 Pf.

Cervel. od. Salamiwurst Pfund 1.25
 Plockwurst Pfund 1.10

Kassler Rippespeer Pfund 85 Pf.
 ff. Leberwurst Pfund 1.00

Mettwurst nach Braunsch. Art, Pfund 1.00
 Rot-od. Zwiebelleberwurst Pfund 55 Pf.

Frische Weintrauben Pfund 85 Pf.

Obermoseler
 Moselblümchen
 Zeltinger
 Lieserer
 Trabener

Flasche 50 Pf.
 Flasche 55 Pf.
 Flasche 65 Pf.
 Flasche 85 Pf.
 Flasche 1.05

Bretzenheimer
 Herxheimer
 Laubenheimer
 Niersteiner
 Winzenheimer

Flasche 60 Pf.
 Flasche 70 Pf.
 Flasche 85 Pf.
 Flasche 1.05
 Flasche 1.25

Medoc Cantenac
 Med. St. Estéphe
 Med. Margaux
 Chateau Larose
 Chateau Libarde

Flasche 80 Pf.
 Flasche 1.00
 Flasche 1.25
 Flasche 1.40
 Flasche 1.50

Apfelsinen Dutzend 30, 38, 50 Pf.

Blut-Apfelsinen Dtz. 60 Pf.
 Original-Kiste zirka 150 Stück 7.00

Citronen Dutzend 35, 45 Pf.



A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt Belle Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm



Sonntag den 24. geöffnet von 12 bis 6 Uhr

**Teures Fleisch —
 billige Seefische!!**

Bester Fleischersatz, schmackhaft
 u. durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
 Große Fänge in lebendfrischer Ware
 täglich eintreffend!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

(Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)
 Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.
 Seefisch-Kochbücher gratis.
 Verkaufsniederlagen:
 Prinzenstr. 30 am Moritzplatz.
 Potsdamerstr. 112a bei der Lützowstraße.
 Madaistr. 22 im Schlesischen Bahnhof.
 Tel.-Amt VI 7190.
 Landsbergerstr. 52-53 der Kursen Straße gegenüber.
 am Stuttgarter Platz.
 Wilmsdorferstr. 111, Tel. Charlottenbg. 6718.

Wir empfehlen zu den
billigsten Tagespreisen:

Schellfische in allen Größen.
 Cabliau } ohne Kopf.
 Seelachs }
 Seehecht (sehr fein)
 Seekarpfen (Brassen)
 sowie die übrigen Sorten
Seefische.

Gegründet 1887.

Möbelfabrik Julius Apelt, Tischlermeister,

Berlin SO. 6 Adalbert-Straße 6 Parterre und I. Etage.
 Am Kottbuser Tor. Haltestelle der Hochbahn.

Geschäfts-Eröffnung

meiner im Neubau Adalbert-Straße 6 gelegenen, ca. 1000 Meter umfassenden modern eingerichteten Geschäftsräume.
Großes Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
 in jeder Stil- und Holzart.

Ständige Ausstellung von Musterzimmern vom einfachsten bis zu den elegantesten.

Der **Ausverkauf** zurückgesetzter Möbel zu herabgesetzten Preisen findet bis auf weiteres in den alten Geschäftsräumen **Skalitzer-Straße 6** statt.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten!

Arbeiter-Bekleidung

Größtes Spezialgeschäft
Kohnen & Jöring
 Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12
 zwisch. Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
 2. Geschäft: Landsberger Allee 148,
 Ecke Langenbeckstraße.
Berufskleidung
 f. alle Zweige d. Industrie u. Gewerbe.

Billigste Bezugsquelle für
Monats-Garderoben.

Die schönsten Herren-Paletots und Anzüge in getragener, speziell Monatsgarderobe von 9 M. an. Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sowie Knaben- und Burschen-Anzüge und Arbeiter-Garderobe sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben. 16/11*

H. Kieferbaum, Prinzenstr. 33 zwisch. Moritzplatz und Ritterstraße.
 Bitte auf die Hausnummer zu achten.

CACAOL

ist durch seine Zusammensetzung
 blut- und knochenbildend.

Paket 1/4 Pfund 50 Pfg., 1/2 Pfund 1.— Mark.

General-Vertreter:
Max Henneking
 BERLIN W. 50
 Pragerstr. 31-33

Amt Wilmsdorf No. 2708.

Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schönhausen. Die Wahlvereinsversammlungen finden für die nächsten Tage nicht mehr im Hotel „Wilhelmshof“...

Berliner Nachrichten.

Einschränkung der Sonntagsruhe bei der Post zu Ostern. Bei der Durchführung der Sonntagsruhe bei der Post wurde in Rücksicht...

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen wurde beschlossen, der Erweiterung des bestehenden Weisnäh-Kurses...

Die veranschlagte Einführung von Kursen im Französischen und Englischen an einer Fortbildungsschule für begabte Schüler...

Aus der städtischen Schuldeputation. In der letzten Sitzung der städtischen Schuldeputation wurde beschlossen, die 8. Klassen in den Gemeindefschulen...

In Zukunft sollen nicht nur die jungen Lehrerinnen, sondern auch die jungen Lehrer an den Fachbildungskursen im Turnen...

Ferner wurde beschlossen, ein Merkblatt drucken zu lassen, enthaltend Hinweise auf die Gefahren der körperlichen Rädigung...

Nirgends in der Welt herrscht auf einem so kleinen Gebiete wie dem von Groß-Berlin innerhalb der kommunalen Verwaltungen eine solche Verschiedenheit...

Polizei-Allmacht. Wenn die Polizei befiehlt, dann hat der Bürger zu parieren — wenn ein Schuttmann einen Streifposten von der Straße wegweist...

Ein paar Arbeiter W. und R. haben kürzlich auf dem Wäschingplatz ein Abenteuer dieser Art erlebt, das aber doch glimpflicher für sie endete...

Aber sie besannen sich bald eines anderen. Die Leutnantsgüte mit schändem Landauf vergeltend, ließen sie den Schuttmann stehen...

Ein folgenschwerer Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe, bei welchem fünf Personen verletzt wurden, fand gestern Donnerstagsvormittag in der Schönhauser Allee statt...

Drei Kaufleute verschwunden. Die hiesige Polizeibehörde sucht gegenwärtig das Verschwinden dreier Kaufleute aufzuklären. Zunächst wird der Kaufmann Paul Tamborine...

Ein Todesfall, der noch der Aufklärung bedarf, beschäftigt die Polizei. In ihrer Wohnung in der Bergstraße 63 wurde gestern die Frau des Instrumentenmachers Karl Meyer tot aufgefunden...

Ein Fuhrwerk mit Ladung im Werte von 3000 M. ist gestern in der Reichenbergerstraße gestohlen worden. Vor dem Hause Reichenbergerstraße 107 hatte ein Wagen der Expeditionsfirma...

Durch einen Revolververstoß lebensgefährlich verletzt. Das leichtsinnige Umgehen mit der Schusswaffe hat gestern morgen wieder einen verhängnisvollen Unglücksfall herbeigeführt...

Sonderzüge nach Hannover-Köln werden u. a. wie folgt abgefahren: In den Nächten zum 28. und 29. März und 2. und 3. April ein Schnellzug mit Abteilwagen...

Gegen die Vernichtung des Grunewaldes hat der Haus- und Grundbesitzerverein von Halensee und Umgegend in einer überaus stark besuchten Versammlung einstimmig folgende Resolution angenommen:

In Anbetracht der widersprüchlichen Erklärungen des Oberlandforstmeisters im Abgeordnetenhaus und der Tatsache, daß die Veräußerungen von Grunewaldgebäude zu den verschiedensten Zwecken...

Abgestürzt. Am Mittwoch Abend war das 15jährige Dienstmädchen Gertrud Lude im Hause Belleallianceplatz 9 damit beschäftigt, die Fenster der Wohnung ihres Dienherrn...

Ein Baunfall ereignete sich im Laufe des gestrigen Tages im Bau der Firma Feld u. Franke, Mohrenstr. 58/54. Dort stürzte beim Ausschalen der Deckenabstimmung eine schwere Eisenstange herunter...

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht gegen 2 Uhr hatte der 16. Zug in der Koloniestraße 14 zu tun, wo Bretter, Lumpen u. a. brannten...

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung. Der öffentlichen Sitzung vom Mittwoch ging zunächst eine geheime Sitzung voraus, die sich ungewöhnlich lange ausdehnte...

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wurde zunächst die Wahl des Stadtbaurats vorgenommen. Von 50 abgegebenen Stimmen entfielen 42 auf Herrn Raurat Heinrich Seeling...

Eigentlich sollte nach der Wuraatswahl mit der Etatsberatung begonnen werden. Diesen Plan bereiteten aber die Freisinnigen, die es für wichtiger hielten, zunächst eine persönliche Angelegenheit von ganz untergeordneter Bedeutung zum Anstrag zu bringen...

Gegen 1/2 10 Uhr endlich konnte mit der Etatsberatung begonnen werden. Beim Etat der Gasanstalten begründete Stadtd. Lid (Soz.) in eingehender Weise einen Antrag unserer Fraktion auf Herabsetzung der Gaspreise...

Schöneberg. Die Schöneberger Stadtverordneten traten am Mittwoch zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Ein Antrag der Liberalen, die Plätze im Sitzungssaale den einzelnen Fraktionen entsprechend neu zu verteilen...

Im einem vielfach empfundenen Uebelstande abzuhelfen, beschloß die Versammlung, neben dem Sitzungssaal für die Stadtverordneten einen Erfrischungsräum einzurichten. Ebenso soll die Beleuchtung im Saale verbessert und die Tribünen eine Verneuerung der Sitzgelegenheit erfahren.

Wilmersdorf. Vom Polizeipräsidenten nicht genehmigt wurde die zuerst beabsichtigte Linienführung der von Wilmersdorf geplanten Automobilomnibusse, da eine zu starke Belastung einzelner verkehrsreicher Straßenzüge daraus folgen würde...

Tempelhof. In der am Dienstag stattgehabten Generalversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Georg Dabidsohn über: „Was steht uns bevor?“ Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen das Ableben des Genossen Gustav Weis...

Lichtenberg.

Die Fortführung der Flachlinie der Hochbahn von der Markauerstraße nach Lichtenberger Gebiet ist gesichert. Die Verhandlungen des Gemeindevorstandes von Lichtenberg mit der Direktion der Hoch- und Untergrundbahn haben dem Vernehmen nach den Erfolg, daß mit Zustimmung der Verkehrsdeputation Berlins die Fortführung der Flachbahn von der Markauerstraße zunächst über Kummelsburger Gebiet bis an die Junkirahöhe, dann die Schorn-Weißerstraße, Gürtelstraße bis zum Kreuzpunkt der Frankfurter Chaussee-Dorfstraße vorgezogen ist. Eine Weiterführung nach der Herzbergstraße ist vorläufig als unrentabel abgelehnt, doch soll ein Anschluß mittels Umfahrungen in Aussicht stehen. Mit einer größeren Terraingesellschaft sind seitens der Gemeinde Verhandlungen angebahnt über den Kauf eines großen Terrains, das der zukünftigen Stadt Lichtenberg einen „Stadtteil“ bieten soll.

Die Generaldiskussion über den Vorschlag zum Haushaltsplan pro 1907/08 gab den Rednern der beiden „bürgerlichen Gruppen“ Gelegenheit, ihrer Freude und ihrem Stolz Ausdruck zu geben, daß es gelungen sei, durch Herabsetzung des Einkommensteuergesetzes auf 100 Prozent Lichtenberg in die Reihe der „besteuerten“ Gemeinden einzurücken zu lassen. Nun müsse es gelten, den „überlasteten Grundbesitz“ zu entlasten, die Grundbesitzer brächen unter der „Steuerlast“ zusammen. Die angelobte Verzichtnahme sei eine neue Belastung usw. Unsere Parteigenossen ließen durch ihren Redner keinen Zweifel darüber aufkommen, daß diese sprunghafte Herabsetzung der Steuerzuschläge nur erzwungen ist auf Kosten notwendiger sozialer und hygienischer Einrichtungen. Er wies unter anderem hin auf das Fehlen der Fortbildungsschule, der Volkshochschule, jeglicher öffentlicher Erholungsanlage und anderes mehr. Die „Volksschule“ sei außerordentlich verbesserungsbedürftig, die Armenpflege sei unzureichend. Die Gemeindefürsorge, deren Gewinne allein etwa 85 Proz. der gesamten Einkommensteuer ausmachen, müssen die in diesen Werken beschäftigten Arbeiter besteuern, insbesondere die Bezahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld obligatorisch machen, noch zumal die Arbeiten erkrankter Gemeindefürsorge durch deren Arbeitskollegen ohne Entschädigung mit versehen werden müssen. Die Betriebssteuer sowie die Viehsteuer seien zu verwerfen, deren Befreiung anzustreben. Daß der „freimüthige“ Redner der „Reformer“ sich und seine Freunde als wahre Förderer der Volksschule feierte und dabei betonte, daß seine Freunde erhoffen, wenn die Volksschulbildung eine bessere werde, der bei der Reichstagswahl 1907 begonnene Niedergang der Sozialdemokratie wesentlich beschleunigt werde, sei nur nebenbei erwähnt. Auch in der Rolle eines Freundes der Gemeindefürsorge nahm sich derselbe Herr genau so spähig aus. Die Privatbeamten ständen sich viel schlechter als die der Gemeinden, es müsse der „Schrauber“ der einzelnen Gemeinden endlich ein Ende gemacht werden, dazu sei das Einschreiten der — Auffichtsinstanzen anzurufen! Es ginge nicht an, daß Gemeinden noch höhere Gehälter als Kreis und Staat zahlten! Zum Schluß sei noch der Freundschaft gedacht, die derselbe Herr den — Terrainspekulanten entgegenbringt. „Die Spekulanten erfüllen doch auch einen gewissen Zweck und tragen zum Teil zur Lösung der sozialen Frage bei!“ Diesen „Vertreter“ feierte ein Berichterstatter als „eleganten“, ein ungläubliches Wissen beglückend. Auch in diesem Etat werden Forderungen verwirklicht, die das stete Drängen unserer Genossen benötigten. Der Errichtung einer Rettungswache sind 6000 M. gewidmet. Die Einrichtung zweier Hilfsklassen für minderbegabte Kinder ist durch Einstellung von 4000 M. in den Etat gesichert. Der Beginn des Krankenhausbauwerks ist durch Einstellen der ersten Baucate von 100 000 M. in die Nähe gerückt.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Dem diesigen Wahlverein, dessen Mitgliederzahl im vergangenen Jahre in so erfreulicher Weise gestiegen ist, erwächst jetzt durch eine beständige Zunahme der Einwohnerzahl — namentlich in der Kolonie Klefental — ein reiches und hoffentlich auch dankbares Feld seiner Agitationsstätigkeit. Am Sonntag, den 17. März, folgte der am Vormittag stattgefundenen Verbreitung einer Agitationsbroschüre am Abend eine öffentliche Versammlung im Lokal Heideberg-Klefental, in der Genosse W. Düwel über „Die Ziele der Sozialdemokratie“ referierte. Der Redner machte, bezugnehmend auf den Ausfall der Reichstagswahl, in seinem besänftigend aufgenommenen Referat den Anwesenden klar, daß die Ziele der Sozialdemokratie nicht genügend bekannt sind, andernfalls würde der Reichstagsverband mit seinen Verleumdungen gar nichts erzielen. Dem kleinen Unternehmer und Landwirt, dem sogenannten Mittelstand, müßte klargestellt werden, daß die sozialistische Gesellschaft ihnen allen eine größere Anteilnahme an den Kulturgütern garantiere. Genosse Düwel machte zum Schluß jedem Genossen zur Pflicht, in diesem Sinne für Aufklärung zu wirken. In der Diskussion schloß sich Genosse Dertel den Ausführungen des Referenten an und forderte zum Eintritt in die Parteiorganisation auf, um mitzuwirken an der Erringung des großen Zieles, das sich die Sozialdemokratie gesteckt hat: „Die Menschheit zu erlösen vom Joch des Kapitalismus.“

Spandau.

Der Beschluß der Spandauer Genossen, gegen die Lokalinhaber vorzugehen, die zwar die Arbeiter ganz gern als Gäste sehen, sich aber weigern, der stärksten Partei am Orte ihre Lokalitäten zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen, hat die bürgerlichen Blätter am Orte, insbesondere das „Spandauer Tageblatt“, in helle Entzweiung verlegt. „Es wird die höchste Zeit, gegen ein solches Gebahren mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln vorzugehen und diese Gesellschaft in ihre Grenzen zurückzuweisen“, also geißelt das Blatt gegen die Sozialdemokratie. Doch es bemerkt auch, daß hinter dem Beschluß eine große Anzahl „verkoppter Eifersüßler“ der lgl. Institute ständen, was aus der Stimmzahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler klar hervorgehe. Daß das Blatt diese Arbeiter am liebsten brotlos läßt, versteht sich bei dem Charakter desselben von selbst. Bezeichnend ist es jedoch, daß der „Aushänger“ des Reichstagsverbandes auffordert, einmal gründlich hineinzuleuchten in die blühenden Institute, wo die „verlappten Genossen“ zu finden sind. Zum Schluß wird den Saalbesitzern der Rat erteilt, jeden Nebergriff der Sozialdemokraten dem Staatsanwalt anzuzeigen. Die offene und versteckte Denunziation hätte das Blatt sich sparen können; unsere Genossen werden den Kampf so führen, daß für das „Spandauer Tageblatt“ keine Polizeidienste übrig bleiben.

Potsdam.

In einer öffentlichen Versammlung referierte am 18. März Gen. Dittmer-Verlin über die Bedeutung dieses Tages. Hierbei deutete er unter anderem das Bürgerium von 1848 und heute. Damals sei das Bürgerium noch von demokratischer Weisheit erfüllt gewesen, heute könne man immer mehr wahrnehmen, daß auch den Freisinn die Furcht vor dem roten Wespen immer mehr in die Arme der Reaktion treibe. Deshalb könne sich die Sozialdemokratie nur noch auf ihre eigene Kraft verlassen. Die Versammlung spendete dem Redner starken Beifall. — Am Schluß wandte sich Gen. Staab gegen die Ausführungen des konjunktiven Abgeordneten Kreth im Reichstage, wonach die Sozialdemokratie in Potsdam Stimmzettel mit falschen Vornamen für Pauli verbreitet haben soll. Redner bezeichnete dies als eine der Praktiken des Reichstagsverbandes ähnelnde Lüge.

Der Kampf um die Wertzuwachssteuer

konnte in der Stadtverordnetenversammlung auch gestern noch nicht zu Ende geführt werden. Die grundsätzliche Zustimmung zur Einführung dieser Steuer — das ist das einzige, was erreicht wurde. Sie wurde mit einer nicht sehr großen Mehrheit beschlossen, dann aber wurde der ganze Rest der Vorlage aufs neue an einen Ausschuss zu nochmaliger Prüfung überwiesen.

Die Debatte bot noch manches Bemerkenswerte. Ihren Höhepunkt bildete gestern die Rede des Herrn Cassel gegen die Wertzuwachssteuer und die Antwort des Oberbürgermeisters Kirchner. Herr Cassel kämpfte wie ein Löwe, um die Vorlage zu Fall zu bringen. Den Eindruck der Rede, mit der Herr Kirchner vor acht Tagen die Vorlage verteidigt und das Steuerprojekt empfohlen hatte, suchte dieser Führer der hausagrariereundlichsten Fraktion, der „Alten Linken“, möglichst abzuwachen; aber der Erfolg blieb ihm verjagt. All seine demagogischen Kunststücke wandte er an, um das vom Magistrat vorgelegte Steuerprojekt, für das vor allen die sozialdemokratische Fraktion geschlossen eintrete, der freimüthigen Mehrheit gründlich zu vereiteln. Er jammerte, ein Gefühl des Mignutes und der Erbitterung müsse die Grundbesitzer bescheiden, wenn ihnen in dieser Weise immer neue Leiden aufgebürdet würden. Als er mit der Erklärung schloß, er müsse dieses Projekt „im wohlverstandenen Interesse der Stadtgemeinde“ ablehnen, antwortete ihm auf der Tribüne, allwo etliche hausagrariere Größen dem Ende des Kampfes entgegenkamen, begeistert Handklopfen. Das ließ sich denken! Oberbürgermeister Kirchner gab dem Schärer der Hausagrariere zu verstehen, daß das Interesse der Stadtgemeinde besser von den Freunden der Wertzuwachssteuer gewahrt werde. Herr Kirchner wurde von Cassel und seiner Clique fortgesetzt in so ungezogener Weise durch Zwischenrufe unterbrochen, daß er sich schließlich in sehr scharfer Zone verbat. Herr Cassel selber liebt es sonst, in der Stadtverordnetenversammlung den Anstandslehren zu spielen, wenn ein ihm unbehagener Zwischenruf ihn unterbricht. Und in der Agitation zu den diesjährigen Reichstagswahlen war es ihm in seinen Wählerversammlungen ein ganz besonderes Vergnügen, sozialdemokratische Zwischenrufer mit all seiner Schnodderigkeit zurückzuweisen zu können. Er hat die Aktion, die nun Herr Kirchner ihm erteilen mußte, reichlich verdient. Sehr viel stiller als er benahm sich übrigens diesmal sein Genüßgenosse Herr Kojenow, der Führer der „Neuen Linken“. Rosenow begnügte sich mit der fleinlauten Erklärung, daß er mit den Seinen gegen die Wertzuwachssteuer stimmen werde. Die Hausbesitzer, denen er sein Landtagsmandat verdankt, werden's nicht anders erwartet haben. Die Gemeindeväter dritter Abteilung, die ihn noch einmal ins Stadtparlament entsandten, werden es ihm hoffentlich nicht verzeihen.

Mit 65 Stimmen gegen 54 wurde der Einführung einer Wertzuwachssteuer grundsätzlich zugestimmt. Das Schicksal der Wertzuwachssteuer-Vorlage ist damit leider noch nicht entschieden; denn der Ausschuss, dem der Rest überwiesen wurde, wird sich alle Mühe geben, der Salsange die Gitzgähne auszugiehen. Herr Wallach hatte sich nach Kräften bemüht, das schon gestern zu erreichen. Wir mühten unsere Hausagrariere schlecht kennen, wenn sie die aufs neue gewonnene Frist nicht doch noch zu ihrem Vorteil auszunutzen verständen.

Gerichts-Zeitung.

Zwei schwere Betriebsunfälle.

bei denen zwei in den besten Lebensjahren stehende Arbeiter in der Ausübung ihres Berufes um das Leben kamen, hatten gestern vor den Strafkammern des Landgerichts II ein gerichtliches Nachspiel.

Bei dem Bau des neuen Wasserwerkes der Stadt Köpenick ereignete sich am 24. Februar v. J. ein schwerer Unfall. Am Fuße der Müggelberge, in der Nähe der Bismarckwarte wurden anfangs vorigen Jahres verschiedene Tiefströmen gebohrt. Die Bauausführung war von der Firma Friedrich v. Goff im Submissionswege übernommen worden. Zwecks Herstellung der Tiefströmen mußte eine Grube ausgehacht werden, die bis zu dem Grundwasserspiegel führte. Infolge mangelnder Aufsicht unterließen es die Arbeiter, diese Gruben, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, sobald sie die Tiefe von 1 1/2 Meter erreicht hatten, durch das Einführen von weiten Röhren abzustützen, um einer Einsturzgefahr vorzubeugen. Mehrere dieser circa sechs Meter tiefen Gruben waren ohne einen Unfall ausgeführt worden, erst als der 20jährige Arbeiter Göhdes die letzte Grube ansah, ereignete sich ein entsetzlicher Unfall. Die Erdmassen gaben plötzlich nach und begruben den unten arbeitenden Göhdes. Ehe Hilfe herbeieilte, war der Unglückliche erstickt. — Die Staatsanwaltschaft beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit und leitete ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen den Bauführer Duten und den Schachmeister Fuchs ein, die sich gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II verantworten mußten. Der Sachverständige Architekt Kalbitz begutachtete, daß eine gründliche Nachlässigkeit darin bestanden habe, daß es unterlassen sei, die Gruben schon von einer Tiefe von 1 1/2 Meter ab durch Röhren abzustützen. Für den Angeklagten Duten machte die Verteidigung geltend, daß diesem kein Vorwurf einer pflichtwidrigen Nachlässigkeit gemacht werden könne, da er als einziger technischer Aufsichtsbeamter an drei weit auseinander liegenden Baustellen zu tun gehabt habe. Staatsanwaltschafts-Rat Kühne hielt bei beiden Angeklagten eine Nachlässigkeit für vorliegend und beantragte gegen Duten sechs Wochen, gegen Fuchs drei Monate Gefängnis. Die Strafkammer sprach Duten frei und erkannte gegen Fuchs auf einen Monat Gefängnis.

Einen entsetzlichen Tod fand am 3. Juni v. J. der in den Berliner Vorort-Elektrizitätswerken in Steglitz angestellte Arbeiter Schäfer. An jenem Tage sollte in dem Maschinenhaus ein großes Reservoir repariert werden, in dem das Kondenswasser aufgefangen und später wieder den Kesseln zugeführt wird. Da dieses Reservoir sehr verstaubt war, wurde der Arbeiter Schäfer mit der Reinigung beauftragt. Während er in dem mehrere Meter tiefen Wassin arbeitete, wurden von unbekannter Hand die Hähne der Kondensstöpfe geöffnet, so daß der überhitzte Dampf und siedendes Wasser mit großer Gewalt in das Reservoir strömte. Schäfer fand einen qualvollen Tod durch Verbrühen, da er sich nicht mehr vor den Dampfmassen retten konnte. Für diesen Unfall wurde erst der Werkmeister Weinert verantwortlich gemacht, der jedoch von der Strafkammer freigesprochen wurde, da ihm ein strafbares Verschulden nicht nachgewiesen werden konnte. Die Staatsanwaltschaft erhob nunmehr eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung gegen den Schlosser Max Wlech, der sich gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II verantworten mußte. Die Fahrlässigkeit des W., der die Reparatur des Reservoirs auszuführen hatte, sollte nach der Anklage darin bestehen, daß er es unterlassen hatte, die Abperrhähne von der Dampfleitung an den Kondensstöpfen abzunehmen. Vor Gericht gab W. dies zu, behauptete jedoch, daß diese Hähne niemals abgenommen worden, da man nicht mit der Möglichkeit rechnen könne, daß irgend ein Unbefugter die Hähne wieder aufdrehen würde, zumal es allgemein bekannt war, daß in dem Reservoir gearbeitet wurde. Ihm selbst hätte dasselbe Unglück passieren können, da er ebenfalls in dem Wassin arbeitete. Der technische Sachverständige begutachtete, daß in dem Nichtabnehmen der Hähne eine Fahrlässigkeit nicht erblickt werden könne. Der Angeklagte wurde demzufolge dem Antrage des Staatsanwalts gemäß freigesprochen.

Offiziersrollei und Offiziersanschauung vor Gericht.

Die Tat eines Offiziers beschäftigte am Mittwoch die erste Strafkammer des Potsdamer Landgerichts. Auf der Anklagebank saß der Leutnant Kurt Pauli aus Kiel,

der inzwischen wegen einer Knieverletzung für dauernd invalide erklärt und jetzt Landwirt ist. Dem Angeklagten, dessen Vater Major in Königsberg i. Pr. war, wurde zur Last gelegt, am 6. Dezember v. J. in der schleswigischen Ortschaft Tarp den Mechaniker Drehtler aus Schleswig ein Auge aus dem Kopf geschlagen und ihm mit einem Bierglase noch andere Verletzungen beigebracht zu haben.

Leutnant Pauli war an jenem Tage von seinem Gute in die Stadt gekommen und hatte in der Peterfischen Gastwirtschaft in Tarp eine Unterredung mit einem Baumaterialienhändler, die sich um die Errichtung von Gebäuden auf seinem Gute drehte. Als sich der Leutnant an den Tisch setzte, sahen außer dem ihm bekannten Baumaterialienhändler schon vier andere Leute an diesem, unter ihnen auch der Mechaniker Drehtler. Der Leutnant fragte diesen über den Tisch hinweg wiederholt nach seinem Namen, worauf ihm Drehtler schließlich eine Geschäftskarte überreichte. Der Leutnant knitterte diese jedoch zusammen und warf sie unter den Tisch. Gleich darauf fragte der Leutnant den Mechaniker nochmals nach seinem Namen, worauf dieser sich schließlich bückte, unter den Tisch griff und die geknitterte Geschäftskarte wieder hervorholte, die er darauf vor dem Leutnant ausbreitete.

Der Leutnant geknitterte die Karte darauf nochmals, zerfetzte sie und warf sie mit einer verächtlichen Handbewegung weg. Dieses Benehmen empörte die Tischgenossen. Der Mechaniker Drehtler forderte den blutjungen Offizier darauf auf, doch vor die Tür hinauszuwinken, wo er sich mit diesem in einem Faustkampf einlassen sollte, da der Leutnant ihn, den Mechaniker, ja doch wohl nicht für satisfaktionsfähig halte. Als die Sache diese Wendung genommen hatte, legten sich die übrigen Herren ins Mittel und der Streit schien geschlichtet. In demselben Augenblick jedoch, als Drehtler sich erhob, um sich zu verabschieden, ergriff der Leutnant das vor ihm stehende Bierglas und schlug es dem Mechaniker mit solcher Gewalt ins Gesicht, daß es zerplitterte und die ganze rechte Kopfhälfte zerstückte. Das Auge des Unglücklichen lief sofort aus. In rasendem Schmerz versuchte der Mechaniker nunmehr auf den Leutnant einzubringen, wurde jedoch hieron von den übrigen Gästen daran verhindert, die ihn vielmehr in ein Krankenhaus brachten. Im Nebenraum saß die Mutter des Leutnants, die den Streit zum Teil mit anhörte und statt ihren Sohn zur Fernreise zu bringen, diesen nach geschickter Tat noch begünstigte und ihm sagte, daß er durchaus richtig gehandelt habe. Auch damit war der Fall noch nicht erledigt. Wenige Tage später sandte Leutnant Pauli dem bebauerten Mechaniker einen Arzt aus Tarp, der diesem eine Duellforderung überbrachte. Diese wurde damit begründet, daß der Mechaniker ihn aufgefordert hatte, mit ihm vor die Tür zu kommen. Darin liege eine Beleidigung, die nur durch ein Duell ausgelöst werden könne. Der Mechaniker lehnte die Forderung ab mit dem Hinweis darauf, daß der Leutnant seinerzeit auf eine sofortige Genugthuung verzichtet habe und nun nicht nachträglich mit einer solchen kommen könne.

In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, er habe nicht daran gedacht, seinem Gegner etwa ein Auge auszuschlagen. Aber nach den in seinen Kreisen herrschenden Anschauungen habe er das Anerbieten Drehtlers, mit ihm vor die Tür zu kommen, so auffassen müssen, als wenn er von dem Mechaniker bereits geschlagen sei. Er sei nun einmal als Offizier erzogen und könne nicht anders handeln. Die ihm anezogenen Sitten sahen nun einmal fest in ihm. Er habe von dem Vorfall sofort seinem zuständigen Bezirkskommando Mitteilung gemacht; dieses habe ihm das Bedenken ausgedrückt, daß der Mechaniker nicht satisfaktionsfähig sei, und nunmehr habe er diesem die Duellforderung übersenden müssen. Das Kommando habe ausdrücklich gesagt: „Wenn er Sie angefaßt hat, geht es gar nicht anders, als daß Sie ihn fordern.“ Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 4 Jahren, indem er die Tat als ein ungeheuerliches Missetverbrechen charakterisierte, für welches die Strafe um so schwerer ausfallen müsse, als man es mit einem den ersten Kreisen entstammenden Manne zu tun habe, dessen Erziehung und Taft ihm davon unter allen Umständen abhalten mußten. — Das Gericht erkannte trotz der Heißigkeit der Tat nur auf 1 1/2 Jahr Gefängnis, indem es die Möglichkeit zugab, daß der Angeklagte die ihm anezogene militärische Ehre falsch verstanden habe. Jedenfalls müsse es von der Hand gemietzen werden, daß die Tat mit diesen militärischen Ehrenkränkungen irgendwie in Einklang zu bringen sei.

Und da komme noch jemand und bestreite, daß Deutschland um die Anschauung seiner Offiziere in der Welt beneidet werde.

Vermischtes.

Beim Rettungsmannöver ertranken. Während eines Dampfmannövers im Lindauer Hafen im Bodensee schlug ein Rettungsboot um. Ein bayerischer Matrose ertrank.

Erucate Schneefälle sind seit vorgestern in Nordtirol niedergegangen. Bei Steinach, bei Kematen, im Oberinntal und im Lechtal sind zahlreiche Lawinensürze vorgekommen. Viele Dorfschulen sind geschlossen worden, weil die Wege nicht passierbar sind. Aus mehreren Orten Südtirols werden orkanartige Südwinde gemeldet.

Lawinensürze. Der Verkehr zwischen Langen und Wludenz ist, wie aus Innsbruck gemeldet wird, abermals durch Lawinensürze unterbrochen. Bei Hinterberg wurden zwei Bahnarbeiter durch eine Lawine verschüttet; einer wurde lebensgefährlich und der andere schwer verletzt. Infolge des vorgestern abend eingetretenen Witterungsumschlages sind die Begräbnisarbeiten wegen der Lawinengefahr eingestellt. Bei Röstler ging ebenfalls eine Lawine nieder, wodurch der Verkehr eine große Störung erlitt.

Mit einem großen Diebstahl beschäftigt sich die Pariser Polizei. Es handelt sich um die Entwendung eines Wertbriefbuchs, der Geldsendungen in Höhe von 2 Millionen Frank enthielt. Es ist noch nicht festgestellt, ob der Briefbeutel auf der Fahrt zwischen New York und Havre oder bei der Ankunft in Havre entwendet worden ist. Die Polizei verhaftete einen verdächtigen Mann, der eine Summe von 210 000 Fr. bei sich trug, sich darüber aber nicht äußern konnte.

Unvorsichtig in der Wahl des Opfers. Das Zivilgericht in Caen (Frankreich) beurteilte den Grafen de Roailles, durch dessen Automobil in Villers-sur-Mer der Oberleutnant Croizat getötet worden war, zur Zahlung einer Schadenersatzsumme von 200 000 Fr. an die Hinterbliebenen des verstorbenen Oberleutnants. — Wenn der Herr Graf einen Arbeiter totgefahren, wäre ihm die Geschichte billiger gekommen.

Der Suezkanal gesperrt. Der holländische Postdampfer „Mindian“ ist im Suezkanal auf Grund geraten und sperret den Verkehr. Zwanzig Schiffe haben bereits Verzögerungen erlitten.

Die Hungersnot in China. Aus verschiedenen Provinzen Chinas treffen schlimme Nachrichten über die dort herrschende große Hungersnot ein. Die Gouverneure haben vom Kungler Hofe mehrere Millionen für staatliche Getreidekäufe verlangt mit der Erklärung, daß ein allgemeiner Ausdurst zu befürchten sei, wenn eine derartige Unterstützung nicht gewährt würde.

Witterungsübersicht vom 21. März 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb. ann.	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Stationen	Barometer humb. ann.	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temperat. in C.
Stettin	762.8	SW	3	wolkenl.	Darmstadt	765.5	SW	3	hell	5.5
Bamberg	768.8	SW	4	wolkenl.	Frankfurt	749.0	SW	2	1. Schnee	5.5
Berlin	765.8	SW	4	bebezt.	Seitz	775.0	SW	2	bebezt.	7
Brandenburg	770.8	SW	4	bebezt.	Breslau	769.8	SW	2	wolkenl.	4
München	771.8	SW	4	wolkenl.	Wien	776.0	SW	2	wolkenl.	1
Wien	764.8	SW	4	bebezt.						

Wetter-Prognose für Freitag, den 22. März 1907. Etwas wärmer, zunächst östlich heiler, bei lebhaften südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und leichter Regen.

Eingegangene Druckschriften.

Aphorismen zur Moralphilosophie. Von H. Meyer. 297 Seiten. S. W. Verlag: O. Seemann Nachf., Berlin NW. 87.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthaus-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68-73 pr. 100 Pfd., IIa 62-67, IIIa 56-61, IVa 48-54, bän. Bullen 60-65, boll. 0,00, Stallschaf, Doppelländer 110-125, Ia 82-90, IIa 72-80, IIIa 52-68, holländ. 55-62, bän. 55-65. Hammelfleisch Ia 62-72, IIa 48-60, Schweinefleisch 48-56, Rindfleisch IIa per Pfund 0,00, Rohmilch plumbiert 0,00, Dankschiff 0,55-0,60, Bismarckweine 0,00, Bräutigang 0,00, Kaninchen per Stück 0,70-1,00, Silberhahn per Stück 0,00, Hühner, alte p. Stück 1,60-2,00, do. IIa 1,30-1,50, do. Junge 1,00 bis 1,60, Waage 1,25-1,75, Tauben 0,60-0,84, Junge keine 0,00, Hal. 0,00, Enten, dito Eis. per Stück 2,30-2,70, Hamburger per Stück 3,00 bis 5,00, Gänse, Hamburger per Pfund 1,00-1,20, Eis. 0,60, Geste per 100 Pfund 83-101, groß 85, mittel 104, Jander 0,00, dito unv. 0,00, do. mittel 0,00, do. matt 0,00, Schiele 0,00, do. groß 0,00, do. klein 0,00, Halm, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 0,00, Wägen, kein 0,00, do. matt 0,00, do. 37-43, Karren 0,00, do. 10-20er 0,00, do. 50-70er 0,00, do. 40er 0,00, Stiele 0,00, Mand 0,00.

Bunte Röhre 0,00, Barre, matt 62-67, do. 0,00, Karanfchen 0,00, Blei Röhre 0,00, Weiß 0,00, Quappern 56, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 25-30, Spotten, Kieler, Ball 1,00, Danziger, Röhre 0,75-1,00, Rindern, Kieler, Stiege Ia 3-4, do. mittel der Röhre 2-3, Hamb. Stiege 4-6, halbe Röhre 2,00, Bücklinge, per Ball Kieler 3,00-3,50, Straalunger 3,00-3,50, Halm, groß per Pfd. 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,60-0,80, Deringe per Schock 5-9, Schellfische Röhre 4-5, do. 1/2, Röhre 2-3, Stabban, p. 100 Pfd. 25-30, Heilbutt 0,00, Sardellen, 1902er per Kiste 95, 1904er 90, 1905er 90, 1906er 75-80, Schottische Bücklinge 1905 0,00, large 44-48, fall 38-40, med. 38-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Matjes, per 1/2, 20-120, Sardinen, russ., Bag 1,50-1,80, Bratheringe, Bückle (4 Liter) 1,50-1,75, Neunauge, Schodsch 11, kleine 5-6, Riesen 14, Eier, Land, per Schock 3,45-4,20, Butter per 100 Pfd. Ia 114-116, IIa 110-114, IIIa 107, abfallende 95-100, Saure Gurken Schock 4,10-4,50, Pfeffergurken 4,00-4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 3,50-2,75, Daberse 2,25-2,50, Hofen 0,00, weße 2,00-2,25, Salattartoffeln 6,00-8,00, Spinat per 100 Pfund 25-30, Karotten per 100 Pfund 15-18, Sellerie, biefige, per Schock 6,00-10,00, do. pommerische 9,00-12,00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,50-4,00, do. kleine 2,80-3,00, do. biefige (Werk) 0,00, Charotten 0,00, Petersilie, grün, Schockbund 2,50-4,00, Kohlrabi per Schock 0,00, Rettig, bayr., per Schock 2,40-4,80, Rohrbraten per 100 Pfund

3,00-4,00, Teltower Rüben per 100 Pfd. 8-10, Zeile Rüben, große 0,00, kleine 0,00, rote Rüben 3,00-5,00, Blumenkohl nat. per Schock 2,00-3,00, Kohlraben per Schock 2,00-2,50, Wirtlingkohl per 100 Pfd. 3,00-4,50, Rotkohl per 100 Pfd. 3,00-4,00, Weißkohl 100 Pfd. 1,75-2,75, Rosenkohl per 100 Pfd. 20-22, Grünkohl per 100 Pfd. 10,00-12,00, Rhabarber 100 Pfd. 6,00-12,00, Birnen, per 100 Pfd. biefige 0,00, böhm. 15-22, Hal. 30-35, Äpfel, per 100 Pfd. biefige 5-25, Granatstein 0,00, Äpfel in Kisten 0,00, Röhre 30-60, Amerik. 18-35, Birnen, Preßna, 300 Stück 8,00-10,00, 300 Stück 8,00-12,00, 200 Stück 7,50-12, Äpfel, Natja, per Röhre 0,00, Marica 200er Röhre 7-10, do. 300er 8-11, Valencia 420er Röhre 13-18,00, do. 714er 15-23,50, Preßna, 100er 4,50-6, 150er 4,75-6, 160er 8-13,00, 200er 8-12, 300er 8-13, Nut. 100er 7-8, do. 150er 7,00-9,00, 80er 6,50-10,00, Stal. in Körben per 100 Pfd. 0,00, Mandarinen, Röhre 0,75 bis 2,00, do. in Körben per 100 Pfd. 0,00.

Wasserstand am 21. März. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden + 185 dp. — Elbe bei Magdeburg, 2,30 Meter, Reg. — Elbe bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Rathor 4,10 Meter. Oder bei Breslau Oberpegel + 1,18 Meter. — Neuhemündung 4,44 Meter. Oder bei Briesg 4,82 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 22. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus, Einsonnetongert. Mittags 12 Uhr: Einsonnetongert. Kgl. Schauspielhaus, Geschlossen. Deutsches, Der Gott der Rache. Neues Schauspielhaus, Der Hof der Königin. Anfang 8 Uhr. Vorzug, Der Mikado. Anfang 8 Uhr.

Römische Oper, Tosca. Vesting, Wiege und Maria. Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Räuber.

Schiller-Theater Charlottenburg. Der Kaiserjäger. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches IS) Unser Käse.

Zentral, Der Kolletimber. Westen, Die lustige Witwe. Berliner, Eberhard Holmes. Kleines, Die Kralle.

Neues, Rechner Vorzeitan. Residenz, Haben Sie nicht zu verzollen? Lustspielhaus, Lustspielhaus.

Zentral-Theater, (Operette) 8 Uhr: Der Rastbinder. Sonnabend: Der blaue Klub.

Luisen-Theater, Reichenbergerstr. 34. Anfang 8 Uhr.

Benefiz für Röhre Wille, Bach und G. Bach: Der G'wissenswurm.

Bauernkomödie in 3 Akten von R. Künzinger. Sonnabend 4 Uhr letzte Kinder-Vorstellung: Max u. Moriz. 8 Uhr: Der lange Kerl.

Sonntag 3 Uhr: Dorf und Stadt. 8 Uhr: G'wissenswurm. Montag: Dorf und Stadt.

Residenz-Theater, Direktor Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen?

Schwanz in 3 Akten v. H. Hennequin und Pierre Weber. Robert de Trieville: Rich. Alexander. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

Metropol-Theater, Abends 8 Uhr: Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Massary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi. Rauchen überall gestattet. Sonntag, 24. März, nachm. 3 Uhr: Auf in's Metropol.

Neues Theater, Anfang 8 Uhr.

Meißner Porzellan, Sonnabend: Meißner Porzellan. Sonntag: Meißner Porzellan. Dienstag, 3. erstmal: Vorbestraft.

Trianon-Theater, Anfang 8 Uhr.

Fräulein Josette — meine Fran. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Hebräer.

Urania.
Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr: Die Kralle.

Sonnabend: Ein idealer Gatte. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl. Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.

Montag: Eine triviale Komödie für erlöste Leute. (Gumburg.)

Lorizing-Theater
Pellensillanstr. 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Der Mikado.

Abonnements gültig! Sonnabend: Die lustigen Weiber v. Windsor.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr: Sufarenfieber.

Zentral-Theater, (Operette) 8 Uhr: Der Rastbinder.

Sonnabend: Der blaue Klub.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34. Anfang 8 Uhr.

Benefiz für Röhre Wille, Bach und G. Bach: Der G'wissenswurm.

Bauernkomödie in 3 Akten von R. Künzinger. Sonnabend 4 Uhr letzte Kinder-Vorstellung: Max u. Moriz. 8 Uhr: Der lange Kerl.

Sonntag 3 Uhr: Dorf und Stadt. 8 Uhr: G'wissenswurm. Montag: Dorf und Stadt.

Residenz-Theater, Direktor Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen?

Schwanz in 3 Akten v. H. Hennequin und Pierre Weber. Robert de Trieville: Rich. Alexander. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

Metropol-Theater, Abends 8 Uhr: Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Massary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi. Rauchen überall gestattet. Sonntag, 24. März, nachm. 3 Uhr: Auf in's Metropol.

Neues Theater, Anfang 8 Uhr.

Meißner Porzellan, Sonnabend: Meißner Porzellan. Sonntag: Meißner Porzellan. Dienstag, 3. erstmal: Vorbestraft.

Trianon-Theater, Anfang 8 Uhr.

Fräulein Josette — meine Fran. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Hebräer.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Die Räuber. Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die rote Robe. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Sonntag, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher.

Ausstellungen-Hallen
AM ZOOLOGISCHEN GARTEN
PROMENADEN-KONZERT
SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
Rauchen gestattet. Speisen und Getränke werden an Tischen verabfolgt. Saalplatz 50 Pf. Balkon 1 M. Billetts bei Bote & Bock, A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Abendkasse.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Unsere Käte.

Zirkus Schumann
Heute Freitag, den 22. März: Fortsetzung der großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz um Goldenen Kranz von Berlin u. 10 000 Mark in Kämpfe des Finale.

Heute ringen: Paul Pons, Paris gegen Romanoff, Russland. Ferner Entscheidung zwischen Chemjakin, Russland und Clemente de Terrasser, Belgien und Entscheidung zwischen Omar de Bouillon, Belgien und Apollon, Frankreich.

Vorher: Gala-Programm um 9 1/2 Uhr: St. Hubertus (Sonntag in beiden Vorstellungen. Nachmittags ein Kind frei.) Größtes und lebendigstes Pracht-Ranengschauftück.

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Straßburgerstr. 102. Täglich: Sherlock Holmes.

Sonnabend nachm. 4 Uhr: Rubezahl. Sonntag nachm. 3 Uhr: Marianna. Billetoverkauf schon für 8 Tage vorher ohne Vorverkaufsbüchle von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger. Neu! „Ballettschule Klapperman“.

Anfang Sonntag 8, Sonntags 7 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Blumenstr. 16. Zum letzten Male! Mit großem Erfolg aufgeführt: Vor dem Staatsanwalt.

Modernes Stübenbild in 4 Akten. Sonnabend Extra-Benefiz-Vorstellung für die Damen Reich und die G. o. m. Heimat.

Zirkus Busch.
Freitag, den 22. März, 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der International. Ringkampf-Konkurrenz um die Prämien v. 10 000 M. und den großen Goldpokal. Ehrenprotektorat: Professor Reinhold Begas.

Die Ringkämpfe beginnen wieder um 8 1/2 Uhr. Ferner zum ROM. Große Orig.-Kunst-Pantomime in 7 Bildern.

Mit Rücksicht auf die ordnungsmäßige Durchführung und event. Dauer der Ringkämpfe werden in der Pantomime möglichenfalls Kürzungen vorgenommen, damit die Vorstellung nicht gegen die polizeiliche Vorschrift zu spät ausgedehnt wird.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Geselligkeitsspiel Theater des Westens. Heute abends 8 Uhr: Die Zauberflöte. Sonnabend: Der Zigeunerbaron. Sonntag nachm.: Martha. Sonntag abends 8 Uhr: Der Bettelstudent.

Brunnen-Theater
Gesundbrunnen. Badstraße 58. Direktion: Bernhard Ross. Die beiden Galerienklaven. Volksstück mit Gesang in 3 Akten. Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Billetoverkauf von 10-2 Uhr an der Theaterkasse.

Passage-Theater.
2. Monat. Täglich ausverkauft! Der größte Lachserfolg der Saison: „Mal was Anderes“.

Die Theims-Troupe und die 10 glänzenden März-Spezialitäten.

WINTER GARTEN

Charlotte Wiehe und das neue Programm. Großer Erfolg!

Gebr. Herrfeld-Theater
Bismarckstr. 11-12. 57 Kommandantenstr. 57. Die hübsch bejuckelte Novität!

Ein verrücktes Hotel. Komödie in 3 Akten mit den Autoren H. und D. Derrfeld in den Hauptrollen.

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr bei halben Kassenpreisen: Hausierer Jockele und Die letzte Ehre mit Anton u. Donat Herrfeld.

Intimes Theater
Dresdenerstr. 97. Gastspiel des Budapester Burlesken-Ensembles Linie Wolf. „Eine vom Ballett.“ „Zapfenstreich.“ „Bunter Teil.“

Prater-Theater
Kassanten-Allee 7-9. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Der Hypochonder. Lustspiel in 4 Akten von G. v. Hofler. Morgen: Geschlossen.

Buggenhagen
Moritzplatz. Jeden Freitag: Gustav Gottschalks Gesellschaftskonzert (Wunsch-Abend.)

Sozialdemokrat. Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis (Görlitzer Viertel). Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Kandidat Paul Faustmann

mehrheit Fortschritt. 50, Stadtbezirk 112a, gehören ist. Ihre feinen Gedanken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michael-Kirchhofs, Marienbocker Weg, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. (Bezirk Südosten.)

Am 20. März starb unser Kollege Otto Erl

im Alter von 57 Jahren an Wasserleucht. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs, Niddorfer, Hermannstraße, aus statt. 137/11

Regie-Beteiligung wünscht Die Verbandsleitung.

Ausstellung für soziale Fürsorge
und Gesundheitspflege.

Berlin 16. bis 22. März 1911 in den Gemächern des Neuen König. Opern-Theaters (Kroll). Geöffnet von 11-4 Uhr abends. Eintritt 50 Pfg.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Holentz-Ton. Heute abends 8 Uhr: 15 hervorrag. Spezialitäten Die goldene Eva. 5 Geschwister Pérez

Gummistück auf 3 freisteh. Leitern. Frosch, der Geheimnisvolle. 3 Subretten. — 2 Komiker usw.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Bors. Heute 8 Uhr: Entree 50 Pf.

Der sensationelle März-Spielplan. Baroness Vallenoire in ihrem Nischast. Willi Meybrych

zum erstenmal. Vom Witwen-Ball, Schwanz.

Familienfeste, wochentags zum halben Kassenpreis gültig, in Barbiere, Refektor u. Bierengärten gratis.

Kasino-Theater
Lohringstr. 37. Täglich 8 Uhr: Nick Carter.

Kriminalroman in 3 Akten v. Edm. Rich Carter, Detektiv: Hans Berg. Vorher: Das neue März-Programm.

Sonntag 4 Uhr: Redige Leute.

Deutsche Nord-Ostsee-Fischhallen Johs. Skorczyk
Fernsprecher III, 3790, 8375.
Schönhauser Allee No. 144, neben der Eberwälderstraße und Kastanien-Allee, gegenüber der Danzigerstraße und Pappel-Allee, Haltestelle der Straßenbahnlinien No. 10, 33, 40, 47, 48, 49, 50, 51, 54, 57 und V sowie Omnibus 27.
Geräucherte und marinierte Fische zu den billigsten Preisen.

Cabliau im Anschnitt Pfd. 25 Pf.	Seelachs Pfd. 16 Pf. im Anschnitt 23 Pf.	Schollen große, Pfd. 45 Pf.	Knurrhahn Pfd. 25 Pf.	Rotzunge Erst- für Seezunge Pfd. 50-60 Pf.	Feinste Steinbutt Pfd. 1.50-1.80 M.	Steckfisch Pfd. 55 Pf.	Lebende Karpfen Pfd. 80-90 Pf.	Lebende Schleien Pfd. 1.40-1.50 M.
Schellfisch Pfd. 18-35 Pf.	Seehecht Pfd. 38 Pf.	Bratscholle Pfd. 25 Pf. 3 Pfd. 70 Pf.	Fischkarbonade größenlos bratfertig Pfd. 60-70 Pf.	Feinste Seezunge Pfd. 1.30-2.00 M.	Feinster Tafelzander Pfd. 75-80 Pf.	Austern Dtz. 1.80 M.	Bachforellen Pfd. 4.25 M.	Hechte Pfd. 1.30 M.
						Seeamscheln 100 St. 80 Pf.	Lab. Helgoländ. Hummer Pfd. 2.75 M.	Bleie Pfd. 80 Pf.
								Aale 1,40-1,50 M.

Trische Fische - Gute Fische

Gustav Behrens Theater



Schöneberg-Berlin, Goltzstraße 9.
Heute und folgende Tage:
Die sensationelle Ausrüstungs-Operette:

Die lustige Witwe von Schönberg
sowie die
erstklassigen Spezialitäten
füllen das Haus allabendlich bis zum
letzten Platz.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Sanssouci, Kottbuscher
Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sängler.
Sonntag und Montag:
Große Elite-Parade
(Durchweg neues Programm.)
Sonntag, Montag, Dienstag, 8 Uhr.
Dienstag: Theater-Abd.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Große Spezialitäten - Vorstellung.
Völlig neuer Spielplan.
Ganz Berlin staunt über
die stets wechselnden Künstler!!!
Heute **„Die wilde Ton!“**. Neu!
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Nach d. Vorl., um 10 Uhr: **Dr. Tanz.**

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
**Welt-Ausstellungs-
Biograph** (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
108 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Aufgepaßt!
Noch immer die billigste Be-
zugsquelle für Monats-
Anzüge, Sommerpaletots
und Hosen, wenig getragen,
von Reichen und feinsten
Kavalieren angefaßt. Eben
neu, sehr schön und modern
gearbeitete, in neuesten Stoff-
mustern. Herren- u. Knaben-
garderoben. Große Auswahl
in Sommerpaletots u. Ein-
seignungs-Anzügen. Ein
großer Vorrat einz. Jacketts,
einzelne Westen und einzelne
Hosen zu jeder billigen Preisen.
Sie haben bei

Moldauer
Prinzenstraße 61.
Gde. Wannenstraße, im Laden.

Greift zu!
den besten 4114*

Monatsanzüge . . . u. 9.50 Mk.
Abonnementanzüge . . . 13.00
Schnelldanzanzüge . . . 11.00
Wartianzüge . . . 12.00
Gehrockanzüge . . . 14.50
Anzüge, Erbsen f. Wdh. . . 20.50
Paletots . . . 9.50
Hosen . . . 2.00
**Zentral-Keller, Berlin SO.,
Neanderstraße 35.**
Wim. von Gladst. Jambonierbrüste,
an der Köpenickerstraße.
— Straßenbahn - Vergütung. —

Jeder Herr lose
und überzeuge sich, denn
unser Angebot ist einzig!!!
Aus feinsten Materialien, teils
auf Seide gefertigt, nur
hochvernahm. Herren-
Anzüge Paletots
deren sonst. Massepreis bis
50 Mk. verkauft wird für 18-45 Mk.
Gehrockanzüge für 25-45 Mk.
Herrenhosen für 7-12 Mk.
Täglich, Sonntag geöffnet.
Deutsches Versandhaus
Jägerstr. 63, 1 Trepp.

Große Betten 12 Mk.
(Chebetz, Unterbett, 2 Kissen)
mit doppelt gereinigtem neuen Weis-
lebern, beste Betten 15, 18, 24, 28, 32,
36, 40, 44, 48, 52, 56, 60, 64, 68, 72, 76, 80, 84,
88, 92, 96, 100, 104, 108, 112, 116, 120, 124,
128, 132, 136, 140, 144, 148, 152, 156, 160, 164,
168, 172, 176, 180, 184, 188, 192, 196, 200.
**Gustav Lustig, Prinzessstr. 41
Größt. Spezial-Geschäft Berlin.**

Achtung! Achtung!
Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Freitag, den 22. März 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer (früher Keller), Kopenstraße 29:
General-Versammlung
für sämtliche Bezirke und Zahlstellen
der Maurer, der Sektion der Putzer, der Gips- und Zementbranche, sowie der Fliesenleger.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1906. 2. Diskussion. 3. Das Ergebnis der im Februar d. J. ausgenommenen Statistik über die „Vorwärts“-Abonnement- und Wahlvereinsmitglieder unseres Zweigvereins. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Zutritt.
Regen Besuch erwartet. Der Zweigvereinsvorstand. J. A. Emil Thöns.

Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Sektion der Brunnenbauer u. Kältsarbeiter.
Sonntag, 24. März, vorm. 10 Uhr, bei Augustin, Dranienstr. 103:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der letzten Vertreter-Versammlung. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Die Beschlüsse der letzten Reichstagswahl. 4. Die Lehren der letzten Reichstagswahl. 5. Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubell. 6. Anträge zur Generalversammlung Groß-Berlin. 7. Sonstige Anträge. 8. Verschiedenes.
Jeder deutsche Wahlverein des Kreises ist berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein.
Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.
Der Zentralvorstand.

Orts-Krankenkasse
der
Nadler und Siehmacher.
Die dritte Abänderung des Statuts unserer Kasse ist vom Bezirksausschuss genehmigt.
Dieselbe tritt am Montag, den 25. März 1907 in Kraft.
Berlin, im März 1907.
Der Vorstand.
R. o. b. Schmidt, Vorsitzender.

Spezial-Haus für Damen-Konfektion
von
S. Nesselroth
N., Chausseestr. 9.
Mein Lager für die Frühjahrs-Saison ist vollständig komplett und biete ich meinem Kundenkreise ganz besondere Vorteile.

Jacketts
anliegend u. lose in 7.50-80
allen Farben von M.
Frauen-Paletots
in Tuch u. Kammg., a. f. 10-45
d. stärkst. Damen v. M.
Paletots
Tuch, geschmackv. Garnitur, in mode, weinrot, grün u. schwarz, v. von M. 26-60
Bolero-Kostüme
schicke Fassons, Röcke 12-60
eleganter garniert, von M.
Lift-Boy-Kostüme
in d. neuesten Farben. 18-75
Tuch u. Cheviot, von M.
Jackett-Kostüme
mit kurzem u. langem Jackett, auch f. ganzstarke Damen. 18.50-45
Damen . . . von M.
Kostüm-Röcke
i. jed. Ausführ., farb. v. 2.75-25
u. l. farb. u. schw. v. M.
Garnierte Kleider
in den neuesten Farben v. M. 22-70
Staubmäntel
wasserd. hervorrag. 4.50-80
Ausw. sch. Farb. v. M.
Seidene Blusen
schicke Fassons, a. f. 7.50-45
Farb. u. Weiten v. M.
Bestellung ohne Kaufwang erbeten.

Lichtenrade 20 Pf.-Tour!
R 20 Pf. verkauft Eigentümer Paris, Berlin, Graunstr. 27, Ecke Gleimstr. Auch bei monatl. Raten von 40-50 Pf.

Butter! Honig!
Reif, fetts. garant. naturrein: Kuhbutter 10 Pf. Roll 7.25 Mk., 10 Pf. Dose ff. Bienehonig 4.50 Mk., 3 Pf. 1/2 Butter 1/2, Honig 5.50 Mk. Toni Andermann, Buczacz No. 7 via Breslau. 20/4

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Touren
Sonntag, den 24. März:
1. Abt. nachmittags 1 Uhr nach M. Glienische (Waldhof) bei Sap. Start: Bülowstr. 59.
2. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Bernau (Eghum). Start: Urbanstraße 7.
3. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Wilhelmshagen (Kreuzberg). Start: Mariannenplatz.
4. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Spandau (Kumle). Start: Köpenickerplatz.
5. Abt. früh 8 Uhr nach Schwielbusch (Gasthof zur deutschen Eiche), nachmittags 1 Uhr nach Wiggelshausen. Start: Chlum.
6. Abt. früh 9 Uhr nach Jäbbersdorf (Poststr. 20), nachmittags 1 1/2 Uhr nach Mühlent. Start: Genossenschafts-Oberbergerstr. 30.
7. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Gladow (Restaurant Hainland). Start: Grenzstraße 21 bei Wegener.
8. Abt. nachmittags 2 Uhr nach Spandau bei Köpenick. Start: Siemensstraße 3 bei Stämer.
9. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Birkeländer (Freund). Start: Brandenburger Tor. 11/15

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Reinickendorf-Ost,
Bilkestraße 62.
Bilanz per 31. Dezember 1906.
Aktiva.
Grundstück-Konto . . . 23 000,—
Gebäude-Konto . . . 182 500,—
Kassa-Konto . . . 3 664,35
Bank-Konto . . . 1 580,85
Effekten-Konto . . . 379,40
Forderungen-Konto . . . 2 100,—
Rücklagen-Konto . . . 5 500,—
Gesamtkonto . . . 9 900,—
Baren-Konto . . . 2 183,72
Betriebs-Unt.-Konto . . . 35,—
Gesamtkonto . . . 356,80
241 150,12
Passiva.
Hypothek-Konto . . . 200 000,—
Kapital-Konto . . . 7 800,—
Reservefonds-Konto . . . 6 600,—
Unterstützungsk. Konto . . . 6 020,63
Konto-Korrent-Konto . . . 19 629,49
Konto der Genossenschaftler 1 100,—
241 150,12
Zahl der Genossen am 31. Dezember 1906 . . . 20
Beigeordneten bis 31. Dez. 1906 . . . 1
Mitgliederbestand am Schluss des Geschäftsjahres . . . 21
Mitgliedergehälter
am 31. Dez. 1906 . . . 1 200,—
am 31. Dez. 1906 . . . 1 100,—
Verminderung 100,—
Gesamtheit der Genossen
am 31. Dez. 1906 . . . 1 200,—
am 31. Dez. 1906 . . . 1 100,—
Verminderung 100,—
Reinickendorf, den 21. März 1907.
106/11 **Der Vorstand.**
Robert Engel. Karl Marschall.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 3535J.
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg.
Sonntag, den 24. März, nachmittags 1 Uhr, im Wiedischen Lokal in Zehlendorf, Karlstraße 12:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Die Lehren der letzten Reichstagswahl. 4. Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubell. 5. Anträge zur Generalversammlung Groß-Berlin. 6. Sonstige Anträge. 7. Verschiedenes.
Jeder deutsche Wahlverein des Kreises ist berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein.
Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.
Der Zentralvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1939. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, 24. März, von vorm. 10-2 Uhr
findet die
Wahl von 39 Delegierten
für die
8. General-Versammlung in München
in folgenden Lokalen statt:

- Milbrodts Gesellschaftshaus, Mollerstr. 7.
- Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
- Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
- Kranz' Restaurant, Dunckerstr. 8.
- Litfins Festsäle, Memelerstr. 67.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I).
- Dalgs Restaurant, Skalitzerstr. 51/52.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Volkshaus in Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
- Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
- Fritsch in Steglitz, Florastr. 2a.
- Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
- Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.
- Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
- Schüler in Köpenick, Hohenzollernplatz 6.
- Schulz in Weißensee, König-Chaussee 38.
- Gehlhaar in Tegel, Berlinerstr. 92.
- Mokulys in Tempelhof, Berlinerstr. 9.
- Wetthorn in Königs-Wusterhausen.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.
Die Stimmlisten werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist Otto Handke, Charitéstr. 3.
115/14 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 24. März, vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und was denken wir nun zu tun? 2. Stellungnahme zum 1. Nat. 3. Verbandsangelegenheiten.
Pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Zentralverband des techn. Bühnen-Personals
Sitz Berlin.
Sonntag, den 23. März cr., abends 11 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist erwünscht.
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Oskar Hoffmann
sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
22806
Anna Hoffmann, geb. Eggert.

6 Benzinmotore
vier- bis sechserköpfig, sofort gegen Kasse zu kaufen gesucht. Sw. 838.
Daube & Co., Hlandstr. 69.

Ein dreimal donnerndes Hoch unserem Kollegen und Parteigenossen, Brüder
Karl Edler
zu seinem 25. Geburtstag. 22826
Bis 6 8 Wink. Wink. 1. 2. 3. Karl, laß das Blüthen!
Die Kollegen
der Berliner Motorwagenfabrik.
Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Unserem Sportgenossen
Willi Mychalski
nebst seiner Braut
Hel. Ida Dummer
zu ihrer am 23. d. M. stattfindenden Hochzeit ein donnerndes „Brich auf!“
Die Fahrkarte der 5. Abteilung.
11/16

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 8. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Genosse, Buchbinder
Richard Müller
Magdalenenstr. 68 (Bez. 261) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein für Charlottenburg.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Genosse, Maschinenformner
Karl Steinhäuser
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 5 Uhr (Kirchhof Fürstendammer Weg, Leichenhalle) statt. 250/10
Treffpunkt 4 Uhr bei Bader, Rehringstr. 25.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse
Ernst Schultchen
(13. Bezirk) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
232/9 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Rixdorf.
Den Kollegen zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Stellmacher
Ernst Schultchen
am 19. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
83/7 **Die Ortsverwaltung.**

Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Oskar Werner
aus Klub „Guter Jug“ am 18. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.
2/11 **Der Vorstand.**

Dankagung.
Für die herzlichsten Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Steinbrücker
Hermann Schubert
sage ich allen Freunden und Bekannten, den Kollegen der Firma Schäfer & Schöbe sowie dem Deutsch. Genossener Bund meinen besten Dank.
Frau Anna Schubert
22855 nebst Kindern.

Groß-Berlin — Eingemeindung oder Zweckverband?

Ueber diese für Berlin und seine Vororte äußerst wichtige kommunalrechtliche Frage referierte Stadtverordneter Privatdozent Dr. Hugo Preuß in einer öffentlichen Versammlung...

Dr. Preuß verwies einleitend darauf, daß die Bewegung für ein kommunalrechtliches Groß-Berlin, die sich bis jetzt zumeist in amtlich-offiziellen Formen gab, bisher leider nichts erzielt habe...

Seit über 46 Jahren sei keine in Betracht kommende Veränderung des Berliner Gemeindegebietes erfolgt. Die natürliche Folge sei die Tatsache, die dem gesunden Menschenverstand und dem unbefangenen Beurteiler höchst wunderbar erscheinen müsse...

vielen Gebieten. Ferner hob er hervor, wie das ganze Gebiet der Sozialpolitik fruchtbar und sachgemäß nur von einer Organisation in die Hand genommen werden könne...

Helfen könne nur die Eingemeindung, die propagiert werden müsse. Allerdings müßte damit eine Dezentralisation der kommunalen Selbstverwaltung Hand in Hand gehen...

Es folgte ein zweites Referat des Schöneberger Stadtverordneten Dr. Bohrer, das sich im wesentlichen in den Bahnen des ersten bewegte und das Interesse der Vororte an demselben Ziel betonte...

Es entspann sich eine lebhafteste Diskussion, an der sich Stadtverordneter Dr. Arthur Bernstein-Charlottenburg, Oberlehrer Rigte-Kummelsburg, Stadtverordneter Rechtsanwalt Gottschalk...

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag seine Generalversammlung ab. Die Vorsitzende gab den Bericht der letzten halbjährigen Tätigkeit des Vereins...

Frauenagitation gegen die Obfzölle in Dänemark.

Von den neuen Zöllen und Zollerhöhungen, die der neue dem Landsting vorliegende dänische Zolltarifentwurf neben Aufhebung und Herabsetzung von Zöllen bietet, ist es die Erhöhung der Obfzölle...

Vor allem sind es die Frauen, die sich ganz entschieden gegen die Obfzölle wenden. In Kopenhagen hat eine Frau Alexandra Müller, deren Mann Höchstgerichtsanwalt ist, eine Hausfrauenvereinigung zur Verhinderung der Obfzölle gegründet...

Neben den Frauen waren es auch hier vor allem Ärzte, die auf die Schädlichkeit einer Verteuerung von Obst und Obstjäten, namentlich auch im Interesse der Kranken, hinwiesen...

Die „liberale“ englische Polizei.

London, 21. März. Die Zahl der gestern verhafteten Frauenstimmrechtlerinnen beträgt insgesamt 76.

Vermischtes.

Hochwasser. Die Breslauer Eisenbahndirection teilt mit: Umschlagverkehr Laube (Elbe) wegen Hochwasser bis auf weiteres eingestellt. Güterannahme ist zu sistieren...

Beim Einsturz des Daches des Bismarck Postgebäudes wurde ein Pole getötet und mehrere Arbeiter verletzt.

Bären Kaffee. ein kräftiger aromatischer, stets gleichmäßiger Kaffee. Original 1/2 Pfd. Packung zu 60, 70, 75, 90 und 100 Pl. in circa 2000 Geschäften.

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G. in Görlitz. Gegründet im Jahre 1856. Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung. Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.

Der Weg zum Licht. Ein Buch an die deutsche arbeitende Jugend von Max Pefers. Mit einem Vorwort von Paul Göhre. — Preis 25 Pf.

Unter Ladenpreis Hüte und Mützen jeder Art. Sonntags bis 2 Uhr. Spezial-Engros-Geschäft Forsterstr. 1 part., Ecke Wilmstr.

Spezial-Hut-Engroslager. Begründet 1873. — Neueste Moden der Saison. Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen!

Erstklassige Fahrräder Marke „Berlin“ 22/17 mit Continental-Pneumatik Berlin W. 9, Köthenerstraße 14. Berliner Fahrradindustrie. 88 Mark

